

Sitzungsbericht

15. Sitzung der Tagung 1998/99 der XV. Gesetzgebungsperiode

des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 29. April 1999

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 620).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 620).
3. Anfragebeantwortungen (Seite 621).
4. Ltg. 254/A-2/9: Dringlichkeitsantrag der Abg. Koczur, Dr. Strasser u.a. betreffend Solidarität und Hilfsaktionen für die Not leidenden Menschen der „Kosovo-Krise“.
Begründung der Dringlichkeit: Abg. Koczur (Seite 626).
Berichterstatter: Abg. Koczur (Seite 670).
Redner: Abg. Mag. Weinzinger mit zwei Resolutionsanträgen (Seite 670), Abg. Haberler (Seite 676), Abg. Weninger (Seite 677), Abg. Schittenhelm (Seite 680), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 682).
Abstimmung (Seite 683).
5. Angelobung eines Mitgliedes des Landtages (Seite 627).
6. Bekanntgabe von Änderungen in der Zusammensetzung von Ausschüssen (Seite 627).
7. Wahl und Angelobung eines Mitgliedes der NÖ Landesregierung (Seite 628).
Antrittsrede von LR Mag. Stadler (Seite 628).
8. Ltg. 247/A-8/7: Antrag der Abg. Rosenkranz u.a. auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Antidrogenpolitik in NÖ“.
Redner: Abg. Rosenkranz (Seite 629), Abg. Auer (Seite 633), Abg. Erber (Seite 635), Abg. Feurer (Seite 636), Abg. Egerer (Seite 637), Abg. Mag. Fasan (Seite 639), Abg. Marchat (Seite 641), Abg. Mag. Fasan (Seite 643), LR Dr. Bauer (Seite 643), LHStv. Prokop (Seite 646).
9. Ltg. 248/P-3: Antrag des Schul-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes.
Berichterstatter: Abg. Jahrman (Seite 648).
Redner: Abg. Mag. Fasan (Seite 649), Abg. Rosenkranz (Seite 651), Abg. Cerwenka (Seite 652), Abg. Nowohradsky (Seite 654), LR Votruba (Seite 656).
Abstimmung (Seite 656).
10. Ltg. 240/B-35/1: Antrag des Kultur-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz – Sportbericht.
Berichterstatter: Abg. Egerer (Seite 656).
Redner: Abg. Mag. Fasan (Seite 656), Abg. Marchat mit Resolutionsantrag (Seite 658), Abg. Kautz (Seite 660), Abg. Mag. Heuras mit Resolutionsantrag (Seite 662), Abg. Mag. Fasan (Seite 664), Abg. Dr. Strasser (Seite 665).
Abstimmung (Seite 665).
11. Ltg. 234/H-8: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – allgemeine Aktion. Erhöhung des Kredit- und Haftungsrahmens.
Berichterstatter: Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 665).
Abstimmung (Seite 666).

12. Ltg. 239/S-5/3: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landessonderschule Hinterbrühl, Um- und Zubau.
Berichterstatter: Abg. Rupp (Seite 666).

Redner: Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 666), Abg. Mag. Fasan (Seite 667), Abg. Weninger (Seite 668), Abg. Hintner (Seite 669).

Abstimmung (Seite 670).

* * *

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER (*um 13.00 Uhr*): Hoher Landtag! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung hat sich Herr Landesrat Mag. Sobotka ab zirka 17.15 Uhr entschuldigt. (*Präsident Mag. Freibauer erhebt sich.*)

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist wieder eine gewichtige Tagesordnung, die wir heute zu behandeln haben: Personelle Weichenstellungen, eine Aktuelle Stunde zum Thema „Antidrogenpolitik“, neue Regelungen für das Pflichtschulwesen, den Sportbericht, Verbesserungen für die Gemeinden, ein wichtiges Bauvorhaben im Bildungsbereich – alles das sind Entscheidungen mit weitreichenden Folgen.

Doch denken wir heute nicht nur an unsere Arbeit im Landtag, sondern auch an die Tragödie im Kosovo. Hier im NÖ Landtag sind Menschen versammelt, die Gefühle haben und die ihrer Betroffenheit Ausdruck geben, auch wenn wir das aktuelle Geschehen am Balkan leider nicht beeinflussen können. Alle Versuche, eine politische Lösung für den Kosovo zu erreichen, sind bisher am Starrsinn und an der Menschenverachtung eines Diktators gescheitert, der offensichtlich nur die Sprache der Gewalt versteht. Die Opfer aber, das sind hunderttausende Unschuldige – getötet, verstümmelt, vergewaltigt, brutal aus ihrer Heimat vertrieben.

Ohne die Hoffnung aufzugeben, daß doch noch ein Weg zum Frieden gefunden werden kann, bleibt uns in dieser für ganz Europa bitteren Zeit nur eines: Nach besten Kräften humanitäre Hilfe zu leisten, um die unbeschreibliche Not der Menschen zu lindern. Die Tragödie auf dem Balkan hat in unserem Land eine großartige Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst, und es ist mir ein Herzensanliegen, im Namen des Landtages allen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern zu danken, die derzeit in Mazedonien und Albanien im Einsatz stehen. Und ebenso allen Landsleuten, die spontan und großzügig gespendet haben. (*Befall im Hohen Hause.*)

Gleichzeitig ersuche ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, sich zum Zeichen der Verbun-

denheit mit den hunderttausenden unschuldigen Opfern zu einer Gedenkminute von Ihren Plätzen zu erheben. (*Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke für Ihr Gedenken. (*Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.*)

Ich bringe nun dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 251/B-23 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Bauordnung 1996 und

Ltg. 252/V-11/4 - Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Regelung der Verwendbarkeit von Bauprodukten - weise ich dem Bau-Ausschuß zu.

Ltg. 250/E-1/12 - Eingabe der Marktgemeinde Großgöpritz vom 22. April 1999 betreffend gerechtere Kanalgebühren, Änderung des NÖ Kanalgesetzes 1977, LGBl. 8230 - weise ich dem Kommunal-Ausschuß zu.

Ltg. 249/L-13 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landwirtschaftlichen Schulgesetzes – weise ich dem Landwirtschafts-Ausschuß zu.

Ltg. 248/P-3 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes – habe ich bereits am 15. April 1999 dem Schul-Ausschuß zugewiesen und steht nach Erledigung im Ausschuß bereits auf der heutigen Tagesordnung.

Ltg. 253/A-1/14 - Antrag der Abgeordneten Hintner, Weninger u.a. betreffend Verkehrsverbindungen zwischen Wien und Niederösterreich und

Ltg. 255/A-3/15 - Antrag der Abgeordneten Marchat u.a. betreffend Verlängerung der Wiener U-Bahnlinsen auf niederösterreichisches Gebiet und begleitende Maßnahmen – beide Stücke wie ich dem Verkehrs-Ausschuß zu.

Weiters eingelangt sind folgende Anfragen: An Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll:

Ltg. 246/A-4/38 - Anfrage des Abgeordneten Marchat betreffend Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres in Niederösterreich zur Sicherung der EU-Außengrenze - habe ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zur Beantwortung weitergeleitet.

Anfragen an Herrn Landesrat Mag. Sobotka:

Ltg. 242/A-5/55 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan betreffend Förderung von Anti-Atom-Projekten 1998,

Ltg. 243/A-5/56 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan betreffend energiepolitische Kooperation mit Tschechien und der Slowakei,

Ltg. 244/A-5/57 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan betreffend NÖ Anti-Atom-Beauftragter, und

Ltg. 245/A-5/58 - Anfrage der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan betreffend Förderung von Anti-Atom-Initiativen 1999 und 2000 - habe ich Herrn Landesrat Mag. Sobotka zur Beantwortung weitergeleitet.

Eingelangt sind die Anfragebeantwortungen: Von Herrn LH Dr. Pröll zu Ltg. 217/A-4/30, Ltg. 219/A-4/31, Ltg. 226/A-4/34, Ltg. 237/A-4/36. Von Frau LHStv. Prokop zu Ltg. 231/A-4/35. Von Herrn LR Dr. Bauer zu Ltg. 227/A-5/54. Und von Herrn Landesrat Schimanek zu Ltg. 225/A-5/53.

Die Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Rosenkranz und Mayerhofer an LH Dr. Pröll betreffend wirtschaftliche Auswirkungen des Bau-

stopps beim Projekt Ortsumfahrung Wolkersdorf, Ltg. 217/A-4/30:

„Zur Überprüfung allfälliger aus der Baueinstellung der Umfahrung Eibesbrunn-Wolkersdorf resultierender Kosten wurde ein Gutachten eines betriebswirtschaftlichen Sachverständigen in Auftrag gegeben, der eventuelle Ansprüche gegenüber der Republik Österreich (Bundesstraßenverwaltung) sowohl aus rechtlicher Sicht als auch der Höhe nach beurteilen soll. Dieses Gutachten ist derzeit in Ausarbeitung und wird auf Grund der komplexen Sachlage erst in den nächsten 3 bis 6 Monaten vorliegen.

Der Verfassungsgerichtshof hat im Juni 1997 dem Antrag der Gemeinde Groß Ebersdorf um Aufhebung der Verordnung zur Bestimmung des Straßenverlaufes (§ 4 VO) die aufschiebende Wirkung aberkannt. Folgende Aufträge wurden zur Realisierung der Umfahrung Eibesbrunn-Wolkersdorf vergeben:

Leitungsverlegungen im Zuge der Baufeldfreimachung (Strom, Wasser, Kanal, Gas etc.) Gesamtsummen rd. ATS 8,3 Mio.
Straßenbauarbeiten rd. ATS 135,6 Mio.
Brückenbauarbeiten rd. ATS 46,7 Mio.

Neu ausgeschrieben werden mußte lediglich die Brücke über den Rußbach bei Wolkersdorf, da diese Brücke Teil einer Paketausschreibung mit 2 Objekten des Südteiles war.

Nach Vorliegen der rechtlichen und technischen Voraussetzungen wurden folgende Lieferungen und Leistungen im offenen Verfahren ausgeschrieben und nach dem Bestbieterprinzip vergeben: Straßenbau: Fa. Habau
Brückenobjekte: Fa. Ilbau, Fa. Ferro-Betonit, Fa. Jäger, Fa. Konti-Bau.

Die Entscheidung zugunsten der Westvariante erfolgte durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten (§ 4 VO) neben den straßenbaulichen Aspekten auf Grund der Kosten-Nutzenrechnung des Zivilingenieurs Dipl.Ing. Dr. Nadler, in welcher die einzelnen Varianten unter Einbeziehung mehrerer Parameter, wie verkehrliche Wirksamkeit, Umwelt, Kosten, Verkehrssicherheit etc. gegenüber gestellt wurden.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Marchat an LH Dr. Pröll betreffend Ortsumfahrung Prinzersdorf, Ltg. 219/A-4/31:

„Der NÖ Straßendienst hat unter Zugrundelegung des vorliegenden Einreichentwurfes eine Vorprüfung gemäß Umweltverträglichkeitsprüfungsge-

setz bei den betroffenen Gemeinden und den mitwirkenden Behörden bzw. der Umweltschutzbehörde durchgeführt, ob ein Bürgerbeteiligungsverfahren möglich ist. Im Rahmen dieses Vorprüfungsverfahrens wurde von der Abteilung Naturschutz auf die sensible Querung der Pielach verwiesen. Im Einvernehmen mit der Naturschutzabteilung zur Wahrung der Ziele des Naturschutzes im Bereich der Pielachquerung wurde ein Landschaftsplaner für eine Analyse sowie Planung der Ausgleichsmaßnahmen beauftragt. Ebenso wurde gemeinsam mit der Gemeinde Prinzersdorf ein Hochwasserschutzprojekt erarbeitet, die Brücke über die Pielach konnte hinsichtlich Hochwasserabfluß und aus ökologischer Sicht optimiert werden. Diese Ausgleichsmaßnahmen sind Bestandteil des Projektes und Grundlage des Verfahrens gemäß § 4 BSTG bzw. UVP-Gesetz (Bürgerbeteiligung), das in Kürze eingeleitet wird.

Ferner wurde für den Raum St. Pölten-Melk von Univ.Prof. Dipl.Ing. Dr. Stickler eine umfassende Verkehrsuntersuchung 1996 erstellt, die letztlich die Maßnahmen Anschlußstelle Loosdorf, Umfahrung Prinzersdorf und Anschlußstelle St. Pölten West bzw. Kombinationen davon in ihren verkehrlichen Wirksamkeiten erfaßte. Diese Verkehrsuntersuchung empfiehlt die Realisierung aller drei Maßnahmen, wobei eine Dringlichkeit im Zusammenhang mit den Vorhaben der HL-AG und verkehrlichen Wirksamkeit vorgeschlagen wird:
Anschlußstelle Loosdorf,
Umfahrung Prinzersdorf,
Anschlußstelle St. Pölten/West.

Die angeführten Prioritäten sind im NÖ Landesverkehrskonzept 1997 enthalten. Die Anschlußstelle Loosdorf ist im Bauprogramm 1999 enthalten, für die Umfahrung Prinzersdorf werden (auch im Zusammenhang mit den Maßnahmen der HL-AG) die Voraussetzungen zur Realisierung erstellt und für die Anschlußstelle St. Pölten West liegt eine Machbarkeitsstudie auf.

Die Verkehrsuntersuchung bearbeitet letztlich sechs Netzvarianten, und zwar Umfahrung Prinzersdorf allein, Anschlußstelle Loosdorf allein, Anschlußstelle Loosdorf mit Umfahrung Prinzersdorf, Anschlußstelle St. Pölten West allein, Anschlußstelle Loosdorf mit Anschlußstelle St. Pölten West und alle drei Maßnahmen gemeinsam. Mit der Errichtung aller drei Maßnahmen kann insgesamt die größtmögliche Entlastung für die Ortsgebiete im betrachteten Raum erreicht werden.

Für die Realisierung ist die Abwicklung des Verfahrens gemäß § 4 BSTG und UVP-Gesetz (Bürgerbeteiligung) sowie der Verwaltungsverfahren erforderlich. Die Beantragung dieser Verfahren erfolgt in Kürze.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan an LH Dr. Pröll betreffend geplanter Bau der „Nordautobahn“, Ltg. 226/A-4/34:

„Seit dem Zeitpunkt der Erarbeitung der Letztfassung des NÖ Landesverkehrskonzeptes im Jahre 1996 und seiner Beschlußfassung im Herbst 1997 haben sich eine Reihe von Rahmenbedingungen geändert:

1. Erweiterungsbeschluß der EU, Aufnahme von Beitrittsverhandlungen unter anderem auch mit der Republik Tschechien.
2. Aussagen von Vertretern der Republik Tschechien, daß die Straße von Brünn Richtung Wien im Jahr 2010 mit einem 4-spurigen Autobahnquerschnitt die österreichische Staatsgrenze erreichen wird.
3. Vorliegen einer neuen, vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten erarbeiteten Studie zur „Gestaltung des Straßennetzes im donaueuropäischen Raum unter besonderer Beachtung des Wirtschaftsstandortes Österreich“ (GSD).
4. Einstimmiger Beschluß der Planungsgemeinschaft Ost vom Mai 1998, die Nordostumfahrung von Wien einer konkreten Planung zu unterziehen.

Diese Änderungen der maßgebenden Rahmenbedingungen führten dazu, daß seitens des Landes Niederösterreich im Einvernehmen mit den Vertretern der Europaregion Weinviertel und unter Einbeziehung sämtlicher regionaler politischer Entscheidungsträger im Bezirk Mistelbach die Trasse einer 4-spurigen kreuzungsfreien Straßenverbindung von Schrick Richtung Staatsgrenze erarbeitet wurde.

Da die Ergebnisse der unter Punkt 3. zitierten Studie im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten den Nordkorridor inklusive der Nordostumfahrung von Wien als höchstrangigen Straßenzug ausgewiesen haben,

werden die künftigen Planungen 4-spurig, mit baulicher Mitteltrennung, jeweils einem Pannestreifen sowie kreuzungsfrei und mit Anschlußstellen durchgeführt.

Dabei sind hochrangige 2-spurige Zubringerstraßen aus dem Raum Laa/Thaya und Mistelbach sowie aus Reinthal und Großkrut vorgesehen.

Die bauliche Realisierung dieser Straßenabschnitte ist bis 2010 beabsichtigt. Eine Abstimmung zwischen dem vom Bundesministerium für Verkehr vorgelegten Masterplan und der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten präsentierten Studie gemäß Punkt 3. ist innerhalb der Österreichischen Bundesregierung vorzunehmen.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Mayerhofer an LH Dr. Pröll betreffend Umfahrung Hainburg, Ltg. 237/A-4/36:

- „Der durchschnittliche tägliche Verkehr betrug im Raum Hainburg rd. 10.500 Fahrzeuge im Jahr 1997.
- Für eine Umfahrung von Hainburg werden keine Planungsarbeiten durchgeführt.
- Eine singuläre Betrachtung der Umfahrung Hainburg ist nicht zielführend, da letztthin die Ortsdurchfahrten von Maria Ellend, Haslau, Regelsbrunn, Wildungsmauer und vor allem Wolfsthal einer Entlastung zugeführt werden müssen. Eine seinerzeitige Grobkostenschätzung mit den Tunnellösungen im Bereich Hainburg, Wolfsthal und den Ortsumfahrungen ergab Kosten von rund S 2 Mrd., wobei Probleme mit der dauernden Überwerfung der Preßburger Bahn gegeben sind.

Daher:

- Volle Konzentration auf die Verbindungsspange A 4 - B 50 (Burgenland Straße) die eine Anbindung zur Autobahn Brünn - Bratislava - Budapest ermöglicht. Dieser Straßenzug bringt mit regionaler und überregionaler Erreichbarkeit Entlastungseffekte auf der B 9, B 10, LH 156 und verbessert die Standortqualität im Raum Bruck/Leitha. Der Grenzübergang Kittsee mit der Umfahrung Kittsee ist fertiggestellt und steht knapp vor der Eröffnung. Die Spange ist im NÖ Landesverkehrskonzept (beschlossen 7. Oktober 1997) in der Stufe 1a als kurzfristige Maßnahme mit rascher Realisierung angegeben.
- Die Kenndaten für die neue Trasse lauten wie folgt:
Länge: 21 km (4-spurig mit Pannestreifen)
Kosten: S 1,2 Mrd.
Baubeginn: 2002

- Die Trassenlage der Verbindungsspange ist zwischen den Ländern Niederösterreich und Burgenland koordiniert.
- Die Spangenverbindung hat im NÖ Landesverkehrskonzept höchste Priorität und ist auch im höchstrangigen Netz des Wirtschaftsministeriums enthalten.“

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Kratochwil an LHStv. Prokop betreffend Vergabekriterien für Förderungen bei regionalen Theaterveranstaltungen im allgemeinen und Sommerspielen im besonderen, Ltg. 231/A-4/35:

„Vorstellen darf ich, daß die Zuständigkeit für ‚kulturelle Angelegenheiten‘ innerhalb der NÖ Landesregierung aufgeteilt ist. Nach der Geschäftsverteilung beschränkt sich meine Zuständigkeit auf ‚zeitgenössische Kultur‘.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Welche allgemeinen Richtlinien des Landes Niederösterreich bestehen für die Förderungswürdigkeit von Kulturveranstaltungen im Allgemeinen und für die Sommerspiele im Besonderen in unserem Bundesland?

Als Richtlinien für die Förderungswürdigkeit gelten das Kulturförderungsgesetz 1996 und die 1997 auf Grund des NÖ Kulturförderungsgesetzes 1996 erlassenen ‚Richtlinien für die Förderung nach dem NÖ Kulturförderungsgesetz 1996‘. Bei der Beurteilung der Vorhaben und der Förderungswerber im Bereich der Festspiele bedient sich die Landesregierung auf Grund der umfangreichen fachlichen und künstlerischen Fragen des sachverständigen Wissens des von ihr bestellten ‚Gutachtergremiums für Darstellende Kunst‘.

Als weitere Kriterien, auf die bei der Prüfung der Förderungswürdigkeit Bedacht genommen wird, sind anzuführen:

- Pflege des klassischen, deutschsprachigen und internationalen Theaters bei gleichzeitiger Förderung innovativer Theaterformen
- Möglichkeit der Teilnahme am Kulturgeschehen für alle Landesbürger unter Bedachtnahme auf unterschiedliche Alters- und Bildungsstufen
- Stärkung regional wichtiger Zentren unter Berücksichtigung der Standortqualitäten
- Bedachtnahme auf Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Betriebsstrukturen und der Organe des Förderungswerbers
- Umsetzung betriebswirtschaftlicher Maßnahmen
- Subsidiarität, Förderungen der Gemeinde und des Bundes

- Höhe der Eigenfinanzierung durch Eintrittserlöse und Sponsoren des Veranstalters
- Einsatz und Identifizierung des Veranstalters und Veranstaltungsortes, insbesondere finanzielle, organisatorische und personelle Beteiligung
- koordinierte Spielplangestaltung zwischen den Veranstaltern
- Innovation, eigenes Profil und mittelfristiges künstlerisches und wirtschaftliches Konzept mit Angabe der Zielvorstellungen
- Berücksichtigung künstlerischer und wirtschaftlicher Leistungen der Vorjahre
- Finanzierbarkeit
- künstlerische Referenzen der Intendanten, Regisseure, Schauspieler, Musiker etc.
- Definition des Zielpublikums

2. Welche Festspiele werden in unserem Bundesland in welcher Höhe aus Mitteln des Budget 1999 gefördert und wo findet sich deren Bedeckung?

Bei den Festspielen beschränkt sich meine Zuständigkeit auf das NÖ Donaufestival. Das NÖ Donaufestival erhält 1999 S 22.500.000,-. Die budgetäre Bedeckung ist bei den VS ‚Donaufestival‘ und ‚Kulturschilling‘ gegeben.

3. Inwieweit sind vom Bundesland Niederösterreich gewährte finanzielle Unterstützungen für die Veranstalter an die Person des Intendanten gebunden?

Die finanziellen Unterstützungen des Landes Niederösterreich sind nicht an die Person des Intendanten gebunden. Die Finanzierungsbeiträge werden nicht an Einzelpersonen, sondern an Gesellschaften, Vereine oder Gemeinden vergeben. Da die Intendanten die künstlerische und wirtschaftliche Seite der Veranstaltung prägen, ist ihre Konzeption aber bei der Prüfung der Zuverlässigkeit der Betriebsstrukturen und der übrigen Kriterien für die Vergabe von Förderbeiträgen nicht unerheblich.

4. Wie sieht der Aufteilungsschlüssel für nach 1) und 2) als förderungswürdig anerkannte Projekte zwischen dem Land Niederösterreich und den Gemeinden aus?

Da die Standortgemeinden von Festspielen im Theaterbereich in Niederösterreich sehr unterschiedlich sind, gibt es keinen allgemeinen Aufteilungsschlüssel. Obwohl auf Grund der Subsidiarität der Landesförderung darauf Bedacht genommen wird, daß auch die jeweiligen Standortgemeinden

ihre Festspiele finanziell unterstützen, muß hier auch auf die übrigen Kriterien für die Förderungswürdigkeit und die Finanzsituation des Landes und der Gemeinden Rücksicht genommen werden.

5. Wie und von wem wird die Verwendung der Landesmittel überprüft?

Die widmungsgemäße Verwendung der Finanzierungsbeiträge des Landes NÖ für Theaterfestspiele wird durch die Abteilung ‚Kultur und Wissenschaft‘ anhand der innerhalb einer Frist von max. 1 Jahr nach Projektabschluß vorgelegten Gesamtrechnungen des Förderungsnehmers überprüft. Bei bestimmten Projekten wird ein Rechnungsabschluß mit Prüfvermerk eines Wirtschaftstreuhänders abverlangt. Darüber hinaus sind alle Kontrollinstanzen des Landes Niederösterreich, insbesondere der Landesrechnungshof, zur Prüfung der Förderungsnehmer berechtigt. Neben der betriebswirtschaftlich ausgerichteten Prüfung der widmungsgemäßen Verwendung der Förderung erfolgt auch eine Evaluierung anhand der von den Förderungsnehmern vorzulegenden Dokumentationen und Statistiken.“

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an LR Dr. Bauer betreffend NÖ Flächen, die als Natura 2000-Gebiet ausgewiesen worden sind, Ltg. 227/A-5/54:

„ad 1:

Zuständig hierfür ist die Abteilung RU5 (Naturschutz).

ad 2:

Niederösterreich hat nach insgesamt 4 Nominierungen derzeit einen Stand von 19 gemeldeten Natura 2000-Gebieten. Die 1. Meldung im Juni 1995 erfolgte noch ohne Befassung der NÖ Landesregierung, da nur bereits bestehende Naturschutzgebiete betroffen waren. Mit Schreiben vom 15. Jänner 1996 wurde von Brüssel mitgeteilt, daß ‚Niederösterreich bisher nur Gebiete von weniger als 1.000 ha Größe genannt hat, obwohl z.B. das Important Bird Area ‚Donau-March-Thaya-Auen‘ in Publikationen mit 38.500 ha angeführt wird ...‘. Außerdem wurde kritisiert, daß mit der Meldung von Naturschutzgebieten allein nicht das Auslangen gefunden werden kann, da ein Mehrwert geschaffen werden soll und die Nominierung auf der Grundlage der in den Richtlinien dargelegten fachlichen Kriterien erfolgen müsse. In einem wichtigen Urteil zur Vogelschutzrichtlinie (Lappel Bank Urteil vom 11. Juli 1996) hat der Europäische Gerichtshof klargestellt, daß ausschließlich ornithologische

Kriterien zur Auswahl und Ausweisung von besonderen (Vogel)Schutzgebieten herangezogen werden dürfen. Die Mitgliedstaaten sind nicht berechtigt, wirtschaftliche Überlegungen bei der Ausweisung von besonderen Schutzgebieten, bzw. bei der Festlegung deren Grenzen, miteinzubeziehen.

Das Land war daher verpflichtet, weitere, fachlich begründete Nominierungen vorzunehmen. Da Niederösterreich landschaftlich, naturräumlich und klimatisch sehr vielgestaltig ist, erfüllen zahlreiche Landschaftsteile die Kriterien der Vogelschutz- und der FFH-Richtlinie. In insgesamt 3 Nachnominierungen wurden daher weitere Gebiete, v.a. im Alpenraum und im Süden und Osten des Landes, gemeldet. Die Nachnominierungen wurden von der NÖ Landesregierung am 24. September 1996, am 10. Juni 1997 und am 9. Dezember 1997 beschlossen.

ad 3:

Grundlage für eine Nominierung von Natura 2000-Gebieten waren die Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG nach Einholung von Gebietsvorschlägen durch externe Fachexperten.

ad 4:

Nach mehreren Ergänzungen und Überarbeitungen wurden 19 Gebiete gemeldet, die eine Fläche von 608.302 ha umfassen; das sind 31,6 % der Landesfläche. Abänderungsmöglichkeiten bestehen auf der Grundlage ‚neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse‘ für Gebiete, die nach der Richtlinie 92/43/EWG vorgeschlagen wurden, bis zu dem Zeitpunkt, wo von der Kommission eine sogenannte ‚Gemeinschaftsliste‘ erstellt wird.

Die Möglichkeit einer Flächenreduktion für die besonderen Schutzgebiete nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie besteht nur auf der Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Gerade diese Erkenntnisse sollen ein Ergebnis der ausgeschriebenen Leistung sein. Da in den bisher vorgeschlagenen Natura 2000-Gebieten beispielsweise auch Siedlungsräume, Betriebsgebiete, Verkehrsflächen und intensiv genutztes Agrarland enthalten sind, sind deutliche Flächenreduktionen zu erwarten, wobei das genaue Ausmaß erst im Zuge der Bearbeitung ermittelt werden kann. Ich erwarte mir aufgrund dieser Erkenntnisse durchaus ein Absenken des Gebietsumfanges auf 10 bis 15 %, ohne daß naturschutzrelevante Gebiete verloren gehen.

ad 5:

Da die Auswahl allein nach fachlichen Kriterien zu erfolgen hatte und wirtschaftliche Gründe in dieser Phase nicht berücksichtigt werden durften,

wurden die Grundeigentümer bei der Nominierung von Natura 2000-Gebieten nicht eingebunden.

ad 6:

Die Grundeigentümer erleiden durch die Ausweisung von Natura 2000-Gebieten keine finanziellen Einbußen. Vielmehr wird ein in der Zukunft noch weiter ausgebauten Angebot an Vertragsnaturschutz-Förderinstrumenten die Chance der Bewirtschafter auf ein zusätzliches Einkommen im Wege von Direktzahlungen für Umweltleistungen deutlich steigern:

Für die Landwirtschaft ergeben sich dadurch vermehrt Förderungsmöglichkeiten für die bisher wenig einkommenswirksamen, ökologisch aber um so wertvolleren, extensiv genutzten Betriebsflächen.

Für die Forstwirtschaft ergibt sich erstmalig die Chance, für die Erhaltung der Lebensraum- und Artenvielfalt der Wälder als überwirtschaftliche Waldfunktion – analog zur Landwirtschaft – einen finanziellen Ausgleich über Bewirtschaftungsprämien zu erlangen.

ad 7:

Die finanziellen Auswirkungen für das Land Niederösterreich können erst nach erfolgter Detailkartierung der Natura 2000-Gebiete angeschätzt werden.

ad 8:

Aus meiner Sicht als Naturschutzreferent werden die Auswirkungen weitgehend positiver Art sein, da einerseits die Natur erhalten wird und andererseits die Einkommenssituation der Bauern im Hinblick auf die Direktzahlungen deutlich verbessert wird.

ad 9:

Bestehende Anlagen werden durch die Ausweisung von Natura 2000 nicht tangiert. Beim Neubau von Wasserkraftanlagen ist das grundsätzlich als Verschlechterungsverbot zu beachten und jeder Einzelfall zu prüfen.

ad 10:

Hier gilt das zu Punkt 9 angeführte sinngemäß.

ad 11:

Der WWF kann lediglich Vorschläge einbringen, aber keine Nominierung durchführen. Vorgeschlagen wurden folgende 4 Gebiete:

- TÜPI Allentsteig
- Steinfeld
- Marchfeld
- Streifenflurenland

Diesem Begehren wurde nicht nachgegeben.

ad 12:

Dem WWF kam und kommt im Nominierungsverfahren kein Status zu.

ad 13:

Niederösterreich ist nicht defensiv (wie die meisten anderen Bundesländer) sondern offensiv an diese Aufgabe herangegangen. Maßgeblich für die umfangreiche Nominierung war neben der herausragenden landschaftlichen Vielfalt Niederösterreichs und den sich zwangsläufig daraus ableitenden Verpflichtungen offensichtlich bei der damaligen Beschlußfassung, die im übrigen vor meiner Bestellung zum Naturschutzreferenten erfolgt ist, die Erwartung umfangreiche Fördermittel über die LIFE-Verordnung in Anspruch nehmen zu können. 8 von 12 für Österreich bewilligte LIFE-Projekte laufen in Niederösterreich. Auf diese Weise konnten allein für Niederösterreich ATS 150 Mio. an EU-Mittel lukriert werden. Die Flächengrößen von Natura 2000-Gebieten in anderen Bundesländern beziehungsweise in den anderen EU-Staaten sind aus den Beilagen A und B ersichtlich.“

(Die Beilagen A und B gingen mit der Anfragebeantwortung allen Abgeordneten zu und liegen überdies in der Landtagsdirektion zur Einsicht auf.)

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan an Herrn LR Schimanek betreffend Grundwasserbeeinträchtigung durch den Winterdienst auf den Flughafen-Pisten Wien-Schwechat, Ltg. 225/A-5/53:

„Zu Punkt 1.:

Die Beseitigung der belasteten Oberflächenwässer der Pisten und sonstigen Verkehrswege des Flughafens Wien werden nicht erst seit 1998 von der Wasserrechtsbehörde behandelt. Es wurde anlässlich des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens zur Erweiterung der Kläranlage der Flughafen Wien AG aufgetragen, die Lastfälle (z.B. aufgebrauchte Chemikalien, sonstige Oberflächenverunreinigungen) zu ermitteln und darauf basierend die erforderlichen baulichen und betrieblichen Maßnahmen zu setzen (Bescheid vom 25. April 1996, III/1-5.361/121-96).

Von der Flughafen Wien AG wurde im Zuge von Instandsetzungen wie Neubauprojekten jeweils die Kanalisierung der versiegelten Flächen vorgenommen. Laut den Aufzeichnungen bzw. Angaben der Flughafen Wien AG wurden in der Wintersaison 1997/98 90 % der eingesetzten Bewegungsflächenenteiser bereits auf kanalisierten Flächen aufgebracht.

Zu Punkt 2.:

Siehe Beantwortung zu Punkt 1.

Ergänzend wird festgehalten, dass weder die in der Anfrage angesprochene Studie des Umweltbundesamtes noch sonstige Untersuchungen der Wasserrechtsbehörde vorgelegen sind. Die „Ermittlung der Lastfälle“ laut dem oben zitierten Bescheid sollte u.a. die erforderlichen Beurteilungsgrundlagen für behördliche Entscheidungen liefern.

Zu Punkt 3.:

Mit Bescheid vom 4. Juni 1976, IX-F-29/3-1976, wurde der Flughafen Wien BetriebsgesmbH die wasserrechtliche Bewilligung zur Versickerung der Niederschlagswässer im Bereich der 2. Start- und Landepiste des Flughafens Wien-Schwechat erteilt, wobei bei den befestigten Flächen von ca. 50 ha Ausmaß 150 Sickeranlagen und bei den unbefestigten Flächen 122 Sickeranlagen vorgesehen waren.

Zu Punkt 4.:

Siehe Beantwortung zu Punkt 1. und zu Punkt 2.

Zu Punkt 5.:

Anlässlich der wasserrechtlichen Überprüfung am 10. Dezember 1998 vor Ort wurde erhoben, dass auf den Vorfeldern, Pisten und Rollwegen derzeit Kaliumacetat und Natriumformiat im Winterdienst eingesetzt werden.

Zu Punkt 6.:

Aus wasserrechtlicher Sicht wurden sämtliche erforderlichen Verfahren durchgeführt.

Auf Grund des vorbeschriebenen Sachverhaltes bzw. der Anfragebeantwortung kann daher von einem Versäumnis derzeit keine Rede sein.“

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Weiters eingebracht wurde ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Koczur, Dr. Strasser u.a. betreffend Solidarität und Hilfsaktionen für die notleidenden Menschen der „Kosovo-Krise“, Ltg. 254/A-2/9. Ich ersuche nun den Herrn Abgeordneten Klubobmann Koczur, die Dringlichkeit des Antrages zu begründen.

Abg. KOCZUR (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, der NÖ Landtag hat vor wenigen Minuten sehr eindrucksvoll unter Beweis gestellt, daß er seine Tätigkeit nicht nur auf den engsten Lebensraum der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher beschränkt sieht, sondern daß er

sehr wohl auch den kontinentalen Lebensraum in seine Überlegungen mit einbeziehen muß. Ich glaube, angesichts des vorhandenen Informationsstandes sind keine großen Worte notwendig um zu unterstreichen, daß auch der NÖ Landtag eine Aussage zur aktuellen Situation zu treffen hat. Politik gestaltet im Verantwortungsbereich die Lebensbedingungen der Bürger. Wir sind Teil eines Lebensraumes. Unser Heimatland, die Republik Österreich, ist Teil eines sich neu gestaltenden Europa. Österreich hat sich daher in die Bemühungen, im Kosovo letztendlich zu einer politischen Friedenslösung zu kommen, einzubringen.

Vieles, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist geschehen, und wahrlich, Niederösterreich steht hier nicht abseits, um das umfassende, unfassbare Leid der vom Krieg betroffenen Menschen zu lindern. Dieser Weg muß auch weiterhin beschritten werden. Neben diesen humanitären Aspekten gilt es alles daranzusetzen, daß die kriegerischen Handlungen möglichst rasch beendet werden und die betroffenen Flüchtlinge in ihren angestammten Lebensraum und Lebensbereich zurückkehren können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Was im Balkan geschieht, bestätigt, daß Friede, Freiheit, Demokratie und Sicherheit als umfassender lebensbegleitender Begriff höchste Werte menschlichen Zusammenlebens sind. Ich bitte Sie daher, der Dringlichkeit der Landtagszahl 254/A-2/9 Ihre Zustimmung zu geben.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Gegenstimmen gibt es keine. Der Antrag, die Dringlichkeit zuzuerkennen, wurde einstimmig genehmigt. Der Dringlichkeitsantrag wird daher, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, am Schluß der heutigen Tagesordnung behandelt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Schreiben vom 13. April 1999 hat mir Herr Landesrat Hans Jörg Schimanek mitgeteilt, daß er sein Mandat als Landesrat ab sofort zurücklegt, sein Abgeordnetenmandat aber behalten will. Mit Schreiben vom 14. April 1999 wurde ihm von der Landeswahlbehörde sein Mandat als Mitglied des NÖ Landtages gemäß Art. 20a der NÖ Landesverfassung 1979 erneut zugewiesen. Aus diesem Grunde erfolgt nunmehr, wie unter Punkt 2. der heutigen Sitzung angekündigt, die Angelobung eines Mitgliedes des Landtages. Wir gelangen zur Angelobung des Herrn Abgeordneten Schimanek. Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Mayerhofer, um Verlesung der Angelobungsformel.

(Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen.)

Schriftführer Abg. MAYERHOFER *(FPÖ)* *(liest):* „Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Niederösterreich, stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich bitte den Herrn Abgeordneten Hans Jörg Schimanek, die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten.

Abg. SCHIMANEK *(FPÖ)*: Ich gelobe!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich danke, Herr Abgeordneter! *(Die Damen und Herren Abgeordneten nehmen die Plätze wieder ein.)*

Der NÖ Landtagsklub der Freiheitlichen hat mit Schreiben vom 20. April 1999 auf Grund des Ausscheidens der Frau Abgeordneten Kratochwil folgende Änderungen in den Geschäftsausschüssen bekanntgegeben:

Im Kultur-Ausschuß Abg. Hans Jörg Schimanek statt Abg. Christa Kratochwil als Mitglied. Im Schul-Ausschuß Abg. Barbara Rosenkranz anstelle der Abg. Christa Kratochwil als Mitglied und Abg. Dkfm. Edwin Rambossek anstelle der Abg. Barbara Rosenkranz als Ersatzmitglied. Und im Sozial-Ausschuß Abg. Franz Marchat anstelle der Abg. Christa Kratochwil als Ersatzmitglied. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Als nächsten Tagesordnungspunkt kommen wir nunmehr zur Wahl eines Mitgliedes der NÖ Landesregierung, die durch den Rücktritt von Herrn Landesrat Schimanek notwendig geworden ist. Mit Schreiben vom 19. April 1999 hat der NÖ Landtagsklub der Freiheitlichen gemäß Art. 35 Abs.2 NÖ Landesverfassung 1979 einen Wahlvorschlag für die Wahl zum Mitglied der Landesregierung eingebracht. Herr Mag. Ewald Stadler aus Etsdorf/Kamp wird vorgeschlagen. Wir gelangen daher zur Wahl eines Mitgliedes der Landesregierung. Der Wahlvorschlag des NÖ Landtagsklubs der Freiheitlichen lautet, wie bereits erwähnt, auf Herrn Mag. Ewald Stadler. Nach § 65 Abs.3 der Geschäftsordnung muß diese Wahl unter namentlicher Aufrufung der Abgeordneten mittels Stimmzettel erfolgen. Gemäß Art. 35 Abs.7 der NÖ Landesverfassung 1979 sind nur jene Stimmen gültig, die auf einen dem Verhältniswahlrecht entsprechenden Wahlvorschlag entfallen. Leere Stimmzettel bleiben bei der Ermittlung des Wahlergebnisses außer Betracht. Die Stimmzettel liegen auf den Plätzen der Abgeordneten auf. Und ich bitte die Mitglieder des Landtages, die Stimmzettel nach Aufruf in die Urne zu

legen. Die Schriftführer ersuche ich nun um Verlesung der Namen.

Schriftführerin Abg. EGERER (ÖVP): Helene Auer, August Breining, Helmut Cerwenka, Alfred Dirnberger, Maria-Luise Egerer, Anton Erber, Mag. Martin Fasan, Werner Feurer, Mag. Edmund Freibauer, Rudolf Friewald, Ing. Leopold Gansch, Richard Gebert, Bernhard Gratzer, Wolfgang Haberler.

Schriftführer Abg. CERWENKA (SPÖ): Mag. Johann Heuras, Franz Hiller, Michaela Hinterholzer, Hans Stefan Hintner, Ing. Johann Hofbauer, Ignaz Hofmayer, Karl Honeder, Christian Hrubesch, Josef Jahrmann, Herbert Kautz, Eduard Keusch, Friedrich Knotzer, Anton Koczur, Christine Krammer.

Schriftführerin Abg. Mag. WEINZINGER (Grüne): Franz Kurzreiter, Marianne Lembacher, Franz Marchat, Leopold Mayerhofer, Dr. Martin Michalitsch, Karl Moser, Mag. Wolfgang Motz, Hans Muzik, Herbert Nowohradsky, Heidemaria Onodi, Ing. Johann Penz, Karl Pietsch, Dr. Josef Prober, Dkfm. Edwin Rambossek.

Schriftführer Abg. MAYERHOFER (FPÖ): Mag. Alfred Riedl, Barbara Rosenkranz, Sissy Roth, Anton Rupp, Ewald Sacher, Hans Jörg Schimanek, Dorothea Schittenhelm, Mag. Klaus Schneeberger, Dr. Ernst Strasser, Dipl. Ing. Bernd Toms, Christa Vladyka, Gottfried Waldhäusl, Mag. Brigid Weinzinger, Hannes Weninger.

(Die jeweils aufgerufenen Abgeordneten machen von ihrem Wahlrecht Gebrauch.)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Der Wahlvorgang ist abgeschlossen. Ich ersuche die Schriftführer um Vornahme der Stimmzählung. *(Nach Stimmzählung):* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Stimmen sind ausgezählt. Abgegeben wurden 52 Stimmen, 44 Stimmen sind ungültig, 8 Stimmen gültig. Alle 8 gültigen Stimmen entfallen auf Herrn Mag. Ewald Stadler. Ich ersuche den Ordner der FPÖ, Herrn Abgeordneten Haberler, Herrn Landesrat Mag. Stadler in den Landtagssaal zu bitten und ihn auf seinen Platz zu geleiten. *(Abg. Haberler geleitet Herrn LR Mag. Stadler in den Sitzungssaal. - Beifall bei der FPÖ.)*

Ich frage Herrn Landesrat Mag. Stadler, ob er die Wahl annimmt.

LR Mag. STADLER (FPÖ): Herr Präsident! Ich nehme die Wahl an!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich gratuliere dem Herrn Landesrat zu seiner Wahl und begrüße ihn im Namen des Landtages recht herzlich als neues Mitglied der Landesregierung.

Wir kommen zu Punkt 4. der Tagesordnung, Angelobung eines Mitgliedes der Landesregierung. Laut Artikel 36 Abs.2 der Landesverfassung haben die Mitglieder der Landesregierung vor Antritt ihres Amtes vor dem Landtag das Gelöbnis in die Hand des Landeshauptmannes zu leisten. Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, die Angelobung vorzunehmen. *(Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich.)*

LH Dr. PRÖLL (ÖVP): Ich bitte den Herrn Landesrat, folgendes Gelöbnis zu leisten: „Ich gelobe, daß ich die Verfassung und alle Gesetze des Landes Niederösterreich beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde.“

LR Mag. STADLER (FPÖ): Ich gelobe!

(LH Dr. Pröll übergibt die Bestellsurkunde. - Beifall bei der FPÖ. - Die Damen und Herren Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Mag. Ewald Stadler und ich erteile ihm das Wort.

LR Mag. STADLER (FPÖ): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung! Hoher Landtag!

Zunächst möchte ich mich bei all jenen bedanken, die mir heute das Vertrauen geschenkt haben und meine Wahl zum Mitglied der NÖ Landesregierung ermöglicht haben. Die neue Tätigkeit stellt für mich eine sehr große Herausforderung dar. Und dieser Herausforderung, meine Damen und Herren, möchte ich mich mit Begeisterung stellen.

Sie erlauben, Hoher Landtag, daß ich einige grundsätzliche, wenn auch kurze Anmerkungen zu meinem Amtsantritt mache. Auf die mediale Begleitmusik, die meine Designierung zum Mitglied der NÖ Landesregierung begleitet hat, möchte ich nicht näher eingehen. Es ist auch nicht Aufgabe eines Mitgliedes der Landesregierung, die Aussendungen der Parteisekretariate zu kommentieren. Sondern ich möchte mich darauf beschränken, einige grundlegende Aussagen zur Verfassungslage zu machen, weil die Verfassungslage Grundlage und Richtschnur für die Tätigkeit der Landesregierung ist. Die Landesverfassung trifft eine eindeu-

tige rechtspolitische Entscheidung. Nämlich die Entscheidung, daß die größeren im Landtag vertretenen Parteien zur Zusammenarbeit in der Landesregierung verpflichtet sind. Das heißt, sie sind vertreten in der Landesregierung, aber sie sind auch zur Zusammenarbeit zum Wohle des Landes - wie der Herr Landeshauptmann bereits in der Gelöbnisformel ausgeführt hat - verpflichtet. Das bedingt, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, natürlich ein Klima der Zusammenarbeit. Dieses Klima der Zusammenarbeit ist, glaube ich, etwas, was uns alle anspornen sollte in der Landesregierung. Und ich werde mich um dieses Klima einer gedeihlichen Zusammenarbeit aufrichtig bemühen. Dies bedeutet aber, daß man einen politischen Stil der Fairneß finden muß und dieser politische Stil der Fairneß uns als Leitmaxime der Tätigkeit in der Landesregierung gelten soll. Fairneß bedeutet aber nicht nur, daß man Schluß mit der Ausgrenzungspolitik macht, sondern natürlich auch andererseits, daß man jegliche persönliche Untergriffe unterläßt. Und das wird mir ein Anliegen sein.

Ich betone aber, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, daß die Absenz von Ausgrenzungspolitik zu wenig ist. Sondern ein gutes Klima ist erst dann herstellbar, wenn man auch zu einer neuen Fairneß im Umgang mit der FPÖ und vor allem auch mit den Wählern der FPÖ findet. Dieses schöne und große Bundesland, das meine Frau schon seit Jahren, als noch gar nicht von einer Übersiedlung nach Niederösterreich die Rede war, als Urlaubsland kennen und schätzen gelernt haben, dieses schöne und große Bundesland und seine Bevölkerung verdienen eine Landesregierung, die in kollegialem Klima maximale Leistungen erbringt. Und zwar insbesondere angesichts der großen Herausforderungen, die uns ins Haus stehen. Alleine die Probleme der Osterweiterung, meine Damen und Herren, erfordern unseren ganzen Einsatz. Und ich hoffe, daß mit Gottes Unterstützung uns dieser Einsatz auch gelingen möge und daß wir für unser Land auch etwas zusammenbringen. Dessen bin ich einfach zuversichtlich.

Diesen kurzen Debattenbeitrag möchte ich nicht beenden und schließen ohne ein Wort des Dankes. Des Dankes an meinen Vorgänger in der Landesregierung, Hans Jörg Schimanek, dem ich für seine Tätigkeit ein herzliches Vergeltsgott sagen möchte. (*Beifall bei der FPÖ.*) Lieber Hans Jörg, Du gehörst seit 1993 der NÖ Landesregierung an. Und für deine Tätigkeit, für deinen Einsatz, für deine Leistungen gebührt dir Anerkennung und Dank. Die Kritik an deinen Leistungen - ich habe gestern in einer Tageszeitung sogar einen agrarischen Vergleich mit der Unterkunft für Haustiere gelesen - diese Dinge möchte ich nicht kommentieren. Diese

Kritik, glaube ich, wird im Land nicht geteilt. Du hast im Land die Anerkennung bei der Bevölkerung erworben. Die Bevölkerung weiß um deine Leistungen und Du genießt daher auch bei der Bevölkerung den entsprechenden Respekt. Weshalb ich noch einmal sage, herzliches Vergeltsgott! (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Die Abgeordneten Rosenkranz u.a. haben gemäß § 35a LGO einen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Antidrogenpolitik in NÖ“, Ltg. 247/A-8/7 eingebracht. Gemäß § 35a Abs.4 LGO wurde beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung:*) Danke. Gegenstimmen? Keine. Es wird einstimmig die Aktuelle Stunde genehmigt.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde gemäß § 35a der Geschäftsordnung. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß § 35a Abs.6 LGO die Redezeit des ersten Antragstellers und die der Mitglieder der Landesregierung auf 15 Minuten, die der übrigen Redner auf 10 Minuten beschränkt ist. Ich weise die Damen und Herren des Hohen Hauses darauf hin, daß eine Minute vor Ende der jeweiligen Redezeit das Licht am Rednerpult zu blinken beginnt. Am Ende der Redezeit leuchtet das Licht ohne zu blinken. Ich bitte darum, die Redezeit nicht zu überschreiten.

Die Abgeordneten Rosenkranz u.a. haben den Antrag Ltg. 247/A-8/7 betreffend „Antidrogenpolitik in NÖ“ eingebracht. Ich ersuche Frau Abgeordnete Rosenkranz als erste Antragstellerin, zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. ROSENKRANZ (*FPÖ*): Herr Präsident! Hoher Landtag! Wer heute die Zeitungen gelesen hat „Rauschgiftschwemme nach Österreich um 17 Prozent gestiegen“, „Drogenmittelpunkt Balkan“, der könnte meinen, daß selten eine Aktuelle Stunde so gut terminisiert war wie die heutige. Könnte! Aber ich kann Ihnen versichern, man hätte sie zum Beispiel auch am 25., vor drei Tagen, abhalten können. Da war in der Zeitung „Heroindealer biß Polizisten bei Festnahme in die Wange“. Oder am 23: „Süchtiger brach Drogentherapie ab und verübte Einbruchsserie“. Am 20.: „Süchtiger drohte bei Überfällen mit Aids“ Am 17.: „Polizei faßte Drogendealer“. Das sind alles niederösterreichische Meldungen. Am 16. wurde ein 40köpfiger Suchtgiftring ausgehoben. Am 13. zweimal: „Nach Drogenparty prügelte Süchtiger Pensionistinnen“ und „Drogenring zerschlagen - 31 Süchtige ausgeforscht“. Am

11. verschluckte ein Drogenkurier 50 Kondome mit Kokain, am 9. drei Kilo Haschisch aus Griechenland abgefangen und am 8. ein Waldviertler Drogenring von Kriminalisten zerschlagen. Ich bin nicht einmal bis zum Anfang des Monats zurückgegangen. So ist die Situation in Österreich, so ist vor allem die Situation in Niederösterreich!

Und das ist nicht nur die Sensationslüsternheit des Boulevards, sondern diese Meldungen decken sich vollkommen mit ganz ganz seriösen Quellen. Und eine der besten Quellen zu diesem Thema, glaube ich, ist das Magazin des Innenministeriums, wo unter dem Titel „Gefährliche Entwicklung“ ein Bericht über die Präsentation einer Studie des Suchtgiftberichtes 1998 durch den Drogenkontrollrat der UNO steht. Und da steht drinnen, das war am 23. Februar 1999, da wurde dieser Bericht präsentiert: Es sind so viele illegale Substanzen am Markt wie noch nie; etwa 200. Drogen werden mißbraucht von Angehörigen aller Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht und gesellschaftlicher Schicht.

Und das ist genau das, was zu beobachten ist: Das Drogenproblem ist nicht mehr ein Problem von Randschichten, sondern es ist wirklich in die Mitte unserer Gesellschaft vorgedrungen. Es ist ein Massenphänomen geworden. Und wenn man da versucht, den Zeitpunkt festzustellen, so ist doch die Phase der Ostöffnung eine ganz wesentliche Zäsur gewesen. Ganz klar: Die Verfügbarkeit von Drogen ist seit diesem Zeitpunkt enorm im Steigen begriffen. Mittlerweile sind 30 Prozent aller Gefängnisinsassen drogensüchtig. Und wie reagiert die Politik? Es fällt einem schwer, da nicht zynisch zu werden. Ich darf jedenfalls zitieren, wie reagiert die Politik? Aus dem Justizministerium hört man zu dem Thema Drogenproblematik im Gefängnis: Problembewußt und zukunftsorientiert. Und was versteht der Sprecher des Justizministers darunter? Er möchte Einwegspritzen im Gefängnis verteilen lassen. Meine Damen und Herren! Das kann man gar nicht genau genug beobachten und exakt genug beurteilen. Der Justizminister sagt, daß er nicht willens oder nicht in der Lage ist, selbst nicht in den Gefängnisanstalten Österreichs, dafür zu garantieren, daß der gesetzmäßige Zustand eingehalten wird. Der Justizminister sagt, daß er vor hat, vollkommen von einer Bekämpfung der Drogenkriminalität zu ihrer Verwaltung überzugehen. Und der Justizminister kündigt damit ganz deutlich und offen in den Medien an, er hat vor, vor der Drogenmafia zu kapitulieren. Wo, meine Damen und Herren, ist da eigentlich der Aufschrei geblieben? Es ist nämlich nicht der Boulevard, der aufheult, wie ein sehr zeitgeistiges Zeitmagazin, das sich für qualitativ hält, zynisch argumentiert hat. Der Aufschrei wäre

eigentlich uns als Politiker und vor allem auch der Bevölkerung zugestanden. Und unsere Aufgabe als Politiker ist es, diesen Mißstand darzutun, auszudrücken, die Bevölkerung aufzuklären und dann eine ganz deutliche Position dazu einzunehmen.

So deutlich, wie der Justizminister das gesagt hat, wird es nicht immer gesagt, aber ähnliche Dinge können wir immer wieder hören. Ich erinnere nur daran, die Liberalen und die Grünen haben sich wiederholt für die sogenannte Entkriminalisierung weicher Drogen, für die Zulassung von Cannabis ausgesprochen. Und auch in den Jugendorganisationen der beiden großen Parteien ist das eine Haltung, die mit sehr viel Selbstbewußtsein vertreten wird. Ich darf Sie nur an das Flugblatt erinnern, von dem die junge SPÖ so überzeugt war, daß sie es vor Schulen verteilt hat. Da ist dann in einer ganz lustigen Verballhornung - aber angesichts der Ernsthaftigkeit des Problems natürlich eine bösertige Geschichte - gestanden „Rauschgriff statt Lasterfahndung“. Und der Herr Erber war heute ja bereits aktionistisch unterwegs, er ist mittlerweile im Landtag und hat sich geläutert, hat also auch in Erwartung der Aktuellen Stunde etwas erwachsenere Aussagen in die APA gestellt. Aber ich erinnere daran, daß er noch vor zwei Jahren sehr wohl mit dem Herrn Kollross von der SJ einer Meinung war, daß Haschisch zu liberalisieren sei.

Wir von der FPÖ haben hier ganz klar eine andere Position. Wir sind der Meinung, daß nicht nur die Begleitumstände von Sucht, sondern die Sucht an sich ein Übel ist. Sie beschränkt die Entscheidungsfreiheit des Menschen und nimmt ihm eigentlich seine Lebenserfüllung. Wir bestehen darauf, daß nach wie vor ganz klar diskutiert wird, wer ist für ein drogenfreies Leitbild und wer ist dies nicht mehr. Ich weiß, es wird dann bei meinen Nachrednern jedenfalls das Argument kommen, es gibt keine drogenfreie Gesellschaft. Wir haben legale Drogen, die eben so schlimm sind. Meine Damen und Herren! Daß das Ideal von der Wirklichkeit nicht erreicht wird, ist sein Wesen und spricht nicht dagegen. Und das Argument, daß auch durch Alkohol entsetzliche Verheerungen und Verwüstungen eintreten können, rechtfertigt keineswegs, daß das eine Übel das andere einleiten kann. Wir haben den Alkoholmißbrauch zu bekämpfen. Wir haben gegen die Nikotinsucht genauso Kampagnen zu starten. Aber nichts kann uns dazu bewegen, zu sagen, nachdem Leute Alkohol trinken und Leute rauchen ist uns eigentlich völlig egal ob sie Cannabis konsumieren oder Heroin.

Denn, und da möchte ich doch auch eine Kritik am NÖ Drogenkonzept anbringen, sehr wohl ist Sucht natürlich persönlichkeitsorientiert. Es gibt

Persönlichkeiten, die werden nie süchtig. Es sind dies vielleicht wenige, aber das ist so wie bei den Krankheiten. Es gibt Leute mit einem so starken Immunsystem, die können sich in einem Lazarett befinden, sie werden sich nicht anstecken. Das ist nicht der Regelfall. Gleichzeitig muß ich, wenn ich schon die Persönlichkeit stärke, wozu wir uns voll bekennen, darauf achten, daß die Verführung nicht zu groß ist. Gelegenheit macht Diebe! Und da möchte ich doch sagen, es ist auch eine Substanzbezogenheit vorhanden. Das Suchtpotential von Heroin ist in einem solchen Maß größer als das zum Beispiel von Nikotin, daß wir es nicht einfach beiseite schieben können. Seriöse Experten werden ihnen nichts anderes sagen als daß vier von fünf Heroinkonsumenten bereits nach der ersten Einnahme dieser Substanz starke, starke vielleicht nicht, aber Entzugserscheinungen, verspüren. Und ich meine doch, daß es ein Unterschied ist, ob ein abenteuerlustiger und wagemutiger Jugendlicher sich einmal ein bißchen beim Bier vergreift, am nächsten Tag einen „Kater“ hat - man wird in kritisieren, man wird ihn tadeln - oder ob er auf Grund dessen, daß er eben es ganz gerne tut, daß er Grenzen überschreitet und Verbotenes tut, daß er durch seinen leichten Zugang, den er dazu findet, zu Heroin kommt. Es ist dies ein Unterschied. Und ich möchte ganz dezidiert sagen, ich kritisiere das NÖ Drogenkonzept, wo dieser Unterschied beinahe nicht mehr gemacht wird.

Und ich darf aus meiner eigenen Erfahrung berichten: Ich war als Mutter in einer der Schulen meiner Kinder und habe mir dort dieses Drogenkonzept angehört. Die Lehrerin hat das gebracht. Und es war wirklich also so: „Eigentlich, wenn Sie ehrlich zu sich selber sind, meine Damen und Herren, sind Sie alle ein bißchen süchtig. Manch einer trinkt zu viel Kaffee, der andere arbeitet zu viel, der dritte geht zu oft zu gern ein hohes Risiko ein, er ist sozusagen risikosüchtig. Und manch einer, nun ja, es ist zu bedauern, aber manch einer hat leider Heroinsucht.“ Ich habe an den Mienen der um mich sitzenden Eltern, ich selber war relativ erstaunt, gemerkt, daß sich alle wundern. Und ich habe dann zu guter Letzt die Frage gestellt, ganz deutlich. Ich habe die Lehrerin gefragt: Sind sie der Meinung - sie hat das nämlich dann noch so fokussieren lassen, man kann jede Substanz gebrauchen oder mißbrauchen. Und ich habe sie dann gefragt: Sind sie der Meinung, daß man Heroin auch nicht mißbräuchlich verwenden kann? Und diese Lehrerin hat zu mir gesagt: Eine klare Frage, eine klare Antwort, ja. Und diese Antwort möchte ich eigentlich in unseren Schulen nicht hören. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dazu, daß wir darauf Wert legen, daß nicht mit der Gleichsetzung aller Substanzen eine Verharmlosung der wirklich beängstigenden Drogen eingeleitet wird, kommt noch, daß wir die Entkriminalisierung, nämlich als Mittel die Drogensucht zu beschränken, absolut für unglaubwürdig halten und sie auch ablehnen. Es wird immer wieder gesagt, gerade die Kriminalisierung der Substanzen würde Neugierde erwecken, wäre reizvoll und würde deswegen zu ihrer Verwendung führen. Das ist das, was eine Gruppe von europäischen Staaten so rund um die Schweiz vertritt. Da wird eben gesagt, in Wahrheit könnte man Sucht nur dadurch bekämpfen, daß man sie entkriminalisiert. Da würde man die Nachfrage austrocknen. Man würde außerdem die Begleitkriminalität wegbringen. Das wäre eigentlich eine Möglichkeit, um Sucht wirkungsvoll zu bekämpfen. Und das ist auch die einzige Linie, die in Österreich derzeit überhaupt diskutiert wird. Und vollkommen verschwiegen wird, daß es neben dieser Linie mit der Schweiz an der Spitze eine zweite Linie, die sich um Schweden herum gebildet hat, das ist auch organisatorisch alles fixiert, daß es eine zweite Linie gibt. Eine Linie, die sagt, nein, genau diese permissiven Tendenzen, diese Liberalisierungstendenzen begünstigen Sucht, verstärken Sucht. Und ich darf dazu, Schweden steht hier eben an der Spitze, ein bißchen über Schweden sprechen. Schweden hat ja eine große Erfahrung, das sozialdemokratische Schweden, mit dem Bewußtsein, daß der Mensch, wenn er süchtig ist, auch nicht zu seiner politischen Wirksamkeit kommen kann. Dieses Prinzip haben Sie ja bei den Naturfreunden auch sehr lange aufrecht erhalten. Ich würde mir wünschen, daß sie dazu wieder zurückkehren. Schweden hatte eine sehr restriktive Haltung gegenüber dem Alkoholkonsum. Es wurde der individuelle Konsum genau festgelegt und auch kontrolliert. Dieses System wurde unter dem Namen seines Erfinders Bratt-System in Schweden eingeführt und ist dort bis 1955 gewesen. Ist natürlich zunehmend unter Kritik gekommen. Man hat dann eben gesagt, genau dieses Verbot würde eben den Reiz und die Lust, Alkohol zu konsumieren, steigern. Man hat dann dieses System 1955 wie gesagt abgeschafft. Und was ist passiert? Also, man hat eben dann dieses Verbot durch Prävention alleine ersetzt. Und man konnte dann eben registrieren, bei der Abschaffung des Bratt-Systems gab es Hoffnungen auf den Rückgang des Alkoholverbrauchs. Der Verbrauch stieg jedoch im Gegenteil kräftig an. Diese Erfahrung hat man dort gemacht. Und so hat auch Schweden in der Frage der harten, der Opiat-Drogen genau diese Position eingenommen. In

Schweden sagen man, wenn liberalisiert wird, wird es zu einem Anstieg der Drogensucht kommen. Und sie sagen das nicht, weil sie aus einer irgendwie reaktionären Haltung heraus das gern so sehen würden, sondern sie haben tatsächlich diese Erfahrung gemacht.

Das andere ist das Schweizer Modell, eben Liberalisierung und so Verhinderung von Drogensucht. In Österreich, wie gesagt, das einzige, was ernsthaft diskutiert wird. Zum Beispiel kam gestern im „Journal-Panorama“ über das Thema „Heroin auf Krankenschein“ dann irgendwann ein Schweizer Experte zu Wort. Widerspruch hat der gar nie hören müssen. Der hat dann im vertrauensenerweckenden rustikalen Schweizer Idiom in der Richtung gesprochen: Am Heroinkonsum ist eigentlich das einzig Bedrohliche dieser irrationale Zugang der Spießbürger dazu. Würde man das Ganze rational anpacken und wirklich vernünftig machen, würde man schauen, daß die Süchtigen zu einer vernünftig geregelten Abgabe von Heroin kommen, dann würden sie nicht verelenden und niemand hätte ein Problem. Der hat das dort gesagt. Es gab überhaupt keine Gegenmeinung. Das war die Sendung im Österreichischen Rundfunk zu dem Thema „Heroin auf Krankenschein“. Und ich darf Ihnen sagen, diese Meinung ist absolut nicht unbestritten. Denn was den Schweizer Heroinversuch betrifft, gibt es ganz andere Meldungen. Ich zitiere aus der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 16. April diesen Jahres, vor kurzem also. Da steht ganz lapidar: „Das Schweizer Projekt zur ärztlichen Verschreibung von Betäubungsmitteln, besser bekannt als Heroinversuch, ist aus wissenschaftlicher Sicht gescheitert. Zu diesem Ergebnis kommt eine Gruppe internationaler Fachleute, die im Auftrag der WHO die Berichte der an den Versuch beteiligten Schweizer Wissenschaftler ausgewertet hat.“ So ist das. Davon hört man bei uns in Österreich gar nichts. Ganz im Gegenteil: Als Nachzügler wie immer kommen wir jetzt schön langsam auf ein ganz verderbliches Modell, das eigentlich in anderen Staaten Europas bereits so diskreditiert ist, daß man sich daran eigentlich gar nicht mehr erinnern will.

Wir Freiheitliche sind ganz eindeutig für den schwedischen Weg. Und wir stehen da erfreulicherweise auch im Einklang mit der UNO, auf die wir uns sonst - und auch zu Recht - sehr gern berufen. Ich darf also noch einmal auf diesen Drogenbericht zurückkommen. Da steht dann zum Thema Drogenkriminalisierung – Entkriminalisierung: Besorgt ist der INCB-Präsident Ghodse über Bestrebungen, Drogen zu entkriminalisieren. Legalisierungsdiskussionen hält der Internationale Drogenkontrollrat ebenso für gefährlich wie die Abgabe

von Heroin an Schwerstsüchtige und die Einrichtung von Schußgalerien, in denen Abhängige Heroin spritzen können; ungestört und unter hygienischen Bedingungen. Dies würde den illegalen Drogenhandel fördern und der Öffentlichkeit die Botschaft vermitteln, Drogen seien kein großes Problem. Und genau das ist es auch. Dieses Signal, sozusagen der Staat als Dealer, oder, in den Gefängnissen geben wir halt Einwegspritzen ab, dieses Signal ist so verheerend, daß man sich schon einfach deswegen dagegen aussprechen muß.

Unser oberstes Ziel ist es, neue Süchtige zu vermeiden, und jene, die bereits der Sucht verfallen sind, wieder in die Suchtfreiheit zurückzuführen. Und dazu braucht es erstens einmal die Einschränkung der Verfügbarkeit. Und wir wollen, daß die Exekutive jede Unterstützung erhält. Und zwar auch jede Unterstützung im juristischen Bereich. Wir wollen, daß Drogendealer, die gefaßt worden sind, tatsächlich abgeschoben werden können. Wie kann es denn sein, daß ein Nigerianer - das war aus einem Artikel, die ich vorher vorgelesen habe - der seit 1996 in Österreich Aufenthaltsverbot hat und mehrere Male wegen Drogenhandels aufgegriffen worden ist, wie kann der vor vier Tagen einen österreichischen Polizisten bei seiner Festnahme beißen? Diese Dinge dürfen einfach nicht passieren.

Wir fordern höhere Strafen. Denn das Verhältnis zwischen Risiko und Gewinn ist dermaßen günstig für den Drogenhändler, daß man sich eigentlich nicht wundern muß, warum die Sucht so um sich greift. Und wir fordern vor allem, daß diese Grenzengenverordnung neu überdacht wird. Die besagt, daß wer weniger als diese Grenzmenge, und bei Heroin hat man das vor einem Jahr verzehnfacht auf fünf Gramm, wer weniger als diese Menge bei sich führt, der bleibt so gut wie straffrei. Der Staatsanwalt kann die Anzeige zurücklegen. Fünf Gramm Heroin, meine Damen und Herren! 30 bis 50 Milligramm sind für den ersten Anwender tödlich! Das sind 100 tödliche Dosen! 100 tödliche Dosen kann einer mit sich führen, ohne daß irgend etwas passiert. Wie soll unter diesen Rahmenbedingungen die Polizei motiviert sein, sich wirklich unter Lebensgefahr mit Drogenhändlern einzulassen?

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Frau Abgeordnete! Ihre Redezeit ist schon länger um.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Sofort. Das zweite, wo wir vermutlich einer Meinung sind, ist die Prävention. Es muß alles getan werden - intakte Familie, bessere Jugendarbeit - daß Jugendliche

erst gar nicht auf Drogen kommen. Das dritte, und das wir sicher ein Reibepunkt sein, ist Therapie. Wir sind dafür, Therapie kann nur abstinentorientiert passieren. Wir wollen haben, daß Menschen, die sich einer Therapie unterzogen haben, sie erstens durchführen und vollenden müssen. Nicht, daß sie nach fünf Tagen abrechnen können. Und wir wollen haben, daß am Ende die Suchtfreiheit steht. Und da gehen wir so weit, daß wir sagen: Wenn die Verelendung sonst nicht mehr aufzuhalten ist, probieren wir das Äußerste. In Absprache mit Eltern, Angehörigen, einem kundigen Arzt und dem Richter soll jemand auch gegen seinen Willen einer therapeutischen Anhaltung unterzogen werden können. Und wer den Jammer und das Elend von Müttern und Vätern erlebt, die zuschauen müssen, wie sich Sohn oder Tochter wirklich elendiglich immer weiter ins Verhängnis begeben und schlicht und einfach verrecken, und die sagen, wir können gar nichts machen, der wird einsehen, daß diese Maßnahme in Wahrheit human ist.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Frau Abgeordnete! Sie müssen jetzt wirklich zum Schluß kommen.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Nur noch die Schlußpassage! Wir wollen eine Neuorientierung in der Drogenpolitik und wir wollen eine ehrliche Diskussion. Niederösterreich ist prädestiniert dafür. Wir sind hier an der Ostgrenze wirklich ein Durchmarschland für Drogen geworden. Wir können uns nicht auf den Zeitgeist ausreden, das wird uns keiner abnehmen. Denn der Mensch macht seine Zeit. Wir haben es selbst in der Hand und wir müssen es in die Hand nehmen. Ich darf also im Goethe-Jahr nur ein Zitat von Goethe - die österreichischen Bühnen haben darauf verzichtet, auch nur ein Stück dieses Dichters aufzuführen - zum Zeitgeist zitieren und damit schließen: „Was ihr den Geist der Zeiten nennt, das ist im Grund der Herren eigener Geist in dem die Zeiten sich bespiegeln.“ So ist es! Wir haben es in der Hand und wir sind es unseren Kindern schuldig, die Dinge hier neu zu ordnen. (Beifall bei der FPÖ.)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Auer.

Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eigentlich hätte müssen nach der Einleitung das Thema nicht „Antidrogenpolitik in Niederösterreich“ heißen, sondern wir hätten uns überhaupt mit Drogen auseinander setzen sollen. Aber dafür reicht eine Aktuelle Stunde sicher nicht. Ich möchte versuchen, doch ein bißchen auf Niederösterreich

zu sprechen zu kommen. Konkreter, was passiert in Niederösterreich, was tun wir hier? Nur ein paar Punkte zur Ausgangssituation. Und auch hier möchte ich mit einem Spruch, mit einer Aussage des UNO-Generalsekretärs bei der Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über das Weltdrogenproblem vom 8. bis 10. Juni 1998 in New York beginnen. Er hat damals gesagt, kein Land ist heute gegen die Drogengefahr immun. Kein Land kann allein gegen den Drogenhandel ankämpfen. Und: Die Globalisierung des Drogenhandels erfordert globale Antworten. Das heißt, wir können uns sehr wohl mit der Situation in Niederösterreich auseinandersetzen. Wohl wissend, daß wir unsere Grenzen nicht dicht machen können - jetzt meine ich, gegen Drogen -, daß wir uns nicht abschotten können und daß wir uns nicht vornehmen können, eine drogenfreie Zone in der Welt zu sein. Sondern wir können uns nur vornehmen, die Situation anzuschauen, wie können wir sie verbessern, wie bekommen wir sie in den Griff, wo liegen die Ursachen? Wo sind die Wurzeln? Wie können wir das Problem möglichst gering halten? Eines muß uns auch klar sein: Daß darüber hinaus, wohl wissend, daß es eine globale Angelegenheit ist, zumindest Gesamt-Europa und darüber hinaus alle zusammenarbeiten müssen, daß dieses Problem eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt.

Ganz kurz nur zwei, drei Sätze zur Ausgangssituation: Wir wissen, daß Gottseidank seit 1995 die Zahl der Drogentoten zurückgegangen ist. Wir wissen aber, und das ist sehr gut so, daß die Zahl der Anzeigen im Zusammenhang mit Drogen im Steigen begriffen ist. 10 Prozent österreichweit, in Niederösterreich ein Plus von 73 Prozent. Das zeigt aber ganz deutlich, wenn man dem nachgeht und sich anschaut, wieso dieser Sprung, daß zwei Dinge dabei greifen. Es gibt seit 1995 eindeutig mehr Beamte, die sich damit auseinandersetzen. Die geschult sind. Fast auf jeder größeren Gendarmeriedienststelle Niederösterreichs gibt es gut ausgebildete Beamte auf diesem Gebiet. Und es greift endlich - vorher hat es ja nicht greifen können, da haben wir es nicht gehabt - das Schengener Abkommen. Ganz wichtig im Zusammenhang mit der Ostgrenze. Und natürlich hat auch der Wiener Flughafen, der in Niederösterreich liegt, hier seine ganz besondere Stellung.

Ich glaube, man sollte sich da in diesem Zusammenhang vor allem auch anschauen, was der Grund dafür ist, daß überhaupt Drogen genommen werden. Wenn man weiß, daß allein 1997 48 Prozent jener Personen, die mit Drogen in Verbindung kamen, Arbeitslose waren, dann sollte es einem zu denken geben. Das ist ganz gewaltig. Was mich wieder in dem Zusammenhang freut, daß die An-

zahl der Jugendlichen im Sinken ist. Und das sind Grundsätze, die man sich wirklich als Grundlage nehmen sollte. Das heißt, wir in Niederösterreich haben wirklich eine besondere Situation durch das Öffnen der Ostgrenzen, daß die Hauptroute, vor allem für Heroin, vom Balkan her über Österreich in den Westen führt. Beziehungsweise versucht man hereinzukommen vor allem über Ungarn und die Slowakei und den Flughafen Schwechat. Das heißt, wir müssen ansetzen beim Vorbeugen und beim Aufklären. Wir sollten uns auseinandersetzen mit dem Wissen, wodurch Sucht überhaupt entsteht. Egal jetzt, ob physischer oder psychischer Natur. Das ist in Wirklichkeit die Motivation. Das heißt, hier ansetzen, gut informieren, aufklären.

Das heißt, wir müssen unseren Jugendlichen Ziele geben, wir müssen ihnen Inhalte geben. Wir müssen schauen, gibt es wirklich Überforderung schon von der Einstellung her. Gibt es die Möglichkeit, Aggressionen abzubauen? Wo können sie ansetzen, welche Ziele und Inhalte bekommen sie? Und natürlich die Arbeitslosigkeit. Bei der Aufklärungsarbeit ist gerade in Niederösterreich wirklich viel passiert. Durch die gute Zusammenarbeit des kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes mit wirklich speziell ausgebildeten Menschen im Drogenbereich, vor allem mit den Schulen und mit den Elternvereinen ist hier doch ein ganz besonderer Ansatzpunkt geschaffen worden, der immer mehr ausgebaut wird. Es gibt einen Ansatzpunkt in der Discoszene zwischen Kriminalpolizei und den Diskothekenbesitzern, um hier wirklich die Jugendlichen zu informieren. Weil das einer der Punkte ist, wo vor allem im ländlichen Raum noch immer die Möglichkeit für Jugendliche besteht, an Drogen heranzukommen, oder wo es eben leichter ist.

Das heißt, es gibt sehr wohl eine ganze Reihe von Dingen, die hier passiert sind. Aber ansetzen muß man auch auf anderen Gebieten. Man muß vor allem jenen dann Hilfestellung geben, die bereits Drogen konsumiert haben. Da rede ich noch gar nicht von jenen, die schon drogenabhängig sind. Aber auch auf diesem Gebiet. Es gibt in Zusammenarbeit mit dem NÖ Gesundheitsforum die Fachstellen für Suchtgiftvorbeugung. Da haben wir zum Beispiel in ganz Niederösterreich 19 Beratungsstellen. Ein richtiges Netz, verbreitet über Niederösterreich. In allen vier Vierteln unseres Bundeslandes. Und zusätzlich noch sieben weitere Beratungsstellen, die es gibt. Also insgesamt 26. Es gibt fast mehr als wir Verwaltungs- oder politische Bezirke haben. Man kann sagen, wirklich flächendeckend abgedeckt. In Zusammenarbeit mit den psychosozialen Ambulanzen, mit den psychosomatischen Ambulanzen und Zentren, die da sind. Hier wird wirklich mit Ärzten, mit Sozialarbeitern, mit Beratung usw. gearbeitet. Was mir gerade ein-

fällt und was ganz besonders wichtig ist: Der „Waggon“ in Mödling, der da eine ganz wichtige Aufgabe übernommen hat und der hier wirklich auch vorbildlich ist.

Das heißt, es gibt eine Reihe von Aufgaben und Dingen, die bereits passieren. Darüber hinaus, nachdem man natürlich nicht alles machen kann - das wichtigste ist das Publizieren natürlich, die Vorbeugung, und dann die Hilfestellung - müssen natürlich auch Schwerpunkte gesetzt werden. Und da gibt es auch bereits eine Menge. Denn bei dieser Tagung der UNO im Vorjahr wurde ein gutes Programm ausgearbeitet, das innerhalb von 10 Jahren umgesetzt werden soll. Das heißt, daß es bis zum Jahr 2008 möglichst in vielen Ländern, wenn nicht in allen Ländern, umgesetzt ist. Und da hat man sich sechs Schwerpunkte gesetzt, von denen ich glaube, daß sich wirklich jedes Land, jedes Bundesland daran halten sollte. Das ist natürlich die Vernichtung der illegalen Ernten, die es weltweit gibt. Das sind die Maßnahmen gegen Geldwäsche. Wenn man das in den Griff bekommt, wobei es in Österreich schon wirklich gute Ansätze gibt, das sind etwa die Maßnahmen gegen Amphetamine.... Und, werte Kollegin, weil Sie die Schweiz als Beispiel genommen haben: Der Großteil dieser synthetischen Drogen kommt zum Beispiel nach Österreich aus der Schweiz, wenn man sich das anschaut. Also so toll kann es dort nicht funktionieren, wenn man weiß, daß diese Drogen vorwiegend von dort nach Österreich kommen. Dann natürlich die Verbesserung der Zusammenarbeit der Justizbehörden auf internationaler Ebene. Es muß natürlich verstärkte Kontrollen über die Erzeugung und die Verbreitung dieser chemischen Vorläufersubstanzen geben. Daß man einmal in den Griff bekommt, wo das hingeht. Und all diese Dinge, die es bereits auch auf österreichischer Ebene teilweise gibt, die teilweise in Umsetzung sind. Nur vielleicht noch eines: Mehr als 50 Prozent des Heroins wird über die Balkanroute nach Österreich transportiert. Und daher ist es so wichtig, daß es dieses Schengener Abkommen gibt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte damit schließen, daß es eines der wichtigsten Probleme für die Zukunft sein wird - schon der Gegenwart - hier wirklich gegen diesen Drogenmißbrauch anzukämpfen. Daß es gerade in Niederösterreich bereits sehr viel auf dem Gebiet gibt. Und daß es sehr weitreichende und gute Überlegungen gibt, um dieses Problem auch weiterhin hintanzuhalten, in den Griff zu bekommen. Aber der Illusion, eine drogenfreie Zone in Niederösterreich zu sein, der dürfen wir nicht unterliegen. Das ist eben eine Illusion. Dies wird es nie geben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Erber.

Abg. ERBER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es freut mich, daß ich zum Thema Drogen heute sprechen kann. Und zwar aus diesem Grund, weil ich glaube, daß man gar nicht genug über das Problem sprechen kann. Es ist ein Problem, das die Jugend betrifft, auch in Niederösterreich, das darf man nicht verheimlichen. Und umso mehr irritiert es mich schon, daß ich von meinen Vorrednern sehr wenig Intelligentes gehört habe und auch sehr wenig intelligente Lösungsansätze. *(In der Folge anhaltende Unruhe bei Abg. Waldhäusl.)*

Ja, meine lieben Freiheitlichen, Sie haben mich angesprochen. Ich fühle mich natürlich verpflichtet, Ihnen auch eine Antwort zu geben. Und zwar, Frau Abgeordnete Rosenkranz, zeigen Sie mir einen Brief, eine Rede, einen Antrag, einen Folder von mir, wo ich für die Legalisierung der weichen Drogen eingetreten bin. Wenn Sie das können, dann gratuliere ich Ihnen. Wenn Sie das nicht können, dann sind Sie eine Populistin. Und ich weiß, daß Sie es nicht können. *(Abg. Marchat: Zeig' ich Dir dann!)* Dasselbe kann ich für meine Jugendorganisation sagen. Im Gegensatz zu Ihnen, wo Sie sich herstellen, das aufgreifen, das anprangern und keine Lösungsansätze vorbringen. *(Neuerlich Unruhe bei der FPÖ.)*

Im Gegensatz dazu möchte ich Ihnen berichten, daß gerade unsere Jugendorganisation sich immer wieder mit der Aufklärung beschäftigt hat. Unter anderem haben wir 30.000 Folder „Phantasie statt Ecstasy“ ausgeteilt. Und wenn Sie sich mit der Materie beschäftigen, dann wissen Sie, daß gerade diese Droge stagniert und sogar leicht rückläufig ist. Also ich denke, es sind nicht die rechten Reden, sondern es ist die Aufklärung.

Und zum Thema „Freiheitliche und Drogen“ möchte ich noch anmerken: Sie wissen und Sie haben es angesprochen, bei Verkehrsunfällen spielen Drogen eine Rolle. Wenn Sie sich tatsächlich damit beschäftigen, dann werden Sie feststellen, das ist nur in einem Prozent der Unfälle, also nur bei einem Prozent der Unfälle spielen Drogen eine Rolle. Und ich denke, Sie überzeichnen hier dieses Problem. Dann haben Sie angesprochen, in unseren Gefängnissen wird nichts unternommen, wir haben die Gefängnisse aufgegeben. Ganz im Gegenteil! Meine Damen und Herren! Es gibt in den Gefängnissen drogenfreie Zonen. Und auch diese setzen wir und diese werden permanent verbessert. Und das ist ein Konzept, wo ich und die NÖ Volkspartei dazu stehen.

Ich möchte aber auch ansprechen, wenn jetzt die FPÖ gar keine Lösung weiß und gar keine Lösung anzubieten hat, da lobe ich mir die SPÖ schon eher. Die SPÖ hat nämlich sogar zwei Meinungen zum Drogenproblem, zur Drogenpolitik in Niederösterreich. Und zwar eine, die man hier hört. Und die zweite, die sie für eine kleine Minderheit macht, für eine kleine Wählerschicht macht. Und, meine Damen und Herren, die einen brauche ich Ihnen nicht mehr auszuführen, das hat die Frau Abgeordnete Auer hier gemacht. Das unterstreiche ich im großen und ganzen. Doch die zweite schaut anders aus. Die zweite schaut so aus, daß Gruppen sich vor Schulen einfinden, und zwar sozialistische Gruppen, und Folder verteilen. Und ich möchte Ihnen sagen, was auf diesen Foldern draufsteht: Punkt 1: Die Legalisierung von Cannabis. Punkt 2: Die Entkriminalisierung des Konsumes von Heroin. Und Punkt 3: Die Abgabe von Heroin an Süchtige. Und Punkt 4: Einrichtung von Fixerstuben. Meine Damen und Herren! Das sind 4 von 12 Forderungen, den Rest möchte ich Ihnen ersparen. Ich betone noch einmal, das sind nicht Forderungen, die irgendwo erhoben worden sind, sondern diese Forderungen sind vor Schulen ausgeteilt worden.

Und zwar kann ich Ihnen als Beispiel bringen die HAK/HASch in Tulln, wo diese Forderungen ausgeteilt wurden. Meine Damen und Herren der SPÖ! Mich würde jetzt interessieren: Was ist Ihre Meinung dazu? Welche Meinung vertreten Sie? Jene, die Sie hier sagen oder jene, die Sie vor Ort in der Bevölkerung austeilen? Und Herr Gesundheitsrat Bauer, ich bitte Sie, lassen Sie das in Zukunft nicht mehr zu. *(Unruhe bei Abg. Auer.)*

Der Weg der Volkspartei heißt Aufklären und Informieren, meine Damen und Herren. Und ich habe Ihnen das bereits gesagt. Und das wird auch der Weg in Zukunft bleiben. Weil ich glaube, es braucht intelligente Lösungen. *(Nach wie vor Unruhe im Hohen Hause.)*

Wenn die Frau Abgeordnete Rosenkranz angesprochen hat, ich wäre für die Legalisierung, dann sage ich Ihnen, wofür ich bin. Und zwar bin ich dafür, daß man die Verführten, die das erste Mal mit weichen Drogen in Berührung kamen, nicht als Verbrecher behandelt. Ich bin dafür, daß man dem Erstkonsumenten eine zweite Chance gibt. Weil eines kann es nicht sein: Wenn jemand eine Jugendtorheit macht und verführt wird, daß er dann sofort die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und ich glaube, das ist ein Weg, der die Abhängigkeit der Jungen und der Niederösterreicher und Niederösterreicherinnen verhindert.

Ich möchte auch noch auf die Sicherheit zu sprechen kommen. Und zwar muß ein Vereintes Europa auch ein im Kampf gegen Drogen vereintes Europa sein. Und ein Vereintes Europa, das bedeutet Sicherheit. (*Abg. Haberler: Wie, Herr Kollege?*) Und, meine Damen und Herren, leider wieder der SPÖ, ich muß Sie auffordern, mit Ihrem Innenminister zu sprechen. Er ist zuständig für die Sicherheit und er ist zuständig für die Sicherheit an unseren Grenzen. Und wenn jetzt sehr viel an Suchtmitteln in Schwechat am Flughafen gefunden wird, dann deswegen, weil ich denke, wir müssen unsere Grenzkontrollen verschärfen. (*Abg. Haberler: Ihr sitzt in der Bundesregierung, sollten Sie es noch nicht bemerkt haben!*)

Tatsache ist, daß eine Unzahl von Drogen über die doch relativ schlecht gesicherte Ostgrenze geschmuggelt wird. Und, meine Damen und Herren, im Dienste Niederösterreichs ersuche ich Sie, sprechen Sie mit dem Innenminister. Wir brauchen Personal an der Grenze, wir brauchen die Ausstattung und wir brauchen Suchhundestaffeln. Meine Damen und Herren! Ich denke, der Innenminister sollte nicht der Verkehrspolitik nachhumpeln, sondern er sollte sich um die Schaffung von Sicherheit kümmern. Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Feurer.

Abg. FEURER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Wenn man die Drogensituation in Österreich betrachtet, und der Bericht zur Drogensituation 1998 des österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen bietet da eine gute Grundlage, das ist einmal folgendes festzustellen: Die Zahl der Opiatabhängigen wird für Österreich auf etwa 10.000 bis 15.000 Personen geschätzt, wobei hier Heroin bevorzugt wird. Insgesamt wird die Situation bei den sogenannten harten Drogen, also dem problematischen Drogenkonsum, als stabil eingeschätzt. Wobei es aber natürlich regionale Unterschiede gibt. Es wird dabei vor allen Dingen beobachtet, daß es zu einer Nivellierung innerhalb unseres Bundesgebietes kommt. Auf der einen Seite eine Stabilisierung im Bereich der schon bisher stark betroffenen Regionen, aber eine Zunahme des Drogengebrauches in weniger betroffenen Gebieten.

Generell findet sich der problematische und riskante Drogenverbrauch heute österreichweit meist in den Ballungsräumen und ist nicht so, wie in der Vergangenheit, auf einige wenige Zentren beschränkt. Bei den jugendlichen problematischen Drogenkonsumenten scheint das Geschlechterver-

hältnis ausgeglichen. In den höheren Altersgruppen finden sich zunehmend weniger Frauen und mehr Männer. Das zeigen auch die in Substitutionsbehandlung befindlichen Drogenabhängigen.

Hier ist festzustellen, daß bei den unter 20jährigen eben diese Ausgeglichenheit besteht. Aber bereits bei den 25- bis 29jährigen ist ein Verhältnis Männer zu Frauen von 2:1 und bei den über 34jährigen sogar von 3:1 feststellbar. Wenn man also die drogenbezogenen Todesfälle in Österreich betrachtet, dann ist festzustellen, daß das Jahr 1994 mit 250 Drogenopfern eigentlich das Jahr mit dem Höchststand war und seither ein sukzessiver Rückgang zu verzeichnen ist. Zum Beispiel 1995 241, 1996 230, 1997 172. Dazu ist festzustellen, daß dazu 80 bis 85 Prozent Männer davon betroffen waren. Die Zahl der Anzeigen wegen Verstoßes gegen das Suchtgiftgesetz ist 1997 weiter gestiegen und hat mit 17.868 Anzeigen österreichweit einen neuen Höhepunkt erreicht. Davon entfallen 2.712 Anzeigen auf einen Verbrechenstatbestand nach § 12 Suchtgiftgesetz, das ist der Handel in großen Mengen von Drogen und vor allen Dingen der professionelle Handel. Es gibt aber darüber hinaus 15.000 Vergehenstatbestände, darunter der Besitz und der Kleinhandel mit Drogen.

Bezüglich der involvierten Substanzen hat sich ebenfalls der Trend der vergangenen Jahre im wesentlichen fortgesetzt. Das am häufigste involvierte Suchtmittel ist Cannabis, also Marihuana und vor allen Dingen Haschisch. Und da möchte ich auf meinen Vorredner zu sprechen kommen. Es ist richtig, daß die SJ für die Freigabe dieser leichten Mittel eingetreten ist. Aber es ist ebenso klar, daß viele Repräsentanten der Sozialdemokraten in Niederösterreich festgestellt haben, daß wir als SPÖ Niederösterreich nicht für die Freigabe sind. Und am besten dokumentiert sich auch diese Haltung darin, daß im Gesundheits-Ausschuß des Parlamentes, als eben ein Antrag in diese Richtung gestellt worden ist, die sozialdemokratischen Abgeordneten dort gegen die Freigabe gestimmt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und das ist, meine Damen und Herren, in diesen Protokollen usw. für Sie nachzulesen. Damit Sie es leichter finden: Das war am 2. April 1998.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man rechnet, daß rund 20 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zumindest Experimentierfahrung mit Cannabis haben. Der Prozentsatz von Jugendlichen, die Ecstasy probiert haben, liegt laut Studien bei rund 3 bis 5 Prozent. Insgesamt kann angenommen werden, daß rund 30.000 Personen in Österreich nach illegalen Drogen süchtig sind. Und wir können auch feststellen, daß es immerhin

300.000 Alkoholabhängige gibt. Und ich möchte da schon zur Frau Abgeordneten Rosenkranz sagen, man soll auch die Alkoholabhängigkeit nicht bagatellisieren. Wenn man ein bißchen hineinblickt in diese Menschenschicksale, dann kann man feststellen, daß auch hier angesetzt werden muß. Es gibt 150.000 Medikamentenabhängige und über eine Million, die von Nikotin abhängig sind.

Ausgehend vom Sprachgebrauch der Weltgesundheitsorganisation wird heute in der Fachwelt nicht nur der Begriff Sucht, sondern auch der Begriff Abhängigkeit verwendet, wobei hier zwischen körperlicher und seelischer Abhängigkeit unterschieden wird. Seelische Abhängigkeit durch ein Verlangen nach Wiederholung des Drogengenusses, das Nicht-mehr-Aufhören-können. Das heißt, es ist ein Kontrollverlust bezüglich der Einnahme dieser Droge festzustellen. Die körperliche Abhängigkeit durch Toleranzausbildung, Dosissteigerung sowie Entzugserscheinungen bei fehlenden Drogen. Interessanterweise gilt aber das öffentliche Interesse heute vorwiegend jenen Menschen, die von illegalen Drogen abhängig sind. Dies zeigt sich darin, daß die Drogenpolitik als eigenständiges Feld politischen Handelns definiert wurde. Und es ist heute hier schon viel geredet worden. Wir müssen uns bewußt sein, glaube ich, daß es hier keine einfachen Lösungen gibt. Es ist eine schwierige Materie, ich glaube jedoch, eine wichtige Aufgabe der Politik, alles zu unternehmen, daß auf der einen Seite natürlich die jungen Menschen nicht abhängig werden, aber auch auf der anderen Seite klarzustellen, daß man jenen Menschen, die abhängig sind, daß man denen hilft, in das normale Leben in unsere Gesellschaft zurückzufinden.

„Drogenpolitisch“ ist der Situation nur dadurch Rechnung zu tragen, daß es eines Bündels von unterschiedlichen Maßnahmen bedarf, um eben dieser Problematik Herr zu werden. Insofern kommt es auf Ausgewogenheit zwischen Prävention, Hilfe und Repression an, da einseitige Schwerpunktsverlagerungen zum Beispiel hin zur Niederschwelligkeit medizinischer Behandlung, Substitution, staatliche Drogenvergabe, aber auch hin zur Repression nicht den umfassenden drogenpolitischen Erfordernissen entsprechen. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß Drogenpolitik als Nahtstelle verschiedener politischer Bereiche zu verstehen sein. Nämlich als Gesellschaftspolitik, als Jugend- und Familienpolitik, die sicherstellt, daß der Schutz von Kindern und Jugendlichen gewährleistet ist, daß suchtpreventive Maßnahmen gesetzt werden. Daß sowohl die Schule als natürlich auch die Familie hier eingebunden werden muß. Die Gesundheitspolitik ist zu bemühen, indem festgelegt wird, daß das Gesundheitsbewußtsein der

Bürger gestärkt wird und daß eine kritische Distanz zum Suchtmittelkonsum gefördert wird. Und schließlich hat sie als Sozialpolitik dafür Sorge zu tragen, daß die soziale Teilhabe und die Rehabilitation von Abhängigen auszubauen und zu verbessern ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Drogensucht wird heute grundsätzlich als Krankheit definiert. Dabei hat die Hilfe für Suchtkranke Vorrang vor Strafe. Als Ziel drogenpolitischer Maßnahmen wird eine möglichst suchtfreie Gesellschaft angestrebt. Und wir haben, wie ich schon gesagt habe, alle Maßnahmen der Prävention auszunutzen. Es muß aber ebenso ausgesagt werden, daß natürlich sicherheitsbehördliche und strafrechtliche Drogenbekämpfungsmaßnahmen durchzuführen sind. Insbesondere gegen den Handel mit illegalen Drogen sowie die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Geldwäsche in diesem Bereich.

Ich glaube, und wahrscheinlich wird auch Herr Landesrat Dr. Bauer noch darauf zu sprechen kommen, daß es in Niederösterreich sehr viele Ansätze gibt, in diesem Sinne Drogenpolitik zu betreiben. Ich glaube es geht vor allen Dingen darum, daß man wirklich dieses weite Feld von Aufgaben sieht und daß man in internationaler Zusammenarbeit, in nationaler Zusammenarbeit, aber auch in den Ländern selbst bis hinunter zu den Gemeinden, zu den Bildungseinrichtungen versucht, dieses Problem zu minimieren. Und daß wir versuchen, alles zu unternehmen, damit unsere Jugend vor dieser Gefahr geschützt ist. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Egerer.

Abg. EGERER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Vielleicht ein Satz zu meiner Vorrednerin, Frau Kollegin Rosenkranz: Wir wollen hier gar nicht bagatellisieren. Doch nur das Vorlesen und Zitieren von Zeitungsartikeln bringt uns auch nicht weiter. Vorschläge, Lösungsansätze und vor allem Maßnahmen zur Prävention sind heute von uns allen gefordert. *(Abg. Marchat: Hat sie ja gesagt, kannst du dich nicht erinnern?)*

Richtig! Aber sie hat auch einige Zeitungsartikel vorgelesen, wie man sie immer wieder in der Zeitung zu lesen bekommt. Wir sollten hier Lösungsansätze bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Drogen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind nicht nur ein sehr ernstes Thema, das uns alle angeht, sondern wir müssen alles daransetzen, dieser Entwicklung hin zum vermehrten Suchtmittelkonsum entgegenzutreten. Zu sagen, das inter-

essiert mich nicht, das geht mich nichts an, oder, wie auch sehr viele meinen, das betrifft nur eine bestimmte Gruppe von Menschen, das ist der falsche Weg. Denn es betrifft alle sozialen Schichten. In sehr vielen Fällen steckt Neugierde der Jugendlichen dahinter. In sein, gut drauf sein, dazugehören, sich leistungsfähig fühlen. Sehr oft sind aber auch Überforderung und negativer Streß der auslösende Moment. Es beginnt meistens sehr harmlos. Aufputschmittel oder sogenannte Designerdrogen, wie zum Beispiel Ecstasy, Speed, Crack, wie sie alle heißen, sind heute allen Jugendlichen bekannt. Und sie sind leider Gottes auch relativ leicht zu bekommen.

Die Ursachen, weshalb Jugendliche Drogen nehmen oder zu Drogen greifen, sind unterschiedlich. In erster Linie sind es meistens Schwierigkeiten in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz, aber auch im Freundeskreis. In solchen kritischen Phasen kann es dann natürlich zu Kontakt mit Drogen kommen. (Abg. Marchat: *Die Verfügbarkeit ist das Problem!*)

Nicht nur die Verfügbarkeit alleine. Als Süchtige leben Jugendliche nämlich in einer eigenen Wirklichkeit, in einer sogenannten Scheinwelt. Forderungen und Erwartungen an sie werden von ihnen oft als feindlich empfunden. Und wenn dann noch eine intakte Familie fehlt, einfach niemand da ist als Ansprechpartner für den Jugendlichen, wenn keine Vertrauensperson da ist, dann entsteht oft in diesem jungen Menschen eine bestimmte Leere. Und dann ist die Flucht in ein Suchtmittel leicht möglich.

Aus dieser Situation kann man ohne fremde Hilfe nicht herauskommen. Es ist schwer möglich. Hier brauchen wir daher eine flächendeckende Beratung und Aufklärung. Bereits in sehr vielen niederösterreichischen Schulen, auch das hat mein Vorgänger schon gesagt, wird Suchtprävention erfolgreich durchgeführt. Wo pädagogisch geschulte Sozialarbeiter die Jugendlichen aufklären. Einen Fall, so wie er Ihnen vorgekommen ist, Frau Kollegin, habe ich noch nie gehört. Das ist natürlich traurig, dürfte nicht vorkommen. Diese Information erfolgt bei uns in der Regel in den St. Pöltener Schulen in der 8. und 9. Schulstufe. Eines, wurde mir auch von Fachleuten gesagt, wäre zusätzlich möglich: Wenn ein örtlicher Exekutivbeamter während dieser Informationsveranstaltung anwesend wäre. Warum? Örtliche Exekutivbeamten kennen meistens die Stellen, die Plätze, wo Jugendliche sich gerne aufhalten. Und wo eben auch Umschlagplätze dieser Art von Drogen sind. Daher, glaube ich, könnte man wirklich vielleicht auch hier ansetzen.

Das Land Niederösterreich selber hat eine eigene Fachstelle für Suchtprävention eingerichtet. Und seit kurzem gibt es einen eigenen Drogenkoordinator. (Abg. Rosenkranz: *Anti-Drogen-Koordinator! - Unruhe im Hohen Hause.*)

Das ist der erste, bitte. Seine Aufgabe ist es, ein Maßnahmenpaket zu schnüren, welches das Land Niederösterreich in der Antidrogenpolitik auch umsetzen kann. Ich werde das einmal aufschlüsseln. Auch der katholische Familienverband der Diözese St. Pölten organisiert gemeinsam mit dem Land und dem NÖ Gesundheitsforum eine Fortbildungsveranstaltung unter dem Motto „Prävention vor Ort“. Und ich finde das ganz wichtig. Denn hier ist man bemüht, in kleinen Gruppen bzw. in Pfarren, in vorgegebenen Strukturen Hilfe anzubieten. Gerade solche Initiativen finde ich wirklich wichtig und effizient. In kleinem Rahmen kann hier geholfen werden und kann hier Hilfe angeboten werden. In den meisten Fällen ist den Eltern und Erziehungsberechtigten ja gar nicht bewußt, welcher Gefahr der Jugendliche ausgesetzt ist. Und deshalb ist es enorm wichtig, in welcher Struktur, in welcher Umgebung der junge Mensch aufwächst. Und natürlich auch, ob er einen entsprechenden Arbeitsplatz hat.

Wir alle wissen - die Pröll-Prokop-Initiative - Niederösterreich liegt bei der Beschäftigung im europäischen Spitzenfeld. Dies beweist in unserem Land, in Niederösterreich auch die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Niederösterreich liegt bei den Zahlen der Jugendbeschäftigung im Durchschnitt besser als Gesamt-Österreich. Wir hatten Anfang des Jahres mehr offene Lehrstellen als Lehrsuchende. Das ist natürlich alles auf die verschiedensten Initiativen zurückzuführen. Es werden ständig neue Maßnahmen für die Zukunft gesetzt werden. Der Schwerpunkt liegt heuer bei einem Maßnahmenpaket von 500 bis 600 Lehrlingen. Im NÖ Beschäftigungspaket für die nächsten fünf Jahre sind die verschiedensten Arten von Projekten für Jugendliche vorgesehen. Alte wird man weiterlaufen lassen, neue kommen hinzu. Hier sind wir seitens der Politik alle sehr stark gefordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen unserer Jugend ein Leitbild geben, sie motivieren zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung. Und auch da geschieht in unserem Land sehr viel, sei es jetzt am sportlichen Sektor, in Vereinen, in Organisationen oder Klubs, oder aber auch auf caritativer Ebene, wie Rettung, Feuerwehr. Sie alle leisten eine hervorragende Jugendarbeit und dienen gleichzeitig auch der Gemeinschaftspflege. Auch im kulturellen Bereich betätigen sich junge

Leute gerne, sei es jetzt bei Musikgruppen oder den diversen Chören. Ich habe in den letzten Tagen erst wieder erlebt, daß sich Jugendliche zu einem Benefizkonzert eingefunden haben unter dem Motto „Jugend für Kosovo-Flüchtlinge“. Es war eine Jugendgruppe, eine engagierte Jugendgruppe, die hier einen hohen Geldbetrag „hereingesungen“ hat. Wir haben sehr viele und sehr gute Jugendgruppen.

Aber ich sehe auch eine sehr wichtige Aufgabe darin, die Persönlichkeit des jungen Menschen zu stärken. Der Jugendliche braucht eine Orientierung und er braucht Vorbilder. Wir alle wissen, Sucht hat viele Ursachen. Aber es muß auch die Pflicht der Eltern sein, hier ihrer Vorbildwirkung gerecht zu werden. Wenn Eltern es selbstverständlich finden, Alkohol, Nikotin und auch Medikamente in großem Ausmaß und bei jeder Gelegenheit zu konsumieren, dann werden sicher auch Kinder nicht davor zurückschrecken. Sucht hat ihren Ursprung fast immer in der Verharmlosung diverser Genußmittel. Vor allem der bewußte Umgang mit Medikamenten sollte in der Familie vorgelebt werden, denn alleine Verbote oder rigorose Strafen reichen nicht zur Abschreckung aus.

Ich glaube, daraus erfolgt schon einmal in erster Linie Aufklärung für Eltern, Lehrer und Erziehungsberechtigte. Und in zweiter Linie ein Angebot, ein umfassendes Angebot an therapeutischer und medizinischer Hilfe. Und für uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, bedeutet eine effiziente Familienpolitik die Stärkung der Familie durch finanzielle Unterstützung, Beratung in schwierigen Lebenssituationen, sichere Arbeitsplätze, genügend Wohnraum - auch Wohnraum gehört dazu - und die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt. Denn die beste Drogenpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine intakte Familie. Und dazu gehört auch ein sicherer Arbeitsplatz. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Freiheitlichen Partei hat gelautet „Antidrogenpolitik in NÖ“. Das Referat, das die Frau Kollegin Rosenkranz gehalten hat, könnte man vielleicht beschreiben mit dem Titel „Exekutivpolitik Niederösterreichs“ oder „Exekutivpolitik, die Niederösterreich von der Bundesregierung fordern soll“ oder derlei. Mit Drogenpolitik und mit der Thematik der Drogen hat sich die... *(Abg. Marchat: Anti-Drogen-Politik! Da unterscheiden wir uns stark!)*

Ja, „Antidrogenpolitik“. Auch damit hat sich die Kollegin eigentlich nicht auseinandergesetzt. Eigentlich haben Sie sich damit überhaupt nicht auseinandergesetzt, sondern Sie haben sich mit strafrechtlichen Fragen auseinandergesetzt. Und das greift meiner Ansicht nach zu kurz. Und damit können wir eigentlich gleich direkt in die Drogenfrage einsteigen.

Das, was hier gemacht wurde, war eine krasse Verharmlosung. Genau das, was Sie vorwerfen, tun Sie selber in bezug auf Alkohol. Alkohol ist in Österreich die Droge Nummer 1. *(Abg. Rosenkranz: Weil sie frei verfügbar ist!)*

Da gebe ich Ihnen schon recht. Aber da können Sie auch nicht verharmlosend von einem Krügel Bier reden und vielleicht von ein wenig Tadel.

Ich möchte Ihnen schon eines sagen: Wenn wir den Alkohol auch als Droge verifizieren, dann müssen wir uns auch darüber im klaren sein, daß es eben eine Kulturdroge in Österreich ist. Und daß eben Kulturen mit gewissen Sitten und mit gewissen Drogen zu tun haben. Da müssen wir wahrscheinlich beim Letzten Abendmahl beginnen, wenn wir das bis in seine ersten historischen Konsequenzen hin diskutieren wollen. Aber das wesentliche ist, daß Alkohol einer der entsetzlichsten Süchte in Österreich ist. Die teuerste Sucht ist. Daß die Therapie am teuersten ist, die Unfälle, die dadurch entstehen am teuersten sind, und am schrecklichsten sind, die Unfallhäufigkeit entsprechend ist, und auch unschuldige Opfer auf verschiedenste Art und Weise, meine Damen und Herren, ganz, ganz Furchtbares diesbezüglich miterleben. Ob das in Familien ist, ob das bei Gewalt ist durch Männer, wo die FPÖ keineswegs derart restriktiv erscheint wie in der Drogenfrage. Ob das bei Verkehrsunfällen ist oder derlei mehr. Hier liegen ganz wesentliche Probleme. Und hier, muß man auch dazu sagen, stehen wir vor einer legalen Droge und vor einer legalen Sucht. Süchtige, Alkoholsüchtige, meine Damen und Herren, sind ganz selbstverständlich integriert in unsere Gesellschaft. Sie sind Wirtschaftstreibende, sie sind Angestellte, jeder kennt sie persönlich. Jeder von uns kennt Alkoholranke. Auch Politiker haben das. Und ich habe größte Hochachtung vor einem NÖ Bürgermeister, der sich einmal geoutet hat. Der das Rückgrat hatte, zu sagen, ja, ich habe dieses Problem.

Das ist eigentlich etwas, was durchaus unsere hohe Anerkennung finden sollte. Haben sich schon einmal erlebt, daß sich ein Heroinsüchtiger outet? Das ist nicht möglich! Das kann er nicht. Selbst wenn er den Heilungswillen und den Therapiewillen hat. Haben Sie einmal das Outing eines Medika-

mentensüchtigen erlebt? Hier wird die Grenze zwischen Legalität und Illegalität und zwischen Kriminalisieren und normaler, integrierter Drogensucht ganz, ganz offenbar. Denn hier geht es ja eigentlich durchaus um ähnliche Substanzen, um Opiat-Substanzen, um chemische Substanzen. Die unter gewissen Voraussetzungen eingesetzt werden in einer Therapie und andererseits aber bei Mißbrauch zu entsprechenden Konsequenzen führen können. Oder wollen Sie alle Morphiumkonsumenten, die als Verletzte des Zweiten Weltkrieges das bekommen haben, zum Beispiel kriminalisieren, nur weil heute diese Präparate illegal sind? Eine ganz spezielle Gratwanderung, meine Damen und Herren, war zum Beispiel das Outing des Schispringers Andreas Goldberger. Der hat es gerade noch irgendwie geschafft, das als Lausbubenstreich hinzubiegen, was es meiner Ansicht nach auch war. *(Abg. Marchat: Oh! Ein Vorbild für die Jugend!)*

Ja, ein Vorbild! Darüber müssen wir und werden wir im Sportbericht vielleicht weiter diskutieren.

Es geht aber auch natürlich um illegale Drogen. Und es geht um die Frage, wo besteht tatsächlich Sucht? Und es geht darum, festzustellen, daß Sucht Krankheit ist. Und daß wir von kranken Menschen reden, denen wir helfen müssen. Und von einer Krankheit reden, gegen die wir uns schützen müssen. Wo wir versuchen müssen, diese Krankheit, die Krankheit, aber nicht die Menschen, die krank sind, entsprechend hintanzuhalten. Wie Sie argumentieren, und auch in Ihren Presseaussendungen argumentieren, sagen Sie „Prävention gegen Süchtige“. Sie meinen die Menschen. Sie meinen nicht einmal die Krankheit. Das ist das Perfide in Ihrer Argumentation.

Und da stellen wir uns doch die Frage, wie ist es denn? Ist es tatsächlich schrecklich? Ist es tatsächlich zu kriminalisieren, wenn man den Menschen, die eben drogen-, beispielsweise heroinabhängig sind, wenn man denen Nadeln zur Verfügung stellt, damit sie sich etwa nicht infizieren. Ist das tatsächlich das, was wir verhindern wollen? Ist unsere Antidrogenpolitik die Politik, die es ermöglicht, daß sich Leute beim Heroinkonsum anstecken? Das kann es doch nicht sein. Und ist denn tatsächlich die Beschaffungskriminalität von Drogensüchtigen, von Drogenkranken zu vergleichen mit dem Drogenwelthandel, mit dem internationalen Drogenhandel, der eben nur international und eben nicht durch Stacheldrähte bekämpft werden kann? Das ist doch das wesentliche, worauf wir eingehen müssen.

Ich meine natürlich, daß es, wenn wir jetzt von der Sucht zur Therapie gehen, große Mängel gibt, das ist gar keine Frage. Es ist schon so, daß man

zu stark auf Kurzzeittherapie Wert legt und zu wenig Langzeittherapie ermöglicht. Es ist schon so, daß zu wenig Geld da ist, daß für ambulante Behandlung zu wenig Geld da ist. Es ist schon so, daß man vielleicht zu viel Wert auf Substitution legt. Nämlich, daß man das Mißverständnis begeht, Substitution als Therapie zu sehen. Substitution kann helfen, Kriminalität zu vermeiden, Beschaffungskriminalität zu vermeiden. Aber Substitution kann nicht an die Wurzel des Übels gehen. Substitution ist keine Therapie!

Wenn Sie Schweden ansprechen und die skandinavischen Länder, dann möchte ich Ihnen aber auch sagen, daß dort, gerade dort, ein massiver Ausbau von stationären Behandlungsmöglichkeiten stattgefunden hat, der gekoppelt ist mit Weiterbildungsmöglichkeiten, den es bei uns eben nicht gibt. *(Unruhe bei Abg. Rosenkranz.)*

Bei uns ist es so, daß wenn jemand wie der Grüne Kreis in Mönichkirchen ein Entzugsspital errichten will, daß gegen ihn Unterschriften gesammelt werden, damit das nicht kommt. Und dann, wenn dieses Problem geklärt ist, dann bekommt man dort keinen Kassenvertrag, um die Therapie zu ermöglichen, die notwendig wäre. Und damit sind wir bei der Therapie und bei der Frage der Zwangstherapie. Ich weiß ja nicht, was eigentlich der Sinn war, diese Debatte zu beantragen und was die Intention war, das so aufzuziehen. Denn das Suchtmittelgesetz vom 1. Jänner 1998 mußte uns ja bekannt sein. Und Sie wissen auch, daß dort die Therapie relativ restriktiv gehandhabt wird. Daß es ja die Möglichkeit gibt für den Richter, den nunmehr Angeklagten und Beschuldigten vor die Wahl zu stellen, entweder die Strafe anzutreten oder Therapie zu nehmen. Aber das Problem ist ja eigentlich ein ganz anderes. Das Problem ist ja, daß eigentlich die Leute teilweise im Gefängnis auf die Therapie warten. Da liegt das Problem. Daß es gar nicht genug Therapieplätze gibt, um den Leuten helfen zu können. Also da, meine ich, sollten wir schon ein wenig auseinanderhalten, was wollen wir und was geschieht tatsächlich.

Und wenn Sie sonst darüber hinausgehend von Zwangstherapie sprechen, dann möchte ich Ihnen schon sagen, dann wissen Sie eigentlich nicht, was Sucht bedeutet. Dann haben Sie sich mit der Krankheit nicht auseinandergesetzt. Sucht und Entzug und die Symptome der Suchtkrankheit bzw. alles, was darüber hinausgeht, das ist eben nicht nur das körperliche Problem und die körperliche Krankheit. Sondern das ist auch eine seelische Krankheit. Und um die geht es. Sucht besteht im Kopf, meine Damen und Herren! Und daß die Menschen natürlich Angst vor der Therapie haben, ist klar. Und daß man eine Krankheit, die im Kopf und

in der Seele besteht, nicht mit Zwang bekämpfen kann, wenn der Wille dazu nicht da ist, das ist nun einmal klar, das ist einfach undenkbar. Es geht darüber hinaus über die derzeit im Suchtmittelgesetz vorgesehenen Möglichkeiten nicht, daß wir sagen, was wollen Sie machen? Eine Gehirnwäsche? Oder was wollen Sie mit den Menschen machen? Es geht einfach nicht, daß wir die Leute geistig heilen zu wollen versuchen, wenn sie die Bereitschaft dazu nicht haben. (*Abg. Marchat: Nein, da lassen wir sie lieber sterben! Langsam sterben lassen ist ja viel besser!*)

Nein, das ist ja nicht Sinn und Zweck der Sache! Es geht um Beratung, es geht um Möglichkeiten der Vorsorge. Es gibt sehr, sehr viele Möglichkeiten. Aber es nutzt ihnen nichts: Sie können das fordern, Sie können Zwangsmaßnahmen fordern. Aber was nicht ist, ist nicht. Und das werden Sie auch nicht einfügen können mit noch so populistischen Forderungen. Das wird Ihnen nichts helfen, es würde Ihnen nichts bringen.

Sie fordern eine Neuorientierung in der Drogenpolitik. Sie übersehen aber das Suchtmittelgesetz 1998, das vieles verfolgt, das vieles vollzieht. Und auf der anderen Seite bringen Sie keine Intention. Sie bringen nicht, wo sie hingehen sollen, außer die von Ihnen geforderte restriktive Politik, die Sie etwa bei Handfeuerwaffen nicht vertreten. Da ist es Ihnen egal, wie restriktiv man ist. Da ist eher der Liberalismus angesagt bei der FPÖ. Bei der Promillebegrenzung, bei „Alkohol am Steuer“, da sind Sie auch eher liberal. Da ist Restriktion nicht angesagt. Da ist es Ihnen lieber, liberal zu sein.

Nun, wenn man sich ein wenig auf Therapieplätzen in Niederösterreich umhört, um zum Schluß zu kommen, dann muß man schon sagen, das kann man durchaus zugestehen, etwa beim „Grünen Kreis“, wenn man dort nachfragt, wie ist die Zusammenarbeit mit der Landesregierung, dann kommt doch die Antwort - und das kann man ruhig auch sagen - die Tagsätze der NÖ Landesregierung sind zwar nicht hoch, aber sie kommen prompt und unbürokratisch. - Ich komme schon zum Schluß, Herr Präsident. Ich werde sicher nicht so viel überziehen wie die Frau Kollegin Rosenkranz.

Was jetzt gefragt ist sind Jugendwohlfahrtseinrichtungen. In diese Richtung versucht man zu gehen. Was jetzt gefragt ist sind Kassenverträge. Was jetzt gefragt ist, das ist der Ausbau von Mutter-Kind-Einrichtungen. Was jetzt gefragt ist, sind Förderungen für ein großes Drogenpräventionsprojekt, das im Herbst stattfindet. Wo demnächst ein Förderansuchen bei der Landesregierung einlangen wird. Und was jetzt gefragt ist, ist Präventionspoli-

tik. Alles das, was Wien schon hat, hat Niederösterreich noch nicht. Und wenn heute das angekündigt wird von der Frau Landeshauptmannstellvertreter, dann ist es eigentlich nur ein Überblick darüber, was in den vergangenen Jahren nicht gemacht wurde. Alle diese Initiativen, die es in Wien gibt und in Niederösterreich nicht. Abschließend: Prävention beginnt bei Familien-Intensivbetreuung, bei Kriseninterventionsstellen, bei Planstellen an den Jugendämtern, die nicht besetzt sind, Frau Landeshauptmannstellvertreter! Bei mobilen Beratungslehrern und Sozialarbeitern, bei mehr Jugendwohlfahrt, bei mehr Sozialpolitik. Ganz einfach. Und diese mahne ich ein als Antidrogenpolitik in Niederösterreich. (*Beifall bei den Grünen.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir auch, wie ja das so üblich ist, daß man auch auf die Vorredner eingeht. Dem Kollegen Erber, Dir werde ich es dann noch ganz genau erklären, wann und wo Du für die Drogenfreigabe eingetreten bist. Frau Kollegin Egerer! Wenn man das Zitieren internationaler Experten, wie das die Barbara Rosenkranz gemacht hat, als das Vorlesen von Zeitungen titulierte, dann hat sich Ihre Aussage, glaube ich, von selbst disqualifiziert. Und sie zeigt mir auch, wie wenig Sie sich mit dem Thema auseinandergesetzt haben. (*Unruhe bei Abg. Egerer.*) Den UNO-Beauftragten da als Zeitungsvorlesen zu titulieren, aber gut.

Was mich ganz besonders gestört hat: Sie betrachten das Ganze, wie wenn das ein Randphänomen wäre. Das ist heute nicht mehr so. Es ist ein Massenphänomen! Und dem gilt es entgegenzuwirken. Und Sie haben auch gesagt, hier im Bezirk und in der Stadt gehen die Exekutivbeamten in die Schulen. Das ist richtig und ich möchte mich auch bedanken. Diese Exekutivbeamten machen das, machen Aufklärung. Aber mir erzählt ein Exekutivbeamter, sie hätten Fotos mitgebracht, wo man sieht, wie ein schwer Heroinsüchtiger endet, wie er endet, wie er ausschaut. Diese Fotos dürfen die Exekutivbeamten in den Schulen nicht herzeigen. So sind wir! Weil das nicht gewünscht wird. Doch das wäre auch abschreckend, glaube ich, daß auch unsere jungen Leute sehen, was sich da wirklich abspielt. Und das ist ein Teil unserer Forderung.

Und die Anzahl der Anzeigen in Niederösterreich. Sie sagen, in Niederösterreich ist alles eitel Wonne, Waschtrog. Von 1996 auf 1997 sind in

Niederösterreich die Anzeigen betreffend die Drogenkriminalität um 73 Prozent gestiegen. 73 Prozent in einem Jahr, da sind wir bundesweit im Spitzenfeld! Die Zahlen sind übrigens aus dem Suchtgiftbericht des Innenministeriums. Und sich dann da herzustellen und sagen, bei uns ist eigentlich eh alles klaß, wir haben eine Prokop-Initiative und was auch immer, ist wirklich, glaube ich, ein Schlag ins Gesicht dieser jungen Menschen, die es betrifft.

Und, Herr Kollege Fasan, ich erspare mir da, wirklich viel zu sagen. Es ist für mich nur erschütternd. Es ist echt erschütternd, daß jemand so wie Du, der Pädagoge ist, der Schüler unterrichten soll, mit diesen Aussagen vielleicht wirklich an unsere Kinder gelassen wird. Ich tituliere das so. Das ist für mich gemeingefährlich, was Du hier von Dir gegeben hast. Und eines sei mir auch noch gestattet. Einmal hast Du Dich verredet. Du hast gesagt „Suchtgiftgesetz“. Es heißt leider nur mehr „Suchtmittelgesetz“. Das sind so die kleinen Dinge, wo man sieht, wie bagatellisiert wird. Früher war es ein Suchtgiftgesetz, jetzt ist es nur mehr ein Suchtmittelgesetz. Und so wird bagatellisiert.

Gut! Nun zur Aktualität der Stunde. Die Frau Kollegin Barbara Rosenkranz hat auch schon gesagt, es ist tagesaktuell. Und ich werde jetzt auch aus einer Zeitung vorlesen, weil uns glaubt Ihr es ja scheinbar nicht. Heutige „Kronen Zeitung“: Allein im Vorjahr ist die Rauschgiftschwemme nach Österreich um 17 Prozent gestiegen - 8 Tonnen Heroin. Und die Barbara Rosenkranz hat gesagt, 30 bis 50 Milligramm sind tödlich. Und 8 Tonnen Heroin im Wert von 800 Millionen Schilling kamen im Vorjahr über die sogenannte Balkanroute nach Europa. Hier kann man, glaube ich, wirklich nicht mehr bagatellisieren. Hier bleibt keine Zeit mehr. Und deswegen ist es auch so wichtig, daß wir diese Aktuelle Stunde gemacht haben. Wir müssen handeln. Wir müssen handeln hier vom Landtag aus. Weil ich glaube, daß der Landtag aufgerufen ist, an die Bundesregierung, an das Parlament heranzutreten und zu sagen, bitte, hier gehört etwas gemacht. Dieses Suchtmittelgesetz, wie es heißt, ist meines Erachtens überhaupt nicht ausreichend. Es ist der Schritt in die falsche Richtung.

Und wie sehen das die Parteien im Landtag herinnen? Ich habe mir da wirklich die Mühe gemacht, ich beginne gleich mit den Grünen. Ihre Frau Kollegin Weinzinger, die ja Spitzenkandidatin war, hat sich im Landtagswahlkampf ja ganz klar für die Freigabe der Drogen ausgesprochen. Das führte dann dazu, daß wir gegen diese Vorgangsweise demonstriert haben. Und so ist es dann in dem Land. Unsere Demonstration wurde von der Exekutive aufgelöst, wir haben auch eine Strafe

dafür bekommen. Die Grünen haben illegal weiter demonstriert. Aber heute steht euer Abgeordneter mit dem Mistkübel herum. Das ist scheinbar erlaubt in dem Landhaus. Wir haben gegen die Drogenfreigabe demonstriert, und dafür wird man bestraft. Mit dem Mistkübel, mit der blauen Mülltonne, aber auf die komme ich dann auch noch.

Ich komme damit zur SPÖ. Der Kollege Erber hat dieses Flugblatt auch mitgehabt. Er hat nicht alles zitiert. Wenn ich mir einmal die Überschrift anschau: „Lieber Rauschangriff als Lasterfahndung“. Oder dann, als große Überschrift: „Durch Sucht zur Politik“. Also, das müßt Ihr mir jetzt erklären, was damit gemeint ist. Das Ganze rennt unter dem Titel „legalize it“. Was Du nicht gesagt hast, ist die Einrichtung von Fixerstuben an Schulen usw. was da noch alles gefordert wird. Das meiste hat er schon zitiert. Aber dann kann man sich auch Broschüren dort bestellen. Eine Broschüre zum Thema Sucht. Einen Falter „Sucht und Schule“. Nicht „Schule statt Sucht“. Oder „Sucht und Lehrlinge“. Nicht „Lehrlinge statt Sucht“. Oder „Sucht und Freizeit“. Das heißt, wie man das alles klaß miteinander vereinbart. Wenn das in diese Richtung geht, und ich appelliere hier wirklich an die SPÖ, eure - und ich sage das so, wie es ist - eure wildgewordenen Jungfunktionäre einzubremsen. Wirklich! Das vor Schulen zu verteilen, ist, glaube ich, genau der Weg in die falsche Richtung.

Und ich glaube, daß niemand von Eurer Fraktion das teilt. Weil so gut kenne ich Euch persönlich. Doch da müßt Ihr wirklich einwirken, das ist zu gefährlich. Das sage ich jetzt nicht populistisch, das ist gefährlich, wenn das vor Schulen verteilt wird. Was bekommen unsere jungen Leute für einen Eindruck?

Und jetzt komme ich zu Dir, Herr Kollege Erber. Ich habe hier die „NÖN“ vom 13. Oktober 1997, Ausgabe Scheibbs. Überschrift: „SJ und JVP einer Meinung. Andreas Kollross und Toni Erber sind für die Legalisierung weicher Drogen.“ (*Abg. Erber: Manchmal steht auch ein Blödsinn in der Zeitung! - Ein Zeitungsartikel als Beweis? Lächerlich!*)

Ach so. Du, draußen steht der „NÖN“-Redakteur, erkläre ihm das. (*Heiterkeit im Hohen Hause.*)

Ich weise nur darauf hin, daß mir nicht bekannt ist, daß Du das geklagt hast. Wenn Du es nicht geklagt hast, gehe ich davon aus, daß es stimmt. Laß mich weiter zitieren. Du kannst ja dann einen Deiner Fraktionskollegen bitten, er kann es ja dann klarstellen. Und da steht: Bei einer Podiumsdiskussion der Sozialistischen Jugend am Donnerstag in der Arbeiterkammer zum Thema „Legalisierung von weichen Drogen“ stimmte der Junge ÖVP-Spitzen-

kandidat für den Landtag Toni Erber dem Vorschlag des SJ-Vorsitzenden für Niederösterreich, Andreas Kollross, vollkommen zu. Toni Erber, der neben dem Kampagnenleiter der SJ-Niederösterreich, Stefan Schimmer und der Drogenberaterin der Caritas Barbara Fellöcker ebenfalls zu dieser Diskussion eingeladen worden war, pflichtete dieser Forderung gegen die Ansicht seiner Partei bei.

Eine Woche darauf hast Du es Dir dann, glaube ich, überlegt. Da ist der Rückzieher gekommen. Ich habe alles da. Es gibt dann zwei Leserbriefe. Einer ist von Bernhard Wieland, vom Bezirksvorsitzenden der Sozialistischen Jugend, und einer von Andreas Kollross, die beide da bestätigen, daß Du das so gesagt hast. Und daß Du scheinbar dann auf Druck Deiner Partei – Gottseidank, muß ich sagen - Deine Meinung geändert hast. Und dann sag' da nicht, da gibt es zwei Meinungen. Du hast zwei Meinungen in Deiner Brust. Du mußt Dich irgend wann einmal entscheiden. *(Abg. Erber: Das stimmt nicht!)* Dann klag die „NÖN“! So lange es da drinnen steht und nicht geklagt ist, nehme ich es für bare Münze. *(Abg. Roth: Das ist seine Entscheidung!)* Na, dann ist es wahr, Frau Kollegin, wenn es drinnen steht!

So viel zu Deiner Rolle. Weil, wenn man sich da herstellt, zuerst mit der blauen Mülltonne - ich meine, ich will diese Art der Politik nicht kommentieren, wenn das Dein Stil ist, dann wünsche ich Dir in Zukunft wirklich viel Erfolg. Aber das ist mir relativ egal. Nur, Deine Vorgangsweise, und ich kenne ja auch die Pressedienste, die Du jetzt herausgibst, ich weiß nicht, wer das schreibt, sind genau 180 Grad konträr. Gottseidank, sage ich. Aber es gehört auch da gesagt, wie Deine Meinung noch im Jahr 1997 war. Das ist halt klaß, wenn man bei der Sozialistischen Jugend ist und man traut sich vielleicht nicht dagegen zu reden, dann sagt man so. Und wenn man nach Hause geht, ist es wieder anders.

Nun zu unseren Forderungen, die die Barbara Rosenkranz hier wirklich vorgebracht hat. Da kann man nicht sagen, es hat keine Forderungen gegeben, oder es gibt keine Lösungsvorschläge. Wir haben wirklich ein Lösungspaket, glaube ich, womit wir uns in guter Gesellschaft befinden. Diese Forderungen werden 1:1 vom UNO-Beauftragten, vom Herrn Ghodse unterstützt. Überall tut Ihr Euch auf die UNO berufen. Nur da ist es in Österreich ganz anders. Da gibt es die Grünen, da gibt es die Sozialdemokraten und auch Ihr als die größte Enttäuschung könnt Ihr mit diesem System nicht anfreunden.

Ich glaube, das Ganze ist eine Riesenchance. Wir müssen da anfangen, wie das die Barbara

Rosenkranz auch gesagt hat. Wir müssen vermeiden, daß es neue Süchtige gibt. Das ist einmal, glaube ich, die wichtigste Aufgabe. Es ist ja wirklich für die Eltern heute eine Tragödie, wenn man weiß, vor jeder Schule werden Pulverin verteilt usw. Und das kann man mit Abschreckung machen. Und dann sollte man nicht sagen, wenn man die Händler nicht stärker bestraft, dann bekommt man das Problem nicht in den Griff. Ich bringe ein Extrembeispiel. Ich will mich dem nicht anschließen. Aber es ist ein Beispiel und es stimmt: Singapur war ganz schlimm im Drogenkonsum. Dann ist dort eine andere Regierung ans Ruder gekommen und man hat für Drogenhandel die Todesstrafe eingeführt. Heute ist Singapur drogenfrei. Das ist das andere Extrem, das wir nicht wollen. Aber man sieht, wenn man die Strafen verschärft, daß das sehr wohl abschreckend ist. Ich komme schon zum Schluß.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Klubobmann, ich danke für den guten Vorsatz.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Wir werden gemeinsam mit Experten, mit der Exekutive, mit Eltern, mit Betroffenen ein Antidrogenkonzept erstellen. Wir werden das auch hier im Landtag präsentieren, werden das auch einbringen. Werden das auch innerhalb einer Antidrogenenquete präsentieren. Sie sind herzlichst eingeladen, von jedem Klub einen Vertreter zu entsenden. Ich glaube, diese Diskussion darf nicht aufhören. Und wir haben die Möglichkeit, uns zu entscheiden zwischen dem liberalen Modell - siehe Schweiz - oder einer restriktiven Drogenpolitik wie in Schweden. Ich bin für das zweite. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Der Herr Abgeordnete Mag. Fasan hat sich zur tatsächlichen Berichtigung gemeldet und so soll diese auch ausfallen.

Abg. Mag. FASAN (Grüne): Selbstverständlich, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf nur richtigstellen die Aussage des Kollegen Marchat, die er selbstverständlich nicht oder nicht einmal mit einem Zeitungsartikel belegt hat. Die Kollegin Mag. Weinzinger hat weder im Wahlkampf noch vorher noch nachher sich irgendwo für Drogenlegalisierung ausgesprochen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist nun Herr Landesrat Dr. Bauer.

LR Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte hat gezeigt, daß das Spannungsfeld tatsächlich sehr groß ist. Und daß auch die Bemühungen in den einzelnen Ländern durchaus nicht unter politischen

Vorzeichen laufen, sondern daß alle bemüht sind, unter den jeweiligen Gegebenheiten das beste Ergebnis zu erzielen. Das kann man von der Schweiz sagen, das kann man über die Niederlande sagen, das können wir von unseren Ansätzen sagen. Es ist ja nicht so, daß da dahinter sozusagen eine spezielle politische Gruppierung steht, die jetzt in der Schweiz zum Beispiel dieses Experiment gemacht hat.

Ich glaube, die Schwierigkeit dieses Bereiches ist es, daß es nicht so einen eindeutigen Weg gibt, der von Erfolg gekrönt ist. Der sozusagen die Garantie dafür gibt. Weil es muß noch viel mehr ins Bewußtsein dringen, daß Drogen, ob legal oder illegal, in hohem Maße eine Frage der Gesellschaft sind. Und vor allem letztlich auch eine Frage der persönlichen Lebenssituation. Und in dieser Lebenssituation kommen ganz bestimmte Formen dann zum Ausdruck, diese zu bewältigen. Und in dieser Bewältigungsstrategie seiner spezifischen Lebensinteressen und Lebenssituation gibt es dann manchesmal eben auch Drogen. Das heißt also anders ausgedrückt, die Diskussion zeigt daher in allen Ländern auch eine gewisse Zwiespältigkeit. Nämlich auch zwiespältig in der Haltung gegenüber ganz bestimmten Drogen und der Verurteilung von Drogen.

Ich meine damit, daß ich durchaus unsere Aufgabe darin sehe - und die heutige Diskussion war da sehr wichtig - daß es unsere Aufgabe ist, einmal wirklich nicht nur den Istzustand, sondern den Zugang jedes Einzelnen und jeder Einzelnen zu begreifen. Und das dann in eine Strategie letztlich münden zu lassen. Wenn nun das Verhältnis der SPÖ zu Drogen angesprochen wurde: Ich habe dies in langen Diskussionen miterlebt und ich habe immer die Position vertreten, daß eine Legalisierung für mich nicht in Frage kommt. Nicht, weil ich die Argumente nicht auch verstehe, die da verwendet werden, von der Schädlichkeit her. Sondern weil ich glaube, daß es darum geht, ganz bestimmte Einstiegsmechanismen einfach nicht zuzulassen. Das ist ganz etwas anderes als hier immer dargestellt wird.

Zu diesen Zahlen, die hier genannt wurden von den verschiedenen Vorrednern, ich brauche daher diese Angaben nicht mehr zu machen, aber ein paar Bemerkungen dazu. Wir haben also im Bereich der Sicherheitsbehörde eingesetzte Beamte in der Gendarmerie, im Bundespolizeibereich, ganz besonders in der Bundespolizeidirektion Schwechat, die ja mit dem Flughafen eine besondere Schwerpunktbildung aufweist, daß hier nicht weniger, sondern mehr getan wurde. Ich sage das sehr deutlich. Und auch was die personelle Be-

setzung betrifft. Es ist nicht so, daß das bagatelisiert wird. Zum zweiten, der Kriminalitätssituation. Es ist natürlich so, wenn man mehr einsetzt, daß auch sozusagen mehr bekannt wird. Und vieles von dem, was heute als Zuwachs sich hier präsentiert oder niederschlägt, ist natürlich das Ergebnis erfolgreicherer Arbeit in dem Bereich der Beamten. Und dafür muß man sich ja bedanken. Natürlich gab es, und das sei noch hinzugefügt, Schulungen. Und wir haben die Schulungen im Bereich der Gendarmerie und der Bundespolizeidirektionen sehr ausgeweitet. Ich glaube, darauf kommt es ja an. Ich weiß nicht, man sollte sich endlich davon trennen, daß sozusagen auf der Bestrafung das Hauptaugenmerk liegt. Das wichtigste ist ja die Vermeidung. Und die Vermeidung erreiche ich eben durch eine bestimmte Aufklärung und Information. Das ist für mich das Allerwichtigste.

(Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)

Wenn ich die allgemeine Drogensituation noch einmal vielleicht in Erinnerung rufen darf, so ist es schon bemerkenswert, daß wir einen sehr hohen Zuwachs bei den Jugendlichen bis zum 13. Schuljahr haben. Immerhin gibt es hier etwa 20 Prozent, so wird geschätzt, die mit Cannabis in Verbindung gekommen sind. Das ist eine beachtliche Zahl. Und darüber hinaus dann die sogenannten jugendlichen Erwachsenen bis zu 30 Prozent. Wenn man allerdings dann die Drogenerfahrung mit Ecstasy anschaut, so sind das vier Prozent - weil auch die immer wieder zitiert wird. Und wenn man das weiter verfolgt über die Frage der harten Drogen, so sind das bis zu ungefähr drei Prozent, aber höchstens drei Prozent. Es ist alles zu viel, ich sage das sehr deutlich. Aber man sollte wissen, daß doch eine gewisse Konsolidierung gerade in dieser Phase eingetreten ist. Und man soll sich nicht von diesen Zuwachsraten zu sehr täuschen lassen. Sondern wir glauben, daß wir im Jahre 1998 und auch heuer eine Konsolidierung der Problematik erreicht haben.

Unsere Aufgabe und der Grundsatz der Drogenpolitik soll es sein, daß Vorbeugen besser ist als Heilen und Heilen besser als Strafen. Und in diesem Grundsatz muß man die ganze Politik verstehen.

Es wurde auch schon eingegangen auf die sogenannten legalen Drogen. Der Herr Abgeordnete Mag. Fasan hat, wenn auch nicht von allen so aufgenommen, aber richtigerweise die Bemerkung gemacht, daß es doch etwa so ist, daß eben eine Kultur Bestimmtes zuläßt. Unterschiedliche Kulturkreise lassen daher unterschiedliche Drogen zu,

Suchtgifte zu. Und die sind dann sozusagen legalisiert, manchmal sogar ein wichtiger gesellschaftlicher Bestandteil, während andere sozusagen einer strengen Bestrafung unterworfen sind. Im islamischen Bereich unterliegt der Alkoholkonsum einer extremen Bestrafung, dafür ist anderes wieder zugänglich. Das heißt, es ist ja nicht so, daß das nicht vom Kulturverhalten abhängig wäre. Und wenn etwas vom Kulturverhalten abhängig ist, so muß man auch sich mit dem Phänomen auseinandersetzen, ob es nicht doch Änderungen in dem Kulturverhalten gibt. Und daß es nicht so sein kann, daß eine Generation oder Generationen sozusagen sich das Recht nehmen, bestimmte Legalisierungen vorzunehmen und alles andere dann massiv zu bestrafen, weil eine Kulturablöse stattfindet.

Ich meine damit nicht, und ich sage das ganz deutlich, daß ich mich jetzt auf die Seite der Freigabe schlage. Sondern ganz deutlich, daß man immerhin, wenn man von krank im Sinne von krank redet, daß auf 12 Alkoholranke ein Drogenabhängiger kommt. Das muß einmal gesagt werden. Und daß daher auch Relationen herzustellen sind. Ich bin gegen das eine wie gegen das andere, um das klarzustellen. Doch es ist daher, und das ist der große Irrtum, nicht die Frage der Verfügbarkeit allein, daß man abhängig wird. Denn Alkohol ist ja zum Beispiel für alle verfügbar. Und dennoch sind es nicht alle, die das Problem haben. Also, Frau Kollegin Rosenkranz, offensichtlich gibt es andere Mechanismen. Sonst könnte es ja nicht sein, daß wir den freien Zugang zum Alkohol haben und dennoch manche ihre Grenzen so setzen, daß sie eben nicht im Sinne von krank einzustufen sind. Und manche überschreiten diese Grenze, weil sie diese nicht ziehen können. Und daher ist es keine Frage der Verfügbarkeit allein. Und daher können Sie auch nicht davon ausgehen, daß die bloße Anwesenheit von Aufpassern das Problem löst. Sondern man muß in Wirklichkeit dieses gesellschaftspolitische Instrument in der ganzen Fülle nützen, womit natürlich auch ein gewisses Erschwernis des Zuganges damit verbunden sein muß, wenn man hier an ganz bestimmte Drogen denkt. Weil, und das ist vielleicht auch eine Frage der Zulässigkeit oder nicht, weil natürlich die Frage der Entkoppelung aus der Gesellschaft auch ein Gradmesser der Gefährlichkeit ist. Man muß schon sagen, daß vielleicht durch die eine Droge weniger rasch die Entkoppelung erreicht wird und in anderen Bereichen viel rascher diese Entkoppelung zur Gesellschaft eintritt.

Ich meine damit, daß wir heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine sehr wichtige Diskussion führen, die darauf hinausläuft, daß wir uns einig sein müssen, daß alles, egal, welche

Position man einnimmt, ein bißchen richtig ist. Daß aber nicht die Fülle der Strategie schon davon ableitbar ist, daß man den alleinigen Weg darauf skizzieren kann.

Zur Prävention: Ich glaube, wir haben in Niederösterreich eine gute Basis, es wurde auch angesprochen, weil die Wiener da so viel „zu bieten hätten“. Die Frau Landeshauptmannstellvertreter wird sich darauf beziehen. Tatsächlich hatten wir vielleicht in den städtischen Bereichen früher ein gewisses stärkeres Problembewußtsein. Tatsache ist, daß dieses Problembewußtsein aus den Ballungsräumen hinaus, und daß auch das Verhalten durchaus über die ländlichen Regionen etwa annähernd gleichermaßen feststellbar ist. Etwa bei den Jugendlichen, in Schulen, egal ob Ballungsraum oder mittlere Städte. Das heißt also, da war ein gewisses Nachziehen absolut notwendig. Aber wir haben in Niederösterreich der Prävention ein besonderes Augenmerk geschenkt. Und wir haben daher über das Gesundheitsforum die Suchtvorbeugung an die oberste Stelle gesetzt. Wir haben dann eine Reihe von strukturellen Suchtvorbeugungsmaßnahmen gesetzt und ein regionales Netzwerk aufgebaut. Und das halte ich für ungemein wichtig, daß hier in Gesamtnetzwerk entsteht.

Das zweite: Wir haben Kampagnen zur Sensibilisierung eingeleitet. Das ist das Allerwichtigste. Daß ein Jugendlicher von sich aus sagt, ich will eigentlich mit dem nichts zu tun haben. Daß die Ablehnung aus Überzeugung kommt. Weil sonst kann ja diese Ablehnung nicht immer überwacht und erzwungen werden. Das ist das Entscheidende. Das dritte sind die Suchtvorbeugungsprojekte in der Lebenswelt der Jugendlichen. Ich glaube, es ist ja auch wichtig, daß man sich einmal bewußt wird, daß man sich auch in die Lebenswelt der Jugendlichen hineindenken muß. Und daß daraus letztlich diese Suchtvorbeugungsprojekte dann gemeinsam erarbeitet werden können. Dann steht die Beratung, meine sehr geehrten Damen und Herren, und dann steht die Therapie. Also bei jenen, die schon mehrfach in Kontakt gekommen sind und wo man nur mehr therapeutisch eingreifen kann.

Und nun zur Frage des Antidrogenkonzeptes. In den nächsten Monaten ist es sicher unsere Hauptaufgabe, vor allem jene des Drogenkoordinators Dr. Bachinger, den wir eingesetzt haben. Und ich bin sehr froh darüber, daß nach längerer Diskussion gemeinsam und einhellig wieder ein Drogenkoordinator eingesetzt wurde. Weil ich glaube, daß das, was in der Prävention geschieht, ungemein wichtig ist. Daß aber selbstverständlich das Land selbst auch eine Drogenkoordination

braucht, um hier diese vielen Aktivitäten entsprechend zu bündeln und letztlich auch beratend zur Verfügung zu stehen.

Es gibt in bezug auf dieses Detail auch Aussagen im Psychiatrieplan. Und ich glaube, auch darauf sollte verwiesen werden. Was sind nun die einzelnen Schritte? Wir wollen über den Drogenkoordinator einmal eine Aufnahme des Istzustandes. Wir wollen dann die Koordination. Und wir wollen dann auch eben immer stärker in die Information hineingehen, und sei es über die *homepages*, durch die heute viele erreicht werden können. Und wir wollen auch den Aufbau einer Krisenintervention in unserem Lande zum besonderen Schwerpunkt machen. Und da gibt es bereits die Ansätze im Einzugsbereich der Landesnervenklinik Gugging und wir werden auch eine Art Beiratsprojekt erarbeiten.

In der Summe, weil das auch genannt wurde, werden in Niederösterreich über 30 Millionen Schilling aufgewendet. Ich glaube, der Betrag sagt nichts besonderes aus, aber das zeigt, daß auf verschiedenen Gebieten auch Geld eingesetzt wird. Und daß wir diese Verpflichtung erkennen, den jungen Menschen, aber auch anderen, die schon in Kontakt sind, weil das eben auch andere Altersgruppen umfaßt, jenes Rückgrat zu geben, daß sie wieder eine Chance auf Integration haben und damit ein Leben führen können wie es eben die Gesellschaft an sich jedem bietet. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP sowie Abg. Mag. Fasan.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop.

LHStv. PROKOP (ÖVP): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu allererst möchte ich auch feststellen, ich freue mich, daß wir heute die Gelegenheit haben, zu einem sehr sensiblen Thema zu diskutieren. Ein Thema, das uns alle bewegen muß, wo man alles tun muß, um es hintanzuhalten. Aber wo man seriös-sachlich aufbereiten muß und ja keine Schuldzuweisungen vorweg treffen darf.

Ich möchte sagen, daß wir hier sehr viel sehr lange schon daran arbeiten. Wir haben viele Enqueten, viele Tagungen diesbezüglich abgeführt. Wir haben viele Untersuchungen gemacht. Wir wissen durch Rahmenuntersuchungen alle drei Jahre wie die Tendenz ist, ob sie steigend, ob sie fallend ist. Doch in all diesen Untersuchungen kann

man hier Zahlen mit Zahlen sehr schwer vergleichen. Ich kann nicht die Aufdeckungen vergleichen und die Aufgriffe vergleichen. Ich kann nur, wenn ich immer die Tendenz zur Drogenabhängigkeit - das ist eine gewisse Persönlichkeitsstruktur - wenn ich die immer gleich regelmäßig untersuche, dann kann ich diese Tendenz vergleichen, ob sie steigend, ob sie fallend ist. Bis hin zu Erfahrungsfragen, haben sie Erfahrung, haben sie nicht Erfahrung? Diese Zahlen kann man vergleichen. Und dort liegen wir nicht schlecht. Da liegen wir sehr stabil, in manchen Bereichen sogar fallend. Wobei interessanterweise regionale Unterschiede bestehen. Diese Dinge sind daher wichtig, die sind auch zentriert und konzentriert auf die Regionen abgestimmt anzugehen. Wir haben erst vor kurzem eine sehr schöne, sehr breite Enquete mit sehr vielen Besuchern gehabt im Konferenzzentrum in Wien, die auch international besetzt war. Und hier konnte man wirklich auch Meinungen in jeder Richtung austauschen. Und gerade dort ist es sehr deutlich hervorgekommen, daß all das, was jetzt zum Teil hier wieder hervorgeholt wird, schon überall irgendwo probiert worden ist. Daß wir in vielen Fällen schon auf langjährige, nicht nur Versuche, sondern Tätigkeiten hinblicken können. Und daß man auf langjährige Erfahrungen nicht nur verweisen kann, sondern sagen kann, das ist gescheitert oder das ist nicht gescheitert. Und insbesondere in bezug auf die Abschreckung, weil sie heute hier wieder angesprochen wurde: All das ist dort eindeutig von allen nationalen und internationalen Fachleuten gesagt worden, die Abschreckung im primären Präventionsbereich ist nachweislich schlecht. Es kann nur in der positiven Aktivität möglich sein, die Persönlichkeitsstrukturen aufzubereiten und damit die Gefährdung hintanzuhalten. Das ist die eindeutige Aussage von allen Fachleuten gewesen.

Ich möchte heute insbesondere auch noch einmal betonen und unterstreichen, was zum Teil auch hier schon gesagt wurde. Wir müssen an die Drogenproblematik und Drogenpolitik in differenzierten Lösungsstrategien herangehen. Wobei wir ganz klar zwischen den Drogenabhängigen - jenen, die krank sind, jenen, die dort gerade in die Szene hineingetrudelt sind, aus welchen Gründen immer - und jenen, die im Handel tätig sind, die sich am Leid und am Elend der Menschen bereichern, unterscheiden müssen. Zwischen diesen beiden Gruppen muß klar unterschieden werden. Und den Grundsatz, den würde ich grob so formulieren, daß man sagt, Vorbeugen ist besser als Heilen und Heilen ist besser als Strafen. In diesem Bereich möchte ich das generell sehen.

Eine große Gefahr liegt immer wieder darin, und das ist jetzt auch schon historisch nachweis-

bar: Den Konsum zu verharmlosen, das ist absolut schädlich. Absolut gefährlich und absolut schädlich! Und hier muß man wirklich, wenn ich jetzt ernsthaft an die Primärprävention herangehe, hier muß ich alle Süchte sehen. Denn Sucht ist eine Frage der Persönlichkeitsstruktur. Und dazu gehört der Alkohol, dazu gehört Nikotin, dazu gehört die Medikamentenabhängigkeit und dazu gehört die allgemeine Drogenabhängigkeit. Wenn man diese Zahlen vergleicht, so gibt es tatsächlich bei Alkohol 50.000 Alkoholabhängige, 150.000 Medikamentenabhängige. Und es gibt 15.000 Drogenabhängige. Nur, um die Zahlen zu zeigen. Aber jeder Einzelne ist einfach einer zu viel und man kann nur generell daran arbeiten.

Für die Freigabe auch nur der leichten Drogen einzutreten, ist daher einfach der Sache nicht dienlich. Ich war vorige Woche in Dänemark bei einem internationalen Kongreß, und dort ist eindeutig auch von den Schweizern gesagt worden, der Versuch ist gescheitert. Der ist gescheitert und man wird auch in der Schweiz wieder ganz, ganz andere Wege gehen. Dasselbe hat man in Holland, in Skandinavien und überall schon erlebt.

Tatsache ist auch, daß die „Hauptprobierdroge“, das heißt aber mit Probieren auch die Einstiegsdroge, Cannabis ist. Hier sagen rund 25 Prozent der Bevölkerung bei der Befragung, wir haben es schon probiert, ich bin schon in Kontakt damit gekommen. Für mich eine erschreckende Zahl! Das heißt, jeder Vierte; ich nehme an auch hier herinnen haben es schon einige probiert, weil sonst würden die Abgeordneten nicht dem Durchschnitt der Bevölkerung entsprechen. Alleine so muß man es sehen! (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ich habe keinen angeschaut, ich habe keinen Einzelnen angeschaut. Nur um den Durchschnitt zu zeigen.

Das sind Untersuchungen, die uns zur Verfügung stehen. Eindeutig ist die Steigerung bei den Amphetaminen, also bei den Aufputzmitteln. Auch das ein gefährliches Zeichen unserer Zeit. Diese Aufputzmittel, ich muß das mit dabei nennen, sind ein deutliches Zeichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, man muß ganz genau die Schritte beleuchten. Und damit möchte ich auch sagen, daß wir in Niederösterreich sehr gut liegen. Wenn hier gesagt wurde, daß wir uns an Wien ein Beispiel nehmen sollen, so entgegne ich, zum einen kann man Wien mit Niederösterreich nicht vergleichen. Eine Stadt und ein Ballungsraum ist etwas anderes als der ländliche, der flache Raum mit seinen weiten Strecken. Aber wir haben insbesondere in

der Primärprävention seit vielen, vielen Jahren hier sehr viel getan.

Es gibt die Primär-, die Sekundär-, die Tertiärprävention. Wobei man nicht alle Grenzen ganz eng ziehen kann. Wenn ich jetzt bei der Tertiärprävention anfangen, das heißt, bei jenem Bereich, wo wir tatsächlich schon Betroffene, Süchtige haben, die zum einen das Hilfeproblem haben und zum anderen die Unterstützung in der Langzeittherapie brauchen, um auch tatsächlich von der Droge wegzukommen, so haben wir spezielle Therapieplätze in der Drogenstation im Landeskrankenhaus Mauer mit 15 Entgiftungsbetten. Und wir sehen, daß wir mit dieser Kapazität sehr gut das Auslangen finden. Wir haben im stationären Langzeitbereich also Therapieplätze sowohl im Anton Proksch-Institut und in der Drogenstation Mödling als insbesondere auch beim Grünen Kreis in der Buckligen Welt, mehr als 200 Plätze. Wobei man sagen muß, daß davon nur 10 Prozent von Niederösterreichern belegt sind. Die Wiener verlassen sich da ganz auf uns. Wien hat seine Langzeittherapieplätze bei uns in Niederösterreich. Also auch das muß einmal gesagt werden. Und daß wir das sowohl bei der Investition als auch bei der Problematik mit der Bevölkerung draußen immer im Griff gehabt haben im gemeinsamen Wollen, glaube ich, das sollen wir auch einmal sagen. Gottseidank! Wir wollten es so und ich halte das auch für gut. Wir haben in allen Bezirken ambulante Beratungsstellen. Das heißt, Hilfesuchende können hier ihre Information finden.

Im Sekundärbereich der Suchtprävention für gefährdete Jugendliche – da gebe ich schon zu, da sind andere schon vor uns gewesen – werden wir uns mit dem Gesundheitsforum, mit der Fachstelle für Suchtprävention ein Modell ausarbeiten. Und dieses Modell ist gut. Es ist im ländlichen Raum - nochmals - schwieriger als im städtischen Raum. Wir werden hier gemeinsam mit *streetworking* beginnen. Der erste Versuch wird im Waldviertel gestartet werden. Und hier sollen *streetworker*, das heißt, Sozialarbeiter, die sich darin auskennen, bei Großveranstaltungen, Raves, in Diskotheken, in Jugendzentren eingesetzt werden, um dort nicht nur Beratung anzubieten, sondern vor allem auch Gespräche zu führen. Interventionen vor Ort durchzuführen. Wir beginnen im Waldviertel. Und mittelfristig soll in allen fünf Regionen ein hauptberuflicher *streetworker* in der gefährdeten Szene arbeiten.

Eine weitere Neuerung, die Herr Kollege Dr. Bauer auch schon angesprochen hat, ist letztlich unser Drogenkoordinator, der bis zum Jahresende ein Antidrogenkonzept vorlegen wird. Es wird darin zum einen die aktuelle Entwicklung dargestellt wer-

den. Es wird aber auch ein Paket von Maßnahmen darin enthalten sein, das kurz-, mittel- und langfristig in der Suchtvorbeugung, in der Suchtberatung, in der Drogentherapie Notwendigkeiten und Aufgaben setzt. Dieses Antidrogenkonzept wird sich kaum oder nur am Rande mit sicherheitsbehördlichen und strafrechtlichen Aspekten befassen. Denn dafür ist der Bund zuständig. Und ich glaube, daß wir tatsächlich in einem solchen Konzept unsere Aufgaben wahrnehmen sollen. Das, was wir tatsächlich auch realistisch umsetzen können. Für Vorgenanntes ist der Bund, das Innenministerium und das Justizministerium zuständig.

Und letztlich wird die Fachberatung - jetzt komme ich zur Primärprävention, das Allerwichtigste von allem - letztlich wird die Fachstelle für Suchtvorbeugung im Gesundheitsforum die Aufgabe haben, dieses Konzept auch dann umzusetzen, die Projekte durchzuführen, um Kinder und Jugendliche gegen die Gefahren des Drogenkonsums oder überhaupt des Versuches dort hineinzukommen, zu „immunisieren“, wenn ich das Wort so gebrauchen darf. Es kann, es wird nicht ganz gelingen, aber so weit wie möglich widerstandsfähig zu machen. Diese Widerstandskraft aufzubauen. Und das, wie gesagt, nicht nur gegen die Drogen, sondern gegen Süchte aller Art. Das geht bis hin zur Spielsucht. Süchte sind sehr breit und in Persönlichkeitsstrukturen immer wieder ähnlich zu orten. Dabei wird es zu Beratungen und Schulungen von Kindergärtnerinnen, Lehrern und Eltern kommen. Wir werden Beratungen in Betrieben, insbesondere bei Lehrlingen, durchführen. Die Thematisierung des Drogenkonsums soll bei den Schülern, in den Schulen geschehen, aber vor allem auch bei der breiten Palette der Vereine. Denn die sind Träger und arbeiten mit jungen Menschen auf breitester Ebene.

Organisatorisch und finanziell wird hier Unterstützung notwendig sein. Und wir wollen insbesondere die niederschweligen Hilfen vor Ort weiterhin unterstützen und die Modelle. Der „Waggon“ - ehemals Waggon, heute heißt er „Tender“ -, also der Verein „Waggon-Tender“ in Mödling ist genannt worden. Hier geschieht sehr gute Arbeit und im „Triebwerk“ in Wr. Neustadt ebenfalls. Darüber hinaus wird im Krankenhaus in Gugging bis zum Jahresende, also in allernächster Zeit, ein Kriseninterventionszentrum eingerichtet werden mit einem mobilen Team von Ärzten, Sozialarbeitern und Psychologen. Die können dann und sollen dann auch in akuten Krisen, auch vor Ort, auch ambulant, fachmännische Hilfe anbieten. Ich halte das für etwas ganz, ganz wichtiges. Und mittelfristig soll innerhalb dieser Legislaturperiode noch in all jenen Krankenhäusern, wo psychiatrische Abteilungen

schon sind oder derzeit eingerichtet werden, Hollabrunn, Mauer und jene anderen, die zur Diskussion stehen, solche Kriseninterventionsteams, solche Kriseninterventionszentren eingerichtet werden.

Damit komme ich zum Schluß und möchte ein herzliches Danke allen sagen, die auf dieser Ebene schon seit vielen Jahren intensiv zusammenarbeiten. Es sind die Lehrer, es ist insbesondere die Exekutive, es sind Pädagogen verschiedenster Form. Und ganz besonders möchte ich heute ein Danke an Dr. Bachinger, Prof. Fellöcker sagen, die in der kurzen Zeit, in der sie tätig sind, mit großem Engagement, und wie ich das Gefühl habe, auch mit großer Freude als Drogenkoordinator und Suchtpräventor tätig sind. Und wir haben, und das hat mich besonders gefreut, ich habe es erst vor 14 Tagen gehört, auch bereits national Anerkennung erfahren. Man blickt bereits darauf, was in kurzer Zeit an Dynamik in Niederösterreich geschieht. Und ich hoffe, daß diese sensible Thematik auch weiterhin in dieser Richtung aufgearbeitet wird. Daß wir alle, alle gemeinsam zum Wohle unserer Jugendlichen, und es sind nicht nur Jugendliche, zum Wohle unserer Menschen, unserer Familien, die dieser Gefährdung ausgesetzt sind, arbeiten können. Wobei ich als Ziel sehe die größtmögliche Prävention als Vorbeugung, Vorbeugung vor der Heilung, und dort, wo schon etwas passiert ist, die größtmögliche Hilfe, Beratung, Hilfestellung für die Familien und für die Betroffenen als Heilen vor der Strafe einzusetzen. Wir brauchen dazu jeden, der bereit ist, mitzuarbeiten. Und das in einer absoluten Offenheit. (*Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Sehr geehrte Abgeordnete! Hohes Haus! Die Aktuelle Stunde zum Thema „Antidrogenpolitik in NÖ“ ist beendet. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Und ich ersuche nun Herrn Abgeordneten Jahrmann, die Verhandlungen zu Ltg. 248/P-3 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. JAHRMANN (SPÖ): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 248/P-3 betreffend der Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes.

Die Novelle zum Schulorganisationsgesetz bzw. zum Pflichtschülerhaltungs-Grundsatzgesetz brachte Änderungen, deren nähere Ausführungen dem Land als Ausführungsgesetzgeber obliegen. Die wesentlichen Änderungen betreffen die Neuregelung der Schuleingangsphase. Es ergibt sich auch für den Grundsatzgesetzgeber die Möglichkeit, vorzusehen, die allgemeine Schulpflicht in einer neunten Schulstufe an Sonderschulen als

eine Art Berufsvorbereitungsjahr um die bestehenden Bildungsmöglichkeiten zu erweitern. Ein weiterer Punkt betrifft die Neuregelung der Klassenschülerhöchstzahl in Integrationsklassen an Hauptschulen bzw. die Abtretung der Zuständigkeit für bezirksübergreifende sprengelfremde Schulbesuche an die Bezirkshauptmannschaften. Seitens des Schul-Ausschusses wird daher der Antrag gestellt (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes wird genehmigt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Frau Präsidentin! Ich ersuche, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vornehmen zu lassen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Herr Abgeordneter, danke für diesen Bericht. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind zwei Punkte dieses Gesetzes, denen ich mich gerne widmen möchte. Ganz kurz zunächst zur Neuregelung der Schuleingangsphase, wohin man durchaus einiges positiv sehen kann. Es soll also zu keinen Zurückstellungen schulpflichtiger aber noch nicht schulreifer Kinder mehr kommen. Es sollen, das wird dadurch natürlich geschehen, die Kindergärten entlastet werden. Es sind durchaus sehr konstruktive Mischungen möglich, die im Sinne eines umfassenden pädagogischen Denkens sein können, wenn man hier diese Mischklassen in der Vorschulphase oder diese Einteilung in diese Grundstufen, in diese beiden Grundstufen 1 und 2 vornimmt.

Wovor wir warnen im Zusammenhang damit, das ist die Möglichkeit, daß es hier doch zu den einen oder anderen Sparmaßnahmen durch Klassenzusammenlegung kommen kann. Denn wenn man nunmehr drei verschiedene Schulstufen in zwei Grundstufen zusammenfassen kann, dann besteht ja auch durchaus die Möglichkeit, daß man das auch in der Praxis tut. Und da denken wir doch, daß es nötig ist, in der Praxis pädagogische Kriterien und nicht wirtschaftliche Kriterien anzuwenden. Und daß man vielleicht in dem Zusammenhang auch die Stellenpläne ganz allgemein überdenken könnte, die ja zweifelsohne doch das eine oder

andere Mal ein limitierender Faktor sind in diesem Zusammenhang.

Ein wesentliches Problem, und für uns auch die Crux an diesem Gesetzesentwurf ist die Frage der Klassenschülerzahlen und der Stützlehrerproblematik. Die eigentliche Problematik dieses Gesetzes, nämlich daß es bei Integrationsklassen nicht zur Stützlehrerbeistellung kommen muß, sondern erst ab einer gewissen Anzahl von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, diese Crux wurde ja nicht beseitigt mit dieser Novelle, mit diesem neuen Gesetz. Es wurde der § 19 in dieser Hinsicht eben nicht geändert. Es ist nach wie vor durchaus möglich, bei Klassen mit weniger als drei Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf nur stundenweise aber nicht grundsätzlich Stützlehrer beizustellen. Und es muß auch nicht sein. Es ist nach wie vor eine Kann-Bestimmung. Und auch in den Vorschulklassen besteht diese Kann-Bestimmung. Und da meinen wir doch, daß der Gesetzgeber hier etwas genauere, präzisere Vorgaben hätte geben können, um eben grundsätzlich zu ermöglichen, daß Stützlehrer in Integrationsklassen verwendet werden müssen.

Es gibt für Volksschullehrer durchaus, wenn man den § 20 des Gesetzes betrachtet, durchaus die Möglichkeit, daß man mit 24 Kindern alleine in einer Klasse steht. Und von diesen 24 sind zwei Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. So begrüßenswert das vom Grundsatz her ist, so meine ich doch, daß das an und für sich nicht durchführbar sein kann oder nicht sehr gut durchführbar sein kann, wenn man keinen Stützlehrer hat. Und in der Praxis kann man eben auf den Stützlehrer auch verzichten oder auf die Stützlehrerin, und das halten wir doch für sehr problematisch.

Auch mit der Herabsetzung ist es natürlich ein Problem. Die Herabsetzung auf 24 Schüler gibt es ja nur, wenn kein Stützlehrer oder zumindest nur ein Halbtags- oder eine halbe Lehrverpflichtung des zusätzlichen Lehrers, der zusätzlichen Lehrerin, dazukommt. Das ist eben das, was wir für zu wenig erachten. Und auch, daß es nur eine Kann-Bestimmung ist, das stört uns eigentlich. Wir glauben nämlich, daß man so diesen wertvollen Gedanken der Integration den Lehrerinnen und Lehrern zu wenig schmackhaft machen kann. Man bietet ihnen zu wenig Hilfestellung an, weniger als sie bräuchten, um diese große Aufgabe tatsächlich bewältigen zu können. Wenn man nun Ausnahmen vorsieht, wie beispielsweise im § 20 Abs.3, so meinen wir doch, wenn man sich die Praxis ansieht, daß das eher Ausnahmen sind, die die Regel bestätigen und nicht unbedingt als Legitimation hier herhalten können.

Unsere zentrale Forderung in diesem Zusammenhang: Stärkere Reduktion der Klassenschülerzahlen, Stützlehrerinnen und Stützlehrer in jedem Fall, und dafür natürlich auch die Finanzierung sichern. Und das gilt natürlich auch für die Hauptschule. Wenn ich weiter gehe in den Paragraphen. Der § 25 Abs.1 sieht zusätzliche Lehrer verpflichtend eben nur ab drei Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf vor. Und wir meinen, daß das grundsätzlich immer sein sollte bei Stützlehrern. Und auch bei Klassen mit unter drei Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist es nur stundenweise nötig, diese Stützlehrer einzusetzen. Das genügt eben nicht. Auch die Klassenschülerzahl, die magische 27 in der Hauptschule scheint uns zu hoch. Wie wohl wir hier schon einräumen, daß man natürlich hier in Leistungsgruppen differenziert. Das sehen wir schon. Aber umso eher ist ja eigentlich die Differenz, wenn man es genau nimmt, bezüglich der Volksschule, daß man eben auf der einen Seite hier Differenzierungen in der Hauptschule vornehmen kann, in der Volksschule nicht. Und dennoch ist die Beistellung von zusätzlichen Lehrkräften in der Volksschule nicht verpflichtend.

Wenn man sich nun die Entwicklung des Integrationswesens in Niederösterreichs Schulen ansieht, kann man in einem kleinen historischen Rückblick ja durchaus erkennen, daß es Niederösterreich da zu keinen besonderen Leistungen gebracht hat. Als man begonnen hat zu Beginn der neunziger Jahre, da hat etwa, wenn man die Hauptschulen vergleicht, man in Wien begonnen mit 35 Integrationsklassen, im Burgenland mit 29, in Oberösterreich mit 15, in Niederösterreich mit 4. Und wenn man weiter gegangen ist in das Jahr 1996, so hat es in Wien 92 gegeben, in Oberösterreich hat man in diesem Zeitraum tatsächlich etwas getan. Da hat man versucht aufzuholen. Da kam man auf 60 Integrationsklassen, in Niederösterreich auf 8. Also das, meine ich, ist doch etwas bedenkenswert. Natürlich hat Niederösterreich hier aufgeholt, aber ich glaube, hier wäre die Gesetzeslage durchaus dazu angetan gewesen, stärker reformiert zu werden als dies tatsächlich der Fall ist. Die Volksschulen 1996: Bundesweit 520 Integrationsklassen, davon 480 in Wien.

Also das ist doch ein wenig ein Problem, dem man sich stärker hätte widmen sollen. Natürlich soll, meine Damen und Herren, Integration, oder kann Integration auch gar kein Dogma sein. Es geht ja nicht nur um Integration im Schulbereich, es geht um gesellschaftliche Integration. Es geht, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, auch um Integration von ehemaligen Drogenabhängigen, damit sie wieder zurück ins Leben finden. Das fällt

mir nur gerade so nebenbei ein in Anspielung auf die Aktuelle Stunde. Es geht um soziale Integration. Es ist, wenn man beim Schuleintritt eines Kindes dann untersucht, ob eben sonderpädagogischer Förderbedarf gegeben ist oder nicht, ist es auch ganz wesentlich, zu beachten, in welcher Gruppe, in welcher sozialen Gruppe sich das Kind befindet und wo diese Gruppe hingeht.

Das heißt aber auch, daß natürlich die Eltern eine ganz wesentliche Rolle spielen müssen - was sie auch tun - daß sie aber auch nicht alleinentcheidend sein können. Daß bei der Erstellung dieser Gutachten eben auch andere Kriterien wesentlich sind. Und natürlich sind Eltern da eher bestrebt, diesen Makel, diesen Stempel der Sonderschule irgendwie von sich fernzuhalten. Aber wenn man das genauer hinterfragt, dann muß man sich ja fragen, warum ist denn das so? Warum ist das denn für die Eltern so ein Problem? Weil eben die gesamte gesellschaftliche Integration, die soziale Integration noch nicht diesen Stellenwert hat in unserer Gesellschaft, den sie eigentlich haben sollte. Und das führt dann vielfach zu diesen Reaktionen der Eltern. Das führt in der Praxis häufig dazu, daß man zum Beispiel schwerstbehinderte Kinder hat, die dann mit sanftem Druck der Eltern als Integrationskinder eingestuft werden. Und die dann in dieser Integrationsgruppe, in der sie drinnen sind, eigentlich sehr sehr unglücklich sind. Und die durch spezielle Maßnahmen dann durchaus wieder in Gruppen eingeführt werden könnten, von denen sie tatsächlich profitieren.

Das ist ein ganz wesentlicher Bereich. Aber dazu muß man sich dem Problem wirklich widmen. Auch die sonderpädagogischen Zentren, die ja mittlerweile eine Zeitlang schon aktiv sind, könnten hier sehr viele Möglichkeiten anbieten, wenn man sie läßt. Natürlich gibt es auch sehr sehr viele andere Initiativen, die bemerkenswert sind. Ich erinnere etwa an die Waldorf-Schule in Mauer, wo man versucht - durchaus erfolgreich versucht - teilleistungsschwache Kinder auf Hauptschulniveau zu bringen. Eine ganz besondere pädagogische Leistung mit äußerst glücklichen Kindern - Gottseidank, muß man sagen. Und das Interessante an diesem Versuch an dieser Schule ist, daß man versucht, Kinder mit ganz unterschiedlichen Behinderungen zusammenzubringen. Sodaß die voneinander profitieren können, daß sich die unterschiedlichen Probleme, die diese Kinder haben, teilweise kompensieren können. Es ist etwa die Rede gewesen von dem Beispiel, daß man versucht, Kinder mit Down-Syndrom zusammenzubringen mit autistischen Kindern. Daß sozusagen das Überschäumende der einen das In sich Gewendete der anderen ein wenig kompensieren kann und umgekehrt.

Hier gibt es bemerkenswerte Erfolge auch außerhalb der öffentlichen Schulen in Niederösterreich, und bundesweit natürlich auch.

Integration muß also auf allen Ebenen erleichtert und gefördert werden. Man braucht nur einen Blick in den Lehrplan zu werfen und die wichtigsten Lehrziele sich vor Augen zu führen um zu wissen, was gemeint ist. Die Vorbereitung der Eingliederung ins Berufsleben - das ist eigentlich ganz ganz klar, was der Lehrplan hier vorschreibt. Die stärkere Lebensweltorientierung soll erreicht werden. Das geht aber eben nicht mit Wegsperrern, sondern das geht nur mit wirkungsvollen Maßnahmen zur bestmöglichen, konkreten, auf die Situation abgestimmten Integration.

Und da gibt es natürlich sowohl in Theorie als auch in der Praxis entsprechende Hürden, die zu überwinden man versuchen muß. Das sind die bekannten Probleme Weiterführung und Übertritt. Etwa von der Volksschule in die Hauptschule. Wie überschreiten Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf diese sogenannten Nahtstellen, wie sie in der Pädagogik genannt werden? Wie können diese Probleme gelöst werden? Wie kann das Problem des Klassenverbandes gelöst werden, der sich dann meistens auflöst und von dem so ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf sehr sehr stark beeinflusst ist, auf den es abgestimmt ist. Wie gehen wir mit dem Problem der häufigen Gruppenwechsel um? Wie gehen wir mit dem Problem der Gottseidank voranschreitenden Modernisierung der Schulen, was Sondersäle beispielsweise betrifft, um? Wie gehen wir mit der ganzen höheren Mobilität um, die auch in den Schulen ja Gottseidank um sich greift? Die aber unter Umständen einen Streßfaktor für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf bedeuten könnte. Das sind alles Dinge, auf die man Rücksicht nehmen muß, für die man auch Lösungen anbieten muß.

Was auch ganz schlecht ist in der Praxis vielfach, aber nach wie vor leider Gottes vorhanden, wie wohl auch hier entsprechende Aufklärungsarbeit schon geleistet wurde, das ist eine häufige, immer wieder um sich greifende Spaltung des Lehrkörpers. Auf der einen Seite sind die mit den „normalen“ Kindern, auf der anderen Seite sind die mit den „behinderten“ Kindern, wie man sagt. Das gibt es noch. Das hätte gar keinen Sinn, das zu verschweigen. Hier muß die Bildungsarbeit, die Aufklärungs- und Beratungstätigkeit weitergehen. Hier dürfen wir nicht stoppen und sagen, jetzt haben wir die Integration schon einige Jahre, jetzt können wir uns zurücklehnen. Hier ist noch sehr sehr viel vonnöten. Denn eines ist klar: Integration

kann nur dann funktionieren, wenn die Lehrer, die dort unterrichten und die Lehrerinnen, wenn sich die auch verstehen. Wenn die nicht zusammenarbeiten hat das ganze Gesetz keinen Sinn. Und hier ist es doch vielfach so, daß es noch Probleme gibt, die aufgearbeitet werden müssen. Man muß nicht nur können, sondern auch wollen.

Das Gesetz und das Pflichtschulwesen allgemein kann nur ein Teil der Integration sein. Ein Teil der schulischen, ein Teil der gesellschaftlichen Integration. Es hätte durchaus die Möglichkeit gegeben, aus diesem Gesetz einen großen Wurf zu machen, einen großen Schritt zur nachhaltigen Integration in der Praxis zu vollziehen. Dieser Schritt ist leider ausgeblieben. Und aus diesem Grund muß ich schon sagen, daß unsere Fraktion für dieses Gesetz die Verantwortung nicht mittragen möchte. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Zwei Dinge behandelt diese Novelle. Zum einen ist es eine gewisse Verbesserung der Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Das ist jetzt immerhin so, daß nicht erst ab fünf Kindern, sondern bereits ab drei Kindern ein Stützlehrer beschäftigt werden kann – das ist an sich zu begrüßen. Dieser Verbesserung der Integration steht allerdings eine weitere Veränderung entgegen, das ist das sogenannte Berufsvorbereitungsjahr. Man hat acht Jahre Integration und im neunten setzt man wieder auf eine Trennung. Das finden wir nicht gut. Und das zweite ist die Schuleingangsphase. Das heißt, daß jetzt in die Grundstufe 1 nicht nur die erste und zweite Klasse einbezogen wird, sondern auch die sogenannte Vorschulstufe.

Bis jetzt war es so, wenn ein Kind die Schulreife nicht erlangt hat, aber schulpflichtig war, das sind alle jene Kinder, die im betreffenden Jahr vor dem 1. September geboren sind, so konnte entweder auf Antrag der Eltern oder aber auch der Direktor selber sozusagen amtshandelnd feststellen, daß dieses Kind zurückgestellt wird, oder aber auch in eine Vorschule geht. Zurückgestellt – ein böses Wort für eine an sich nicht böse Tatsache, daß dieses Kind noch ein Jahr im Kindergarten verblieb. Das ist ab jetzt nicht mehr möglich. Jetzt muß jedes Kind, das schulpflichtig, aber noch nicht schulreif ist, dennoch in die Schule gehen. Hat allerdings drei Jahre Zeit, die ersten beiden Jahre, diese sogenannte Grundstufe 1, zu erledigen. Wir halten das für keine gute Lösung. Denn es gibt ja, wer selber Kinder hat, wird das vielleicht beobachten,

Sommerkinder, die schulreif sind, obwohl beinahe ein Jahr jünger als ihre Kollegen. Es gibt aber sehr wohl Kinder, die in keiner Weise diese Schulreife erlangen und denen es schlicht und einfach gut tut, wenn sie noch ein Jahr zu Hause bleiben.

Und ich sehe eigentlich nicht ganz ein, warum man diese Kinder, die nachgewiesenerweise dem Schulbetrieb noch nicht gewachsen sein werden, dennoch in einen Schulbetrieb zwingt. Das heißt also zum einen, daß man hier nicht kindgerecht vorgeht, zum anderen aber, daß man diesen Schulbetrieb hemmen wird. Es ist jetzt schon schwierig genug, Volksschullehrer klagen. Und es ist noch dazu nicht vorgesehen, hier verpflichtend einen Zweitlehrer einzusetzen. Das heißt, das Unterrichten in dieser Grundstufe 1 wird noch schwieriger werden. Ich kann den Grund dieser Regelung eigentlich nicht verstehen, ich kann ihn nur erraten. Wenn ich mir einen Satz aus einem Debattenbeitrag im Parlament heraushole, es war ein Niederösterreicher, der Sozialdemokrat Rada, der sagt, speziell im ländlichen Bereich hatten wir bisher die Diskriminierung, daß Kinder, denen die Schulreife versagt wurde, im Elternhaus nicht betreut ihre notwendige Reife abwarten mußten. Das sehe ich nicht so! Eine Diskriminierung: Im Elternhaus nicht betreut - das kann ich überhaupt nicht so sehen! Ich glaube im Gegenteil, daß Kinder, denen es gut tut, noch ein Jahr zu Hause zu bleiben, in diesem Jahr so nachreifen - sie brauchen ja diese Nachreife - daß sie unter Umständen, und das läßt sich doch aus vielen Beispielen belegen, eine ganz normale und erfolgreiche Schulkarriere hinter sich bringen werden. Während, wenn sie in diese Schuleingangsphase eben hineingesetzt werden, sie zusehen müssen, wie ihre Alterskollegen hinauswachsen, in die Grundstufe 2 kommen. Und sie bleiben zurück. Da wird ein kontinuierlicher Durchlauf der Schule eigentlich eher gehindert. Und ich sehe, daß eher hier eine diskriminierende Situation entstehen könnte.

Und ich verurteile vor allem das Fehlen der Zweitlehrer. Man hat mir zwar gesagt, daß im Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz unter Umständen so ein Zweitlehrer vorgesehen ist, aber das wird auf Bundesebene beschlossen und man weiß nicht genau, wann. Also ich glaube, diese Gesetzesreform ist nicht gut vorbereitet.

Diese Schuleingangsphase steht unserer Meinung nach nicht im Interesse des Kindes. Sie handikapt auch die Wahlfreiheit der Eltern, die doch mitbestimmen können sollten, zusammen mit einem Experten, dem Direktor eben, dem Pädagogen, wann ihr Kind schulreif ist. Und sie macht auch den Unterricht in den Volksschulen noch schwieriger.

Ich habe von verschiedenen Volksschullehrern, auch von den Kindergärtnerinnen gehört, daß sie diese Einführung dieses Gesetzes, das auch sehr unvorbereitet ist, denn dort kennt man sich vor Ort eigentlich zum Teil gar nicht ganz aus - auch das hört man -, daß sie die Einführung nicht gutheißen. Und dem werden wir uns anschließen und dieser Novelle unsere Zustimmung versagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. CERWENKA (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich könnte eigentlich gleich mit den letzten Ausführungen meiner Vorrednerin beginnen, die Vorbereitung der Kolleginnen und Kollegen auf die gesetzlichen Neuerungen. Und ich kann Ihnen das mit einem einfachen persönlichen Beispiel widerlegen.

Es ist mehr als ein Jahr her, daß ich in meinem Bezirk für interessierte Kolleginnen und Kollegen Informationsveranstaltungen zum Thema Eingangsstufe abgehalten habe. Und so wird das in vielen anderen Bereichen ebenfalls geschehen sein. Also so ganz aus dem heiteren Himmel sind all diese Gesetzesentwürfe sicher nicht gekommen. Es wird da ein bißchen Eigenverantwortung der Lehrer und auch der Lehrervertreter in diesem Fall eingefordert.

Aber im wesentlichen geht es heute für den Landesgesetzgeber um die Ausführung zur SCHOG-Novelle bzw. zum Pflichtschülerhaltungs-Grundsatzgesetz. Der Anlaß ist klar: Die Schuleingangsphase, die Neuregelung in diesem Bereich. Und, was sich auch aus diesem Bereich ergibt, eine 9. Schulstufe im Bereich der Sonderschulen als Berufsvorbereitungsjahr, um hier keine Lücke entstehen zu lassen. Aber gleichzeitig ist das Gesetz auch die Gelegenheit, Verbesserungen bei Bestehendem anzubringen. Und das ist eindeutig im Bereich der Integration, in der Sekundarstufe 1, sprich für uns als Land wichtig im Bereich der Hauptschulen als Fortführung der Integration im Volksschulbereich getroffen worden.

Und, was bis jetzt an sich niemand bemerkt hat, auch Verbesserungen im Bereich Schulaufwand pro Schüler, oder wie es in Fachkreisen immer so schön heißt, die „Kopfquote“, wo bis jetzt ein anderer Stichtag eher im Bereich des Beginnes des Schuljahres festgesetzt war, wo es aber durch vielfältige Wechsel, zum Beispiel im Bereich der Polytechnischen Schulen oder im Bereich der Sonderschulen oder sonderpädagogischen Zentren sehr oft zu Rückflüssen in der Zeit bis Weihnachten

kommt, daß hier – und diese Initiative ist von St. Pölten ausgegangen und ist durchaus sehr begrüßenswert – der neue Stichtag mit 1. Jänner festgelegt wird, um dem, der im Hauptteil des Schuljahres die finanzielle Belastung zu tragen hat, auch die entsprechenden finanziellen Mittel zukommen zu lassen.

Aber jetzt ein bißchen ins Detail: Daß mit der Schuleingangsphase keine Rückstellung mehr möglich ist von schulpflichtigen und schulfähigen Kindern, das ist schon richtig. Aber, und da muß ich auf meine beiden Vorredner schon noch einmal ein bißchen replizieren, eine Unterstellung mit Sparmaßnahmen im Schuleingangsbereich möchte ich entschieden von seiten der Pädagogik und der Pädagogen zurückweisen. Denn die Gesetzestendenz geht eindeutig in eine andere Richtung. Anscheinend sieht jeder nur das Geld, aber nicht die pädagogische Zielrichtung dahinter. Und auch die Kollegin Rosenkranz hat das meiner Meinung nach in eine andere Richtung interpretiert, als es in Wirklichkeit gemeint ist.

Das Kind zu Hause zu lassen ist die eine Möglichkeit, die in der Vergangenheit vorhanden war. Das Kind in den Kindergarten zurückzustellen, war eine Möglichkeit der Vergangenheit, die es nicht mehr gibt. Aber ist es denn nicht sinnvoller, jetzt in diesem dreijährigen Eingangsbereich, der auch durchaus zu einem zweijährigen werden kann – denn wir wissen ja, daß es verschiedene Entwicklungsschübe bei den Kindern gibt – daß wir gezielt, individuell bei den Kindern fördern, anstatt sie einfach zurück- oder zur Seite zu stellen? Und ihnen so die Chance zu geben, vielleicht mit einem Entwicklungsschub anstelle ein Jahr in der Vorschulklasse oder im Kindergarten zu verbringen, vielleicht doch die Eingangsphase in zwei Jahren zu durchlaufen? Und diesen Kindern damit ein Jahr, ich will nicht sagen Schullaufbahnverlust, aber ein Jahr Gewinn zurückzugeben? Und das muß man im wesentlichen vorne sehen: Diese persönliche, individuelle Zuwendung und Förderung für die Kinder, die es benötigen.

Was wichtig ist in der Praxis, daß die Wahlmöglichkeit gegeben ist zwischen Vorschulklasse oder Vorschulstufe. Wahlmöglichkeit, wo sowohl die Pädagogen die Chance haben, als auch die Eltern ihre Chance haben - keine Verordnung, Autonomie und freie Entscheidung. Und natürlich ist hier auch das Schulforum in diesen Bereich eingebunden. Es wurde auch die Sprengelfrage gelöst, die am Anfang einiges Kopfzerbrechen bereitet hat. Denn wenn man die Vorschulklasse in einer nächstgelegenen Schule besucht, wäre damit ja automatisch eventuell ein Recht entstanden, wenn

man einmal in einer Schule aufgenommen ist, dann die ganze Schulzeit dort „durchzudienen“, wie man das ausdrücken könnte. Das ist aber in den Erläuterungen, im Motivenbericht eindeutig geklärt: Ab der ersten Schulstufe muß das Kind wieder in die eigene Volksschule gehen.

Und nun zur Integration: Meine letzte Rede zur Integration fand statt in der letzten Sitzung im Wiener Landhaus in der Herrengasse. Ich habe mir die damalige Rede herausgesucht und habe damals schon festgestellt, daß die ursprüngliche Formulierung ein Konsens, ein Kompromiß war. Und wie die Praxis seit dem Jahr 1997 - der Beschluß wurde gefaßt am 24. April 1997 - wie die Praxis in der Zwischenzeit gezeigt hat, nicht der allerbeste Kompromiß oder nicht der allerbeste Konsens. Und ich stehe nicht an, das auch zuzugeben. Denn die Praxis hat uns halt einige Beispiele vor Augen geführt, daß wir im Bundesländerreigen nicht im vorderen Bereich zu finden waren, sondern eher eine schlechtere Wertung in diesem Bereich verdient hatten. Aber genau das wurde jetzt verbessert und neu geregelt. Und die Integration ist speziell für meine Bewegung einfach zu wichtig, um in Zukunft noch einmal derartige Kompromisse einzugehen, wie es vor zwei Jahren passiert ist. Und ich stehe nicht an zu sagen, daß das für mich einer der letzten Kompromisse dieser Art war. Denn das Wichtigste ist, und gerade die ländliche Struktur zeigt uns das ja immer wieder deutlich und hält uns vor Augen, daß auch Einzelintegration möglich sein muß, weil einfach in der ländlichen Struktur die Gelegenheit nicht immer gegeben ist, Integrationsklassen zu führen.

Ich weiß nicht, was die Vorredner im Gesetz zu erkennen glauben. Vielleicht sind die Paragraphen ein bißchen durcheinandergerutscht, aber im § 25 (1) steht eindeutig, ab drei Schülern Integrationsklasse und drunter „ist im Regelfall ein zusätzlicher Lehrer einzusetzen“. Also da spüre ich schon wieder irgend welche Unkenrufe. Die Einzelintegration ist etwas ganz Wichtiges für uns. Und was noch wichtiger ist, das wir auch geändert haben, daß jetzt das Schulforum wie in der Vergangenheit beim Abgehen vom Regelfall mitentscheidet, weil sich in der Praxis herausgestellt hat, daß das jahrgangsmäßig überschneidend ist. Und daß Leute entschieden haben, die im nächsten Jahr eigentlich mit der Situation überhaupt nichts mehr zu tun hatten.

Es ist uns bewußt, daß Integration gesetzlicher Rahmenbedingungen bedarf. Aber Faktum, und ich glaube, da sind wir uns alle durch die Bank einig, ist, daß die Gesellschaft erkennen, lernen und vielleicht auch erfahren muß, daß man menschliches Miteinander ohne Vorurteile oder Barrieren, sei es

physischer oder psychischer Voraussetzungen wegen, einfach leben muß. Und ich glaube, das ist das Entscheidende. Integration werden wir in so vielen Bereichen unseres Lebens erleben, erfahren, erkennen. Und wir müssen einfach alle miteinander die Einstellung ein bißchen verändern. Ich glaube, gerade wir sind aufgerufen, hier eine Multiplikatorenfunktion einzunehmen. Und es ist natürlich selbstverständlich auf Grund der ganzen Verbesserungen in den Ausführungen, daß die Sozialdemokraten dieser Novelle ihre Zustimmung geben werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Nowohradsky.

Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn wir heute den Beschluß fassen über die Novelle zum NÖ Pflichtschulgesetz, dann waren sehr viele Beratungen dazu notwendig. Auf Bundesebene im Bereich des Schulorganisationsgesetzes und des Pflichtschulerhaltungsgrundsatzgesetzes und eben auf Landesebene als Ausführungsgesetzgeber das NÖ Pflichtschulgesetz, das heute vor uns liegt.

Und es sind eigentlich in diesem Pflichtschulgesetz alle Schulen betroffen. Angefangen von der Volksschule mit der Schuleingangsphase. Und ich möchte heute das nicht wiederholen, was schon hier gesagt wurde, eben mit dieser Vorschulstufe erste und zweite Klasse und die Grundstufe mit der dritten und vierten Klasse. Dann in der Hauptschule die Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf schon ab einem Schüler. In der Sonderschule die Möglichkeit, die neunte Schulstufe als Berufsvorbereitungsjahr zu führen und in der Polytechnischen Schule die Möglichkeit zum Besuch einer Polytechnischen Schule mit einem ausgesuchten Fachbereich, der nicht an der eigenen Polytechnischen Schule angeboten wird.

Ein weiteres, und das wurde schon von meinem Vorredner auch betont, was ich aber für sehr wichtig halte, ist die Resolution der Landeshauptstadt St. Pölten vom 8. Februar 1999, die in dieses Gesetz ebenfalls mit eingeflossen ist. Und zwar, daß der Schulaufwand nicht zu Schulbeginn festgelegt wird auf Grund der Schülerzahlen zu Schulbeginn, sondern erst mit 1. Jänner. Bis Weihnachten ist ja oft ein großer Wechsel. Und das halte ich auch als Gemeindevertreter für sehr sinnvoll und sehr praktisch.

Die kurz erwähnten Änderungen in der Polytechnischen Schule und in der Sonderschule zeigen keine allzu großen Auswirkungen. Dagegen wird die Neuregelung der Integration in der Hauptschule sehr wohl sehr viele Schulen betreffen. Meiner Meinung nach muß man hier sehr behutsam vorgehen. Und ich habe damals schon beim zitierten Beschluß zum NÖ Pflichtschulgesetz ein bißchen auch auf die Situation der Sonderschulen hingewiesen, die auch hier immer wiederum in Betracht gezogen werden muß. Denn eines muß uns klar sein: Dort wird sehr gute und sehr verantwortungsvolle Arbeit geleistet. In diesem Bereich sind Profis am Werk. Wir dürfen uns nicht immer nur auf die Integration verlassen. Aber wenn sie gegeben ist, dann sollen wir sie auch nützen.

Die größten Auswirkungen wird es im Volksschulbereich geben. Ab dem neuen Schuljahr 1999/2000 wird es eben, wie erwähnt, keine Rückstellung in den Kindergarten mehr geben. Alle Schüler, die schulpflichtig sind, sind in die Schule aufzunehmen. In Niederösterreich rechnet man damit, daß zirka 1.800 Schülerinnen und Schüler davon betroffen sind. Um jetzt auch vielleicht auf die Situation einzugehen: Ich glaube, es sind sehr viele und umfangreiche Vorarbeiten zu leisten. Die Vorarbeiten betreffen vor allem die Eltern, die Kinder und natürlich auch die Lehrer. Es ist zunächst einmal Kontakt mit den Schulerhaltern zu pflegen, in welcher Weise sollen hier Unterrichtsmaterialien angeschafft werden für den differenzierten Unterricht in diesen Bereichen. Dann Planungsgespräche mit der Schulaufsicht, wie wird es weitergehen mit Personal. Es ist ja nicht Willkür, daß man sagt, wir wollen hier kein zusätzliches Personal einstellen, sondern wir wissen alle ganz genau, auch das Budget des Unterrichtsressorts ist immer wiederum begrenzt. Und natürlich auch – und das halte ich für eine der wichtigsten Dinge überhaupt – die Aufklärung der Eltern. Das Modell wird meiner Meinung nach nur dann funktionieren, wenn die Unterstützung der Eltern vorhanden ist. Die Eltern müssen bereit sein, das Kind nicht unter Druck zu setzen und dem Kind eben nötigenfalls drei Jahre Zeit zu lassen, um die Grundstufe 1 zu besuchen.

Die Vorbereitung der Lehrer auf die Arbeit mit Vorschülern: Es soll zu keiner Überfrachtung des Grundschullernstoffes kommen, nur damit man sagt, wir nehmen die Kinder ohnehin mit in diesen Bereich. Ziel soll es sicher nicht sein, alle an den selben Standard heranzuführen. Das wird nicht möglich sein und würde hier ein Mittelmaß schaffen.

Das sind nur einige Punkte, mit denen die Novelle zum NÖ Pflichtschulgesetz die Betroffenen, also Kinder, Eltern und Lehrer zu Schulbeginn konfrontiert. An all diese Herausforderungen muß mit einer positiven Erwartungshaltung herangegangen werden und müssen die Betroffenen daher auch von uns allen, von der Gesellschaft unterstützt werden.

Aber neben diesen Neuerungen möchte ich die Möglichkeit auch nutzen, wir haben ja nicht immer eine Schuldebatte, wo Pflichtschulgesetze und Schulgesetze beschlossen werden, um auch andere Gedanken hier einzubringen. Es muß klar sein, daß, wenn es Neuerungen gibt, sich auch im Bereich der Lehrerfortbildung etwas tun muß. Auf der einen Seite opfern sehr viele Lehrer ihre Freizeit, ich denke da zum Beispiel nur an die Lehrerarbeitsgemeinschaften, um eben Fortbildung zu betreiben. An unsere Schule kommen zirka zwei bis drei Einladungen jede Woche, um an derartigen Lehrerarbeitsgemeinschaften in der Freizeit teilzunehmen. Auf der anderen Seite gibt es die Sommerkurse des Pädagogischen Institutes. Ich habe mir heute die Zahlen geben lassen. Es werden insgesamt in diesem Freizeitbereich zirka 48.000 Lehrer die Kurse besuchen. Man muß sich die Zahl vorstellen, 48.000 Lehrer! Und ich glaube, das ist eine gewaltige Sache. Und wie gesagt, hauptsächlich in der Freizeit. Aber ich bin auch froh, daß die Frau Bundesminister das auch thematisiert hat, die Zukunft der Ausbildung an Pädagogischen Hochschulen. Auch wenn die derzeitige Ausbildung an Pädagogischen Akademien sehr gut ist, so muß es Ziel sein, eine EU-konforme Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer an einer Pädagogischen Hochschule mit einem Diplomabschluß zu erreichen.

Bei vielen Entwicklungen in einer Gesellschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommt es immer wiederum – und diesen Eindruck habe ich – zu einer Pendelbewegung: Von einem Extrem ins andere. Das konnten wir im Bereich der Erziehung in den letzten Jahren auch feststellen. Die Schule nahm in der Vergangenheit immer mehr die Rolle des Haupterziehers ein. Gab es Mängel in der Gesellschaft, dann war der Ruf sehr laut, das muß die Schule ändern. Wenn ich da nur an geringfügige Dinge denke, wie einmal die Österreicher nicht gut Fußball gespielt haben, hat man den Schulfußball eingeführt. Eine ganz gute Sache an und für sich. Wie es in manch anderen Bereichen nicht gegangen ist, hat man den Sexkoffer an den Schulen gehabt und derartige Dinge. Aber ich glaube, um wiederum zu der Sache zu kommen, die Schule darf nicht zum Reparaturbetrieb für alle Defizite der Gesellschaft werden. In einer immer komplexer werdenden Welt darf man auch auf die

Vermittlung von Werten nicht vergessen. Denn Schule ist mehr als Unterricht. Daher habe ich das hysterische Geschrei einiger Sozialutopisten nicht verstanden, als die Frau Unterrichtsminister feststellte, die Lehrer brauchen wieder Erziehungsmittel. Vom Unterricht mit dem Strafstock und bis hin zur Prügelstrafe wurde argumentiert und man wollte gar nicht einmal den Inhalt dieser Aussage, dieser Botschaft hören. Nämlich die Schüler zu mehr Verantwortlichkeit für ihr Tun zu erziehen.

Oder soll man zusehen, wie Rücksichtslosigkeit gegenüber Mitschülern überhand nimmt? Soll man zusehen, wie manche Schüler – sicherlich nicht sehr viele – einander Hab und Gut hier aneignen und eben kaputt machen? Das sind Tatsachen, denen wir uns im Schulalltag immer wieder stellen müssen. Wer das negiert und verdrängt, der gehört in die Kategorie der Sozialromantiker. Gefühle sollten in Zusammenarbeit mit dem Elternhaus zu mehr Verantwortung hingeleitet werden. Daher halte ich es für richtig, daß die Frau Unterrichtsminister hier eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat gemeinsam mit den Eltern und mit Experten, um eben Erziehungsmöglichkeiten hier wiederum sinnvoll zu erarbeiten. Heinz Zangerle, ein Kinderpsychologe, ein Psychotherapeut sowie ein Lehrbeauftragter an der Pädagogischen Akademie in Innsbruck hat in einem Artikel dazu gemeint, ich möchte hier einige Sätze daraus vorlesen: „Auffallend ist, daß der Ruf nach den alten Tugenden nicht einmal so sehr von der älteren Generation kommt, sondern sich vermehrt die Jüngeren nach strengerer Erziehung sehnen. Aber nicht um mehr Härte mit Rohrstock und Unterdrückung geht es, zunehmend scheinen Ordnung und festgefügte Werte wieder gefragt. Dies geht aus einer Befragung des Linzer Market Institutes vom Dezember 1997 hervor. Zwei Drittel der Befragten meinen, daß Kinder heute zu freizügig erzogen werden, fast die Hälfte der jüngeren Befragten, die ihre eigene Erziehung erst kurz hinter sich haben, befürworten mehr Strenge. Nur drei Prozent glauben, daß zu streng erzogen würde.“ Und niemand anderer als der deutsche Bundespräsident Herzog hat in einer aufsehenerregenden Rede gemeint: „Weil es im Leben ohne Anstrengung nicht geht, brauche man nicht ‚Kuschelecken‘, aus denen die Noten verbannt werden, sondern effiziente Bildungseinrichtungen.“ Statt gewähren zu lassen plädiert Herzog für die Vermittlung von Tugenden wie Verlässlichkeit, Pünktlichkeit und Disziplin. Vor allem aber Respekt vor dem Nächsten und die Fähigkeit zur menschlichen Zuwendung. Ich weiß nicht, was daran in der heutigen Gesellschaft schlecht sein sollte. Aber wie gesagt, man soll diesen Pendelschlag immer wiederum mehr in der Mitte halten um nicht von einem Extrem ins andere zu fallen.

Ich komme zum Schluß und möchte nur erwähnen, daß gerade beim Beschluß von Schulgesetzen es erlaubt sein muß, sich auch einige Gedanken zu machen und Gedanken mit einzubringen, die zunächst nicht direkt mit dem Gesetz zu tun haben, aber zu einer positiven Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen eventuell beitragen können. Ich danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und LR Votruba.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Frau Landesrat Votruba.

LR VOTRUBA (SPÖ): Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren!

Die Grundsatzgesetzgebung gibt uns im Schulbereich natürlich auch Vorgaben, die wir einhalten müssen und die wir auch umsetzen müssen. Und mit der heutigen Novelle tun wir das. Ich möchte mich bei all jenen bedanken, die diese umfangreiche Diskussion zur Umsetzung der Grundsatzgesetzgebung und damit dann auch diese Diskussion zum Wohle für unser Bundesland gepflegt haben. Es war für uns selbstverständlich, daß wir jene Verbesserungen in diesem Pflichtschulgesetz mit vornehmen, wo Handlungsbedarf besteht. Wir haben in Niederösterreich im Bereich der Integration, glaube ich, eine Vorreiterrolle über unser Bundesland hinaus. Dort, wo wir im Kindergarten begonnen haben. Und ich bin sehr zuversichtlich, daß uns mit diesem Start im Kindergarten jetzt über die Schule, Grundschule Stufe 1 und 2 hinaus, daß es uns gelingt, jene Gesellschaftsveränderung durchzubringen und dieses selbstverständliche Miteinander in unserer Gesellschaft umzusetzen.

Ich darf mich nochmals herzlich bedanken bei jenen, die hier mitgearbeitet haben, daß wir doch einen sehr wesentlichen Schritt wieder weiter kommen. Es wird sicherlich nicht der letzte Schritt sein zu dem Ziel, das wir anstreben, aber es ist doch wieder ein wesentlicher Schritt. Und ich möchte auch meinen, daß wir mit der Beschlußfassung heute, im April, zeitgerecht vor Schulbeginn des neuen Schuljahres, diese Novelle zum NÖ Pflichtschulgesetz so zeitgerecht beschließen, daß auch Zeit besteht, die Vorbereitungen für das neue Schuljahr nach dieser neuen gesetzlichen Grundlage zu treffen. Nochmals herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Werte Abgeordnete! Die Rednerliste ist erschöpft. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort?

Berichterstatter Abg. JAHRMANN (SPÖ): Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Somit kommen wir zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Schul-Ausschusses:)* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ und Abg. Gratzner; Ablehnung FPÖ, Grüne.)*

Ich ersuche nun Frau Abgeordnete Egerer, die Verhandlungen zu Ltg. 240/B-35/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. EGERER (ÖVP): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich berichte über das NÖ Sportgesetz - Sportbericht 1998.

Der NÖ Sportbericht beinhaltet die Aktivitäten des Sportes und zeigt die Vielseitigkeit, welche am sportlichen Sektor in Niederösterreich angeboten wird. Im Sinne dieses Gesetzesauftrages wurde für das Jahr 1998 ein Sportbericht erstellt, der neben dem Sporthandbuch auch die erteilten Förderungen enthält. Der Förderbericht enthält jene Projekte, die mit einem Beitrag des Landes Niederösterreich ab 50.000,- Schilling gefördert wurden. Ich stelle daher den Antrag *(liest:)*

„Antrag des Kultur-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz – Sportbericht 1998.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Sportbericht 1998 wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte die Frau Präsidentin, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Herzlichen Dank für diesen Bericht. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN (Grüne): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sport hat immer zwei Komponenten. Spitzensport auf der einen Seite. Spitzensport hat Vorbildwirkung auf die Menschen. Spitzensport wird extrem durch die Medien transportiert. Spitzensport ist ein enormer Wirtschaftsfaktor. Auf der anderen Seite Breitensport, Betätigung der Menschen. Das geht hinunter bis zu den Grenzbereichen, wo man vor der Frage steht, ist das jetzt Sport, was jemand

macht. Ist das Freizeitbeschäftigung? Wie ordnet man das am besten ein?

Die Palette ist also vielfältig. Ich darf beim Spitzensport beginnen und stehe gar nicht an zu sagen, daß Niederösterreich da durchaus auf eine sehr sehr erfolgreiche Saison, wenn man das so bezeichnen kann, zurückblickt. Man braucht da gar nicht näher auf die Erfolge der Niederösterreicherin Michaela Dorfmeister einzugehen. Ich erwähne das eigentlich nur deshalb, weil Sportpolitik auch sein kann, eine Anfrage zu stellen bezüglich eines Inse-rates, mit dem der Herr Landeshauptmann der Michaela Dorfmeister gratuliert hat. Und das ist doch ein wenig Papier und Druckerschwärze wert, sich zu fragen, warum der Landeshauptmann das wohl machen würde.

Es gibt aber, und das scheint mir vielleicht nebst all diesen Medienrummel, den es um die Ski-WM gegeben hat, viel bedeutender zu sein, eine Reihe anderer Sportarten, die nicht so im Rampenlicht stehen, die aber genauso unsere Beachtung finden sollten. Ich erinnere etwa an die Erfolge der Klosterneuburger Damenbasketballmannschaft. Oder vielleicht international noch bedeutender die Erfolge der Mödlinger Florettfechter, die bei Europameisterschaften im Europacup und im Weltcup ganz ganz hervorragende Erfolge errungen haben. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Es gäbe natürlich vieles. Es geht hinunter - hinunter ist falsch gesagt - es geht natürlich bis zu den Erfolgen im Versehrtsport, die auch vielleicht noch mehr als alles andere unsere Beachtung verdienen. Und die vielleicht in dem ganzen großen Medienkonzert rund um den Spitzensport zu kurz kommen. Was ich eigentlich schade finde.

Unterstützung ist natürlich im Spitzensport notwendig. Man muß sich allerdings fragen, ob die Sportförderung an und für sich größtenteils den Spitzensport aus ihrem Budget unterstützen sollte. In Niederösterreich ist der Spitzensport ohnedies größtenteils nicht aus der Sportförderung gefördert. Dennoch möchte ich schon die eine oder andere Anmerkung machen. Ich vergleiche etwa jetzt die Mannschaftsförderung in der NÖ Sportförderung, die etwa zwischen Hypo Südstadt und Tecto Klosterneuburg doch im Verhältnis 3:1 ausfällt. Nun will ich in keinster Weise die Erfolge von Hypo Südstadt schmälern, auch im internationalen Vergleich, trotz der Erfolge beispielsweise von Klosterneuburg gegen Kiew oder gegen Mailand. Im internationalen Vergleich hat natürlich Hypo Südstadt die Nase vorn. Auch auf Grund seiner langen, langen international äußerst erfolgreichen Tradition. Aber man sollte sich ja fragen dürfen, ob es nicht vielleicht auch sinnvoll wäre, eine aufsteigende Mannschaft

stärker zu fördern. Weil es ja hier darum geht, einmal erst in diesen Rang zu kommen, den Hypo schon seit Jahren einnimmt. Das wäre eventuell eine Überlegung wert. Insbesondere angesichts auch jetzt wieder ganz aktueller Medienberichte über die Kostspieligkeit solcher internationaler Bewerbe. Und daß sich etwa der Gegner der Klosterneuburger, die Welser, nur weil sie im Finale verloren haben, vor große finanzielle Probleme gestellt sieht. Auch wenn man die Zuwendungen etwa an den Fechtsport mit anderen Sportarten vergleicht, so fällt auf, daß es hier doch vielleicht das eine oder andere Mißverhältnis zu bereinigen gilt.

Spitzensport hat immer zu tun auch mit Großveranstaltungen. Das ist ganz klar. Das ist auch notwendig. Das ist auch vertretbar. Ich erinnere an das St. Pöltener Turnier, ich erinnere an die Semmering-Veranstaltung. Ich möchte bei der Semmering-Veranstaltung, beim Weltcuprennen jedoch anmerken, hier ist so ein Fall, wo man sagen müßte, der Großteil oder eigentlich das Ganze ist hier eine Frage der Tourismusförderung. Das ist ein Wirtschaftsfaktor, diese Veranstaltung, das ist ganz klar. Die Frau Landeshauptmannstellvertreter hat das im Vorjahr als Starhilfe bezeichnet, daß man das Semmering-Rennen aus der Sportförderung gefördert hat. Nunmehr sehe ich wieder eine halbe Million dafür enthalten. Man könnte sich fragen, ob man nicht diese halbe Million vielleicht auch noch ins Tourismusbudget oder ins Wirtschaftsbudget „hinüberschupfen“ könnte und diese halbe Million dann nicht auch vielleicht für kleinere Vereine zur Verfügung stellen sollte. Wie wohl ich natürlich auf der anderen Seite meine, es braucht natürlich auch eine Großveranstaltung wie das Weltcup-Rennen irgendwo Zuwendungen der öffentlichen Hand, als Investition gesehen, die durchaus sinnvoll sein kann. Über den Semmering an und für sich werden wir dann beim Tourismusbericht ohnedies noch diskutieren können.

Somit komme ich schon zum Breitensport. Hier ist die Vielfalt sehr sehr groß. Hier wird auch viel getan, das wollen wir gar nicht wegreden. Hier gibt es eine Unzahl von immer neuen Sportarten, von modernen Sportarten, von Jugendsportarten, die zu fördern es sich lohnt. Auffällig ist jedoch eines: Daß es doch gelegentlich vorkommt, daß einige Vereine gleichzeitig oder sozusagen zwei Förderungen auf einmal bekommen. Ich sehe zum Beispiel einen Union-Sportverein, der für Tribüne und Geräteraum einmal 300.000,- und einmal 100.000,- Schilling bekommt. Ich stehe nicht an zu sagen, daß ich da einen Hinweis aufgreife, den im Vorjahr schon der Herr Kollege Kautz gegeben hat und ähnlich argumentiert hat, womit über den Namen jener Gemeinde, um die es da geht, auch einiges gesagt ist.

Das Gesamtbudget im NÖ Sportbericht betrifft nicht ganz 90 Millionen. Das ist durchaus eine respektable Summe. Auch dazu kann man stehen. Ob man jedoch wirklich dazu stehen sollte, daß gleichzeitig mehr als das Doppelte für ein Fußballstadion ausgegeben werden soll, bevor man weiß, ob die Europameisterschaft, die dort ausgetragen werden soll, überhaupt stattfindet, das wage ich neuerlich zumindest zur Diskussion zu stellen. Und ich fühle mich auch nicht alleine, wenn ich diesen Diskussionsbedarf anmelde.

Die Präsentation, was dieses Stadion betrifft, war gut. Die Fragen, um die es hier geht, liegen natürlich auch beim ungarischen Partner, der einige Projekte eingereicht hat, die eben nicht so angekommen sind. Jedenfalls ist die Durchführung der Europameisterschaft durchaus fraglich. Und so ist es auch nicht verwunderlich, daß St. Pölten, die Gemeinde St. Pölten und der St. Pöltener Bürgermeister eben auch Diskussionsbedarf anmelden. Und ich glaube, es ist sinnvoll, sich diese Fragen jetzt zu stellen und nicht dann, wenn es vielleicht keinen Sinn mehr hat.

Abschließend darf ich etwas aufgreifen, was Sie mir vielleicht als Steckenpferd andichten könnten. Ich halte es dennoch für wesentlich. Der Landessportrat ist - typisch österreichisch - nach dem NÖ Parteienproporz zusammengesetzt. Eine Nebenbemerkung dabei. Es ist immer noch vertreten der Landtagsabgeordnete Mautner Markhof, was nicht ganz stimmen kann. Aber ich glaube, das ist nur ein Tipp- oder Formalfehler. Dennoch, man hat mir im Vorjahr vorgeworfen, ich würde damit die Demokratie wegreden wollen oder es wäre undemokratisch, das anzugreifen oder vielmehr aufzugreifen. Das ist es nicht! Es geht nicht um Demokratie. Es geht nicht darum, daß die Parteien der wesentliche Faktor unserer Demokratie sind und daß sie gut sind, daß wir sie brauchen. Es geht auch nicht darum, ob jemand Parteienförderung annimmt oder nicht. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Die Demokratie kostet etwas, das ist schon klar. Aber es ist unter Umständen gar nicht notwendig, daß Parteien überall drinnen sein sollen, wo es um Beratungstätigkeit geht. Und zwar insbesondere nicht in dem Verhältnis, in dem sie in irgend einem politischen Gremium vertreten sind. Da ist es vielleicht sinnvoller zu sagen, es geht um Fachmeinungen als um politische Meinungen. Der Proporz hat durchaus seine historische Bedeutung. In seiner heutigen Ausformung, so meine ich, ist er aber nicht mehr zeitgemäß. Ich glaube, in dieser Form ist er sogar unnötig oder, um es sportlich zu sagen, vielleicht sogar unsportlich. An und für sich, denke ich mir, könnten wir den Sportbericht durchaus zur

Kenntnis nehmen. Diese Anmerkungen wie ich sie jetzt Ihnen vorgebracht habe, halte ich aber doch durchaus für wichtig. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich spreche auch zum Sportbericht 1998. Möchte vorwegschicken, daß wir diesen Bericht auch zur Kenntnis nehmen. Möchte hier auch positiv anmerken, daß in diesem Land sehr viel geschieht für den Sport. Ich muß das hervorheben, habe mir einige Punkte auch herausgenommen, speziell die NÖ Topsportaktion. Wenn man sich das Bücherl, das dabei ist, anschaut, wie viele Staatsmeister, Europameister, aber auch Weltmeister aus Niederösterreich kommen, dann können wir als NÖ Politiker, glaube ich, auch ein bißchen stolz darauf sein. Und auch wenn man den Sportbericht genau liest, die Investitionen beim Sportstättenbau sind in diesem Land enorm. Wir bekennen uns auch dazu. Und, Herr Kollege Fasan, ich persönlich bin froh, daß es diesen Landessportrat gibt. Es war nämlich nicht immer so. Und das ist halt so in der Demokratie: Wenn man eine gewisse Stärke hat, dann ist man auch dabei. Und ich muß auch sagen, daß in diesem Landessportrat die Vorbereitungen hervorragend sind und daß auch eigentlich immer alles einstimmig über die Bühne geht.

Ich möchte aber diesen Sportbericht zum Anlaß nehmen, um über die Nachwuchsarbeit im Sport zu reden. Weil ich glaube, hier fehlt es noch. Wenn man sich das anschaut, wir haben internationale Spitzenmannschaften. Ich nehme hier eine her, die oft meine Kritik hervorgerufen hat, die Hypo Damenmannschaft. Hier haben wir eine Mannschaft, die europaweit Spitze ist. Nur, wo kommt der Nachwuchs her? Es gibt zwei Philosophien. Man setzt auf den eigenen Nachwuchs, schafft den Sprung an die Spitze vielleicht nicht so schnell, oder man bürgert eben ein. Ich glaube, daß die erste, daß wir mit gezielter Nachwuchsarbeit dorthin kommen, die bessere wäre. Und wenn man sich das anschaut, auch hier in St. Pölten, - als begeisterter Fußballplatzgeher, ich schaue mir den FCN gerne an, in letzter Zeit nicht so gerne - hier ist auch eine Mannschaft zusammengekauft worden, wo dem Besucher, dem St. Pöltener der Bezug zur Mannschaft fehlt. Wo Beträge für Spieler bezahlt werden, die kolportiert werden, ich sage, wenn man das in die Nachwuchsarbeit stecken würde, dann wäre dem Sport viel gedient.

Ich möchte von hier auch wieder einmal meine Forderung wiederholen, wir haben das sogar einmal einstimmig als Resolution beschlossen. Ich weiß schon, daß hier der ÖFB, alle mitspielen müssen, daß das Bundesnachwuchszentrum in dieser Landeshauptstadt wieder auflebt. Frau Landeshauptmann, ich weiß genau, in Ihnen habe ich eine Verbündete. Ich möchte es trotzdem gesagt haben. Und es sitzen ja auch von den Sozialdemokraten Sportpolitiker da. Es wäre, glaube ich, wirklich wichtig, daß auch von der Stadt der entsprechende Druck kommt. Weil es kann nicht nur so sein, daß das Land Druck macht, aber die Stadt sich eigentlich relativ wenig bemüht. Man will zwar ein Stadion bauen, wie der Kollege Fasan gesagt hat. Ich bekenne ich mich auch dazu. Ich glaube, diese Landeshauptstadt braucht dieses Stadion. Aber was haben wir davon, wenn wir dieses Stadion nie füllen können? Wenn wir es vielleicht einmal anfüllen bei der Europameisterschaft?

Weiter zur Nachwuchsarbeit: Ich glaube, der Anlaßfall, daß über diese Nachwuchsarbeit so viel diskutiert wurde, war ein Fußballergebnis, das zwar jetzt ein bißchen kompensiert worden ist. Es war das 0:9 unserer Fußballer gegen Spanien. Und da haben sämtliche Experten, die wir früher nicht gehört haben, haben gesagt, das liegt bei uns an der Nachwuchsarbeit. Das Beispiel Holland, Ajax Amsterdam, wer sich diese Modelle anschaut, es geht aber auch im Basketball, im Handball, überall, wo gezielt Schulen gemacht werden, wo wirklich die Talente geholt werden und dann leistungsorientiert trainiert werden, wo man sieht, wie breit die Palette wird, zeigt uns, daß das auch in einem kleinen Land wie in Österreich möglich wäre. Diese Nachwuchsarbeit ist auch wichtig für die Gesundheit unserer Jugend und unserer Kinder. Wir haben zu Beginn der Sitzung eine Drogendebatte abgeführt. Und gerade der Sport, glaube ich, ist eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, daß man unserer Jugend wirklich etwas bietet. Ich habe ein positives Beispiel auch hier aus St. Pölten, das sind die Karatekämpfer in St. Pölten. Der Professor Kellner und sein Team haben hier wirklich Vorbildwirkung. Dazu muß man auch sagen, die Landeshauptstadt St. Pölten unterstützt das auch sehr stark. Und wenn man mit Nachwuchsarbeit gezielt arbeitet, dann sieht man auch, wie weit man kommen kann. Dann hat diese Karatemannschaft hervorragende Erfolge. Wir haben mehrere Weltmeister, Europameister schon aus St. Pölten zusammengebracht. Und diese Karatetruppe, so möchte ich sie eigentlich bezeichnen, ist international anerkannt. Eben durch gezielte Nachwuchsarbeit. Bei den kleinen Vereinen funktioniert das meistens auch noch.

Wenn man sich das anschaut bei den unterklassigen Vereinen, hier ist wirklich die Zusammenarbeit zwischen Funktionären, den Eltern der Kinder. Und diese Funktionäre tragen auch die Hauptlast. Das muß man wirklich sagen. Ich stehe auch nicht an, hier mich zu bedanken. Weil ich weiß, was das bedeutet, wenn man die Kinder immer dort hinführt zu den Nachwuchsspielen. Die ehrenamtlichen Trainer erfüllen hier auch eine wichtige Aufgabe. Das sehe ich nicht ganz so, wie das auch kolportiert wurde, daß hier schlechte Trainer am Werk sind. Ich glaube, wir haben eine gute Trainerausbildung. Daß natürlich für die ganzen Jugendmannschaft usw. wir nicht diese Fülle an Trainern haben, ist meines Erachtens auch ein finanzielles Problem. Diese Leute alle auszubilden wäre sicher zu teuer. Trotzdem sollten wir hier ansetzen. Und ich glaube, wir können auch gemeinsam von hier aus etwas machen für diese Nachwuchsarbeit. Man muß umdenken über die Sportförderung. Ich bringe deshalb einen Resolutionsantrag ein (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Marchat und Schimanek zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz – Sportbericht 1998, Ltg. 240/B-35/1, betreffend Förderung der Nachwuchsarbeit im Sport durch das Bundesland Niederösterreich.

Laut Sportbericht ist für die Höhe der Förderung von Mannschaftssportarten in der jeweiligen Spielsaison die Leistung der Vorsaison ausschlaggebend. Um den Breitensport entsprechend seinem gesellschaftlichen und gesundheitspolitischen Wert verstärkt zu fördern, ist es notwendig, auch die von den Vereinen geleistete – nicht hoch genug zu bewertende – Nachwuchsarbeit in den Förderungskriterien zu berücksichtigen. Demnach sollte nicht nur der Erfolg eines Vereines bei Wettkämpfen oder in Spielklassen, sondern auch die Leistung in der Nachwuchsarbeit in qualitativer und quantitativer Hinsicht mittels öffentlicher Zuwendungen des Landes Niederösterreich honoriert werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die Förderungsrichtlinien für die Sportförderung dahingehend zu modifizieren, daß die Aufwendungen der Vereine für die geleistete Nachwuchsarbeit entsprechend ihres Erfolges in qualitativer und quantitativer Hinsicht gefördert werden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, das ist der richtige Ansatz. Wir haben ein gutes System, daß ich sage, erfolgreiche Vereine sollen auch mehr bekommen. Ich bekenne mich auch dazu. Aber es sollte ein zweites Kriterium geben, wie viele Nachwuchsmannschaften gibt es? Was wird dort investiert? Was macht man für die Trainer? Und hier müßte ein Kriterienkatalog erstellt werden. Ich glaube auch, daß es zu finanzieren ist. Man müßte im Budget Umschichtungen vornehmen. Aber es muß uns die Gesundheit unserer Kinder das wert sein.

Ich möchte auch nicht verhehlen, daß ich weiß, daß ein ähnlich lautender Antrag von ÖVP und SPÖ kommt. Wir halten unseren Antrag aufrecht, weil ich glaube, daß der andere etwas abgeschwächt ist. Wir werden aber auch dem zustimmen. Weil wenn ich das erreicht habe, daß die Debatte darüber geführt wird, daß wir uns alle dazu bekennen – um Antragstexte können wir streiten – dann haben wir viel erreicht. Und ich glaube, das sollten wir gemeinsam machen. Es ist auch wirklich da nicht angebracht, parteipolitisch zu agieren. Es geht, glaube ich, einfach um zu viel. Und wie gesagt, Sie werden auch bei diesem Antrag unsere Unterstützung finden. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich bin fast überrascht, den Kollegen Marchat zum Sport so reden zu hören. Ich kann mich erinnern, es hat einen anderen Marchat auch schon gegeben. Ist heute vielleicht Dein Bruder gekommen? Aber es ist vernünftig, wenn man den Sport außer Streit stellt und wirklich für die Sache arbeitet und nicht parteipolitisch.

Ich darf beim Kollegen Mag. Fasan vielleicht eine Anmerkung hinzufügen. Wir sind, glaube ich, einer Meinung, was das Stadion in St. Pölten betrifft, beim Ausbau für die EM. Aber das jetzige Stadion ist sicher auch nicht bundesligawürdig. Das heißt, man muß den Ausbau forcieren, die erste Stufe, egal, ob Bundesliga, erste Division oder max. Bundesliga, das jetzige Stadion ist weder für das eine, noch für das andere repräsentativ und groß genug, wenn der Zuschauerandrang da ist. Und das zweite: Wenn die Europameisterschaft kommt, dann bin ich sicher, ist der richtige Ausbau notwendig. Und ich glaube, ich habe vergangenes Jahr das Beispiel Graz genannt. Gestern wurde es uns präsentiert. Nur 15.000 Zuschauer konnten in das Stadion, obwohl sicherlich nicht alles angetan

war und gerechnet werden konnte, daß ein Massenandrang nach diesem Spanienspiel in Graz sein wird. Aber selbst dafür war das Stadion zu klein.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Sportbericht gibt Information und Transparenz. Transparenz in vielen Sachen, in vielen Bereichen. Und ich glaube, man soll nicht nur über die richtige Höhe diskutieren, da kann man immer diskutieren, ob der Sportverein A zu viel bekommen hat und der Sportverein B zu wenig. Ich glaube, darum geht es nicht. Zufriedene Menschen wird es nie geben, hundertprozentig zufriedene. Aber es muß uns genügen, wenn wir die Funktionäre so weit unterstützen können, daß sie weiter arbeiten. Und ich glaube, gewisse Richtlinien sind ja vorhanden, daß man hier unter Umständen noch ein bißchen weiter gehen muß, um noch mehr Transparenz zu schaffen, um noch mehr Durchblick zu bekommen.

Ich weiß schon, wir haben zum Beispiel bei den Volleyballplätzen 20.000,- Schilling. Und da gibt es die eine Gemeinde, die bekommt 30.000,- Schilling, weil sie einen Allzweckplatz macht. Der Allzweckplatz ist nichts anderes als ein Platz mit einem Bankerl dazu. All das gibt es. Das Bankerl dazu, Frau Landeshauptmannstellvertreter, ich kenne so einen Platz. Natürlich kann man das auch fördern. Nur sollte man dazu schreiben nicht nur Beach-Volleyballplatz sondern auch das andere. Das stört ein bißchen die Durchsichtigkeit. Aber es ist korrekt abgegangen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich habe voriges Jahr hier einen Antrag eingebracht, die sportärztliche Untersuchung betreffend. Das liegt mir sehr am Herzen, funktioniert leider noch immer nicht so. Aber schuld ist nicht das Land, sondern manche Vereine, Verbände, glauben, daß das Geld wichtiger wäre als die sportärztliche Untersuchung. Sie sagen, das können wir uns nicht vorstellen, das können wir nicht vorschreiben. Erst dann, wenn etwas passiert, werden sie wieder munter. Und dann werden sie sagen, na hätten wir doch mehr sportärztliche Untersuchungen durchgeführt. Es zeigt sich aber trotzdem, daß unser Antrag Wirkung gezeigt hat, denn die Zahlen sind ansteigend.

Damit, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich mich mit dem Breitensport ein bißchen beschäftigen. Sport sollte eine breite Basis haben, um auch anerkannt, noch mehr anerkannt zu werden. TV-Übertragungen sind gut, sie können das Stimmungsbarometer nach jeder Seite ausschlagen lassen und sie können die Information beeinflussen. Sport ist medienwirksam. Meine Damen und Herren! Ich meine aber nicht diese Basis.

Ich meine die Basis in den Gemeinden. Und was meine ich damit und warum meine ich es? Auf Grund der NÖ Gemeindeordnung gibt es geschäftsführende Gemeinderäte und man hat die Möglichkeit, Ausschüsse zu bilden. Nur, wo werden Ausschüsse gebildet? In großen Städten wird ein Ausschuß zur Vorbereitung der Gemeinderatsitzung gebildet. Und da gibt es zum Beispiel auch einen Sport-Ausschuß. Da können alle Fraktionen, die dort die nötige Stärke haben beschließend, beratend oder als Zuhörer dabei sein. Und damit auf der breiten Basis des Sportes mit informiert werden, was in der Gemeinde am Sportsektor passiert. Denn sonst wird ja meistens nur dann in der Gemeinde über Sport gesprochen, wenn es gute Ergebnisse gibt, Meisterschaften etc. Oder man muß etwas bauen, erneuern oder neu bauen. Ansonsten läuft in der Gemeindestube der Sport irgendwo nebenbei. Daher glaube ich, müßte hier eine Basis geschaffen werden, daß auch diesbezüglich der Sport in die Breite geht, um mehr Anerkennung zu finden. Um zum Beispiel auch der sportärztlichen Untersuchung mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Ich meine daher, daß es notwendig wäre, einen Sport-Ausschuß in den Gemeinden fix zu installieren. In den großen Gemeinden gibt es ihn. Der kann natürlich in den kleinen Gemeinden zum Beispiel zum Schul-Ausschuß dazukommen, Sport und Schule, weil dafür gibt es automatisch einen Ausschuß. Oder man schafft einen obligatorischen Ausschuß für Sport. Denn dann hätten die Kommunalpolitiker auf alle Fälle die Möglichkeit, mit Sportfunktionären mehr in Kontakt zu treten. Oder man schafft einen Sportstammtisch als losen Zusammenhang. Ich glaube nur, daß zwischen Gemeinde und Sport, speziell in den Sportvereinen mehr Bindung da sein müßte, um etwa auch für Kleinigkeiten, bei der Anschaffung und Erneuerung dann mehr Verständnis zu haben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf mich auch mit einem heißen Thema beschäftigen, das Sie nicht unterschätzen sollten. Wenn wir heute rund 90 Millionen Schilling an Sportförderung vergeben, so wissen wir aber auch, daß über Lotto/Toto viel Geld an die Vereine weitergegeben wird. Und dieses Lotto/Toto-Geld wird indirekt angeknabbert. Da gibt es Menschen wie Stronach und Gassner, die natürlich auf ihre Gewinne schauen, die natürlich Wirtschaftsmenschen sind, und die natürlich einen Sportkanal und einen Wettkanal im Fernsehen haben wollen. Und jene, die dann das Geld aus diesem Wettkanal beziehen, heißen Stronach und Gassner, und vielleicht noch

die max.Bundesliga und vielleicht noch die 1. Division. Aber dann ist Sense.

Das heißt, auf der einen Seite wird Lotto/Toto natürlich - der Topf, die Bevölkerung wird ja nicht größer - geschmälert. Die zwei Prozent, die aus diesen Mitteln herauskommen werden weniger. Und auf der anderen Seite wird der private Gewinn abgezweigt bzw. wird auf wenige Spitzensportvereine das Geld aufgeteilt. Ich bekenne mich zum Profifußball, das will ich gar nicht abstreiten. Nur kann es nicht darum gehen, daß nur der Profifußball daraus Geld bekommt. Denn ich weiß, wie viele Mittel aus Lotto/Toto gerade für die kleinen Vereine bereitgestellt werden, die weder medienträchtig sind, auch von der Sportart her oft nicht medienträchtig sind, aber auch große Anschaffungen haben und von Lotto/Toto unterstützt werden. Daher glaube ich, ist es unsere verdammte Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß hier nichts passiert. Den Bund aufzufordern, wenn dieser Wettkanal kommt, so hat dieser Wettkanal den gleichen Obolus an die Sportvereine zu bezahlen wie Lotto/Toto, oder noch mehr! Ich hoffe, daß wir hier einer Meinung sind. Das ist nicht parteipolitisch gedacht, sondern hier geht es um die Sportvereine und um jene Funktionäre, die tagaus, tagein laufen, und das um „Gotteslohn“.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich noch zur Nachwuchsförderung einige Sätze sagen. Herr Kollege Marchat, Du hast nicht ganz Unrecht - er ist 'rausgegangen. Er hört es schon. Er hat nicht ganz Unrecht mit der Nachwuchsförderung. Nur, so eng, wie er das sieht, glaube ich, ist es auch wieder falsch. Daß er nur jene Vereine, die der Spitzensportförderung unterliegen, auch in den Nachwuchs mit einbezieht. Es dürfte ihm vielleicht entgangen sein, daß hier sehr wohl die Nachwuchsförderung mit 4,330.000,- Schilling im Sportbericht aufscheint. Das sind die Leistungszentren. Das sind jene Orte, wo Nachwuchsarbeit gezielt durchgeführt wird. Ich bin schon dafür, daß wir auch die Nachwuchsarbeit in den kleineren Vereinen fördern. Aber nicht nur. Wenn ich sage „kleinere Vereine“, so meine ich nicht nur, um das Beispiel zu sagen, Admira oder Hypo, sondern dann meine ich irgendwo einen kleinen Fußballverein, in Großmugl etwa, und dessen Nachwuchsmannschaft, die zum Beispiel Bezirksmeister wird. Und daher auch eine Sportförderung bekommt. Nicht nur Admira oder die Hypo-Damen, um es so ein bißchen zu vergleichen. Das heißt, die Nachwuchsförderung muß weitergehend sein, nicht nur in jenen Bereich hinein.

Damit bin ich schon bei der Spitzensportförderung. Frau Landeshauptmannstellvertreter, Du kennst meine Meinung. Hier müssen wir im kommenden Jahr, glaube ich, ernsthaft darüber reden, um ein bißchen mehr Gleichgewicht herzustellen. Ich zweifle das jetzige System nicht an. Ich glaube nur, daß das Netz, das wir jetzt gespannt haben, zu viele Löcher hat. Daß zu viele durchfallen.

Ich möchte einmal grundsätzlich die Frage stellen, was und wer ist eine Mannschaft? Hier gibt es eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit. Die einen meinen, Mannschaft ist, wenn alle gleichzeitig gegeneinander spielen. Das ist eine Meinung. Die zweite Meinung, meine Meinung, ist die weitergehende, wonach eine Mannschaft jene Menschen bilden, die gemeinsam Sport betreiben, wo nachher unterm Strich zusammengezählt wird und alle Ergebnisse resultieren. Zum Beispiel, und sie haben vor kurzem ein gutes Beispiel gehabt, Tennis. Hier hat nicht gezählt, wie der Einzelne gespielt hat, sondern Österreich hat 3:2 gewonnen beim Fed-Cup. Bei den Männern haben wir beim Daviscup 5:0 gewonnen, um es so auszudrücken. Oder bei den Keglern: Hier spielen sechs Kegler, also dreimal zwei gegeneinander auf vier Bahnen, und nachher wird zusammengezählt. Das ist auch eine Mannschaft. Ich wollte nur zwei oder drei Beispiele sagen, was wir unter Mannschaft werten und was wir nicht unter Mannschaft werten.

Und jetzt zur Förderung: Wir haben auch hier uns gewisse Richtlinien erarbeitet. Ich stehe nicht an zuzugeben, daß ich bei diesen Richtlinien mitgewirkt habe. Aber unter dem Motto, man darf ja gescheiter werden, müßte man sie überdenken. Ich erkläre das schon, warum überdenken. Nicht böse gemeint, nicht neidisch gemeint, sondern nur als Beispiel: Wenn die Hypo-Damen für ein Europacupmatch 60.000,- Schilling bekommen, so kann ich das pro Kopf der Spielerinnen umrechnen mit 4.000,- Schilling, wenn ich sage 15 Spielerinnen bilden die Mannschaft, mit den Ersatzspielerinnen. Und wenn ich die Keglerinnen oder die Kegler hernehme. Bitte entschuldigen Sie, ich habe in Neunkirchen eine Kegelhochburg, wir sind österreichische Staatsmeister bei den Damen, werden es heuer wahrscheinlich wieder. Also wir vertreten dann Österreich beim Europacup. Es ist nur ein Turnier. Dafür gibt es 10.000,- Schilling für acht Keglerinnen, weil sechs spielen und zwei müssen als Ersatz mitfahren. Betreuer habe ich links und rechts nicht gerechnet. Das heißt, pro Nase 1.250,- Schilling im Gegensatz zu 4.000,- Schilling.

Das könnte man jetzt weiterspinnen mit allen Sportarten. Und ich nehme ein anderes Beispiel: Im Hockey-Sport gibt es in Wr. Neudorf einen guten

Verein, der auch in der höchsten österreichischen Spielklasse spielt. Den haben wir wohl laut Sportbericht gefördert im Zuge der Veranstaltungsförderung. Aber als Mannschaft ist er auch durchgefallen, weil es nicht in den Richtlinien enthalten ist. Ich nehme ein weiteres Beispiel, American Football. *(LHStv. Prokop: Es gibt keinen NÖ Fachverband! Aber wir können darüber reden! Da bist Du nicht richtig informiert. Aber wir können gerne darüber reden; ich bin Deiner Meinung!)*

Aber die Mannschaft gibt es. Sie spielt in Niederösterreich, ist österreichischer Staatsmeister geworden. Alles klar. Im Hockey gibt es auch nicht so viele. Ich glaube, es gibt überhaupt nur einen Verband. Das heißt, hier müßte man grundsätzlich darüber nachdenken, wie weit oder wie eng wird das Netz geflochten, um hier Möglichkeiten zu schaffen, daß nicht die eine oder andere Sportart durchfällt. In der Öffentlichkeit kannst du mit Richtlinien nichts erklären, das muß uns auch klar sein. Wenn du dort hinkommst, sagt einer, schau, wir sind das, wir haben das und wir wollen das. Und du kannst reden wie ein Dauerprediger, auf Richtlinien verweisen, er wird sagen, das interessiert mich nicht. Du bist Schuld, mach das. Nicht auf Personen bezogen, aber so ist es. Das heißt, wir müssen hier versuchen, unsere Richtlinien zu überdenken. Das sollten Denkanstöße diesbezüglich sein. Und wenn ich gestern in einer Zeitung gelesen habe, daß im NÖ Sport es immer Einhelligkeit gab und keinen Streit, dann will ich das auch als Denkanstoß verstanden wissen. Ich habe es bis jetzt immer so verstanden, wenn Denkanstöße gekommen sind, daß wir darüber nachgedacht haben und Lösungen gefunden haben. Und in dem Sinn, auf Lösungen hoffend, werden wir auch dem Sportbericht die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Heuras.

Abg. Mag. HEURAS (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Der Sportbericht des Jahres 1998 erscheint nach der heutigen Aktuellen Stunde zur Antidrogenpolitik in NÖ unter einem ganz besonderen Licht. Der Sportbericht ist eine Facette dieser NÖ Antidrogenpolitik und ein wesentlicher Baustein dafür zur Förderung der Jugend, zur Förderung der Freizeitinfrastruktur. Die Förderung des Sportes ist ein ganz wesentlicher Bestandteil, die Jugend von derartigen Gefahren fernzuhalten.

Grundsätzlich freut es mich, daß alle Fraktionen diesen Sportbericht lobend erwähnen und kaum Kritikpunkte gefunden haben. Man muß

grundsätzlich auch festhalten, daß dieser Sportbericht unter der Federführung unserer Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop, unter der Federführung einer wohl sehr kompetenten Persönlichkeit steht, die am besten weiß, wovon sie spricht, wenn sie über Sport redet. Und die auf Grund ihrer sportlichen Karriere und Tätigkeit wohl besondere Kompetenz dafür aufbringt, sodaß ihr dieser Bericht in besonderer Weise zuzuschreiben ist.

Wenn 90 Millionen seitens des Landes Niederösterreich 1998 in die Sportförderung geflossen sind, so ist das ein Betrag, der sich in besonderer Weise verteilt auf die Vereine Niederösterreichs. Niederösterreich hat zirka 3.000 Sportvereine. Ich betone das deswegen, weil diese Vereine für unsere Gemeinden nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Weil sie für den Motor und für das Getriebe unserer Gemeinde quasi das Motor- und Getriebeöl darstellen, die Seele der Gemeinde sind. Die Vereine sind es, die die Gemeinden beleben. Die Vereine sind es, die die Gemeinden beleben. Die dazu führen, daß sich die Menschen in den Gemeinden wohl fühlen. Die dazu führen, daß die Lebensqualität in den Gemeinden stimmt. Und daher ist diese Sportförderung insbesondere auch eine Förderung unserer Vereine in den Gemeinden, die wir nicht hoch genug schätzen dürfen.

362 Vereine wurden gefördert im vorigen Jahr 1998. Und ich möchte bei der Gelegenheit auch die Funktionäre erwähnen, die heute noch in keinem Bericht hier Erwähnung gefunden haben. Es bedarf des besonderen Dankes bei diesen Funktionären, die sich ehrenamtlich in ihrer Freizeit engagieren, die sich um die Kinder- und Jugendarbeit bemühen, ohne Geld dafür zu verlangen. Die ganz einfach aus Idealismus zum Wohle der Jugend in Niederösterreich arbeiten. Und daher sei an dieser Stelle ganz besonders diesen ehrenamtlichen Funktionären im Vereinsleben und insbesondere im NÖ Sport ganz besonders gedankt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber noch einige andere Facetten des Sports hier vielleicht einmal etwas anders beleuchten. Ich habe mir das Wort Sport unter folgendem Aspekt angesehen. Das Wort Sport setzt sich aus fünf Buchstaben zusammen: „S“ wie „sozial“. Der Sport hat eine ganz besondere soziale Komponente. Er verbindet, er schmiedet Gemeinschaften. Und wenn ich als Bürgermeister in meiner Gemeinde mir das ansehe, dann stelle ich fest, daß der Sport ein ganz besonders verbindendes, über die Grenzen hinausgreifendes Element darstellt und die Menschen näherbringt und zusammenführt. Ein Aspekt, der in einer Zeit, da die Menschen immer stärker vereinsamen, die Jugend vor dem Computer und dem Fernseher sitzt, ganz beson-

dere Bedeutung hat. „P“ wie „Partnerschaft“. Der Sport ist dazu da, die Jugend zur Partnerschaft zu erziehen, zur Solidarität zu erziehen und dazu, partnerschaftlich zu denken. „O“ wie „Ordnung“. Ich glaube, daß der Sport auch dazu da ist, dem jungen Menschen Regeln beizubringen, ihn zur Ordnung zu erziehen, Grenzen aufzuzeigen. Auch dazu da ist, Aggressionen abzubauen, was mir in der heutigen Zeit von ganz entscheidender Bedeutung erscheint. „R“ wie „Reparaturvermeidung“. Das halte ich für einen ganz besonderen Aspekt. Wer nicht jetzt in die Gesundheit und in den Sport der Jugend investiert, wird sich die Reparatur nicht leisten können. Daher ist Sportförderung für mich eine Investition, die vorweggenommen wird, wo man Reparaturen vermeidet, die wir uns unter Umständen nicht leisten können. Und schließlich „T“ wie „Teamgeist“. Der Teamgeist geht in unserer Gesellschaft verloren, Egoismus nimmt zu, Solidarität wird immer mehr zu einem Fremdwort. Und daher ist die Facette des Teamgeistes im Sport eine ganz besondere, die vor allem für unsere Jugend und unsere Kinder eine ganz wichtige ist.

Was ich damit sagen wollte ist, daß die Sportförderung als eine Werteförderung für unsere Jugend von ganz besonderer Bedeutung ist, und daher auch unter diesem Licht zu sehen ist. Ganz zu schweigen von touristischen Auswirkungen - Semmering oder andere Events. Ganz zu schweigen von der wirtschaftlichen Komponente der Sportförderung. Ich glaube auch, daß die 90 Millionen, die Niederösterreich für den Sport 1998 ausgegeben hat, ausgewogen verteilt wurden, mit den zirka 20 Millionen, die in den Spitzensport, und 70 Millionen, die in den Breitensport, in die Gemeinden und zu den Vereinen geflossen sind.

Und wenn der Nachwuchs vorhin von meinen Vorrednern ganz besonders kritisiert bzw. angesprochen wurde, so ist hier schon eine Anmerkung angebracht. Und zwar hat Herr Klubobmann Marchat betont, daß zum Beispiel der Nachwuchs im Handball ihm problematisch erscheint bei Hypo Niederösterreich. Ich führe diese Aussagen zurück auf eine gewisse Unwissenheit und offensichtliche Unkenntnis einiger Tatsachen, die es in Niederösterreich auch noch gibt. Zum Beispiel hat Hypo NÖ 19 Nachwuchsmannschaften, 19! Das ist eine stattliche Zahl von Nachwuchsmannschaften. Und es gibt im Bezirk Mödling ein besonderes Muster- und Herzeigeprojekt. Dort sind alle Volksschulen bis auf eine an einem Projekt beteiligt, wo 1.800 Volksschulkinder, Buben und Mädchen gemischt, im Handball ausgebildet werden und dort als die kommenden Handballer trainieren. Dort werden 1.800 Kinder in einem Vorzeigeprojekt gemeinsam im Handball unterrichtet von 18 Trainern. Ich

glaube schon, daß das Dinge sind, die man nicht einfach wegdiskutieren kann, und dann die Nachwuchsarbeit im Handball kritisiert. Sondern im Gegenteil, das sind Dinge, die im Nachwuchsbereich besonders betont gehören, weil sie mustergültig und einmalig sind in unserem Bundesland Niederösterreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ganz zu schweigen von den 26 Sporthauptschulen, den vielen Trainingszentren, TZW Waidhofen, Korneuburg, Stockerau, St. Pölten. Ich möchte auf diese einzelnen Bereiche gar nicht eingehen, weil sie hoffentlich jedem bekannt sind. Und hoffentlich auch jedem klar ist, was dort an Nachwuchsarbeit im schulischen Bereich, unterstützt vom Land Niederösterreich, geleistet wird.

Und eine Bemerkung noch zum Abgeordneten Mag. Fasan, der da gemeint hat, der Landessportrat sei irgendwie nicht richtig zusammengesetzt. Ich darf hier aus dem Sportgesetz Niederösterreichs den § 6 verlesen. Da heißt es unter Punkt 2: „Der Landessportrat besteht aus 1. dem Landeshauptmann oder dem von ihm mit seiner Vertretung Beauftragten als Vorsitzenden und 2. je einem Mitglied der Landtagsklubs und drei weiteren Mitgliedern, die von den Landtagsklubs entsprechend dem Verhältniswahlrecht zu entsenden sind. Und damit ist die Besetzung und die Nominierung des Dr. Mautner Markhof gesetzeskonform und gesetzmäßig und es spricht daher überhaupt nichts dagegen.

Weil aber auch uns zweifellos der Nachwuchs ganz besonders am Herzen liegt, und weil für uns auch die Nachwuchsarbeit eine ist, die besonders zu fördern ist und die auch besonders gefördert wird, bringe ich meinerseits und im Sinne des Abgeordneten Kautz einen Resolutionsantrag ein und darf ihn kurz zur Verlesung bringen *(liest:)*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Heuras und Kautz zum Sportbericht 1998, Ltg. 240/B-35/1, betreffend Förderung des Spitzensportes, des Breitensportes und der Nachwuchsarbeit.

Die Vergabe öffentlicher Mittel für den Sport durch das Land Niederösterreich zielt sowohl auf die Unterstützung des Spitzensportes als auch des Breitensportes ab. Spitzensport ist ohne eine qualifizierte Förderung der Jugend und des Nachwuchses unmöglich. Die Förderung des Sportes erfolgt nach Richtlinien, die von Fachgremien begutachtet werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert,

1. im nächsten Sportbericht klar zu berichten,
 - in welchem Verhältnis die NÖ Sportförderung den Breitensport einerseits und den Spitzensport andererseits unterstützt und
 - wie die Förderung des Nachwuchses im Rahmen der Sportförderung erfolgt.
2. In den Richtlinien zur Spitzensportförderung neben den sportlichen Erfolgen auch die Nachwuchsarbeit in den Vereinen zu fördern.“

Abschließend darf ich festhalten, daß dieser Sportbericht des Landes Niederösterreich selbstverständlich von uns mit besonderem Wohlwollen und Genugtuung und positiv zur Kenntnis genommen wird und wir klarerweise diesem Sportbericht unsere Zustimmung erteilen. Weil wir wissen und glauben, daß diese Förderung des Sportes in Niederösterreich eine Förderung der Jugend Niederösterreichs ist und damit eine Sicherung unserer Zukunft in Niederösterreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Fasan gemeldet.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu den beiden Resolutionen Stellung nehme, nur ganz kurz noch einige Anmerkungen zu den Debattenbeiträgen, wie sich die Gelegenheit eben jetzt ergibt. Herr Kollege Mag. Heuras! Ich habe um Gottes willen in keiner Weise gemeint, daß das nicht gesetzeskonform wäre oder derlei. Ich habe nur gemeint, daß der Herr Dr. Mautner Markhof dort als Landtagsabgeordneter geführt wird, was er ja nicht sein kann. Was Sie vorgelesen haben aus dem § 6, das ist schon richtig. Das ist eben so und das nennt sich Proporz. Ich will jetzt nicht sagen „S“ wie sozial, „P“ wie Proporz, sondern ich meine nur, das steht im Gesetz eben so drinnen.

Was ich auch zunächst noch vergessen habe, was ich auch erwähnen möchte: Daß wir eigentlich auch der Frau Landeshauptmannstellvertreter unsere herzlichste Gratulation aussprechen sollten dafür, daß sie nach wie vor Landesrekordhalterin im Kugelstoßen ist. Seit nunmehr 29 Jahren. *(Beifall bei Abg. der ÖVP und der FPÖ. – Unruhe im Hohen Hause.)*

Wenn ich jetzt sagen würde, ich selber habe mir beim Kugelstoßen einen Leistenbruch zugezogen, dann weiß ich nicht, welches besondere Licht das auf mich wirft. Ich will mich wieder versachlichen in meinem Diskussionsbeitrag, indem ich doch meine, auf der anderen Seite sollten wir schon auch irgendwie bedenken, daß eben dieser Rekord, so groß diese Leistung gewesen sein mag, noch nicht gebrochen ist. Das wirft ein Licht auch auf den Leichtathletiksport in Niederösterreich, den wir auch nicht ganz vergessen sollten. Weil es geht ja auch darum, neue Rekorde zu erstellen und auch für die Zukunft tätig zu sein.

Eine Anmerkung zum Kollegen Marchat. Die Nachwuchsarbeit bei Ajax-Amsterdam. Ich nenne nur den Dreadlok-Kaiser Ruud Gullit, ich nenne Patrick Kluivert. Ich wüßte nicht, was Du machen würdest, wenn Du als Freiheitlicher bei Ajax Amsterdam wärst. Wie Du dann Dich mit der Frage der eigenen, der nationalen, der volkseigenen und eingebürgerten Nachwuchsarbeit verhalten würdest. Das merke ich nur ein klein wenig an. *(Heftige Unruhe bei Abg. Marchat.)*

Dann paßt es ja ohnehin. Dann meine ich aber auch, dann müßtest Du Deine Gedanken über die Nachwuchsarbeit dementsprechend anmerken. Aber nicht bei Ajax-Amsterdam A sagen und bei Hypo-Südstadt würdest Du dann B sagen. Das geht nämlich auch nicht. *(Unruhe bei der FPÖ.)*

Ja, es ist vielleicht ein Unterschied, ob Ajax gut Fußball spielt oder nicht. Nein, ich verstehe das sehr wohl. Ich sehe in Deiner Argumentation eine Widersprüchlichkeit, und ich denke mir, die willst Du nicht gern verstehen. Kann ich auch verstehen, daß Du das nicht verstehen willst.

Jedenfalls zu den Resolutionen, meine Damen und Herren. Die Inhalte dieser beiden Resolutionen sind durchaus gleich, sie sind durchaus ähnlich. Es gibt also überhaupt keinen Grund, einer zuzustimmen, der anderen nicht. Wir denken uns, es geht um die Sache, daher kann man ohne weiters beiden Resolutionen die Zustimmung geben. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Strasser.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Nur fürs Protokoll sei angemerkt, daß der Abgeordnete Fasan hoffentlich sich nur beim Kugelstoßen einen Leistungsbruch zugezogen hat. *(Abg. Mag. Fasan: Leistenbruch, nicht Leistungsbruch!)* Einen Leistenbruch, der durchaus als ein Leistungsbruch zu werten sein könnte, wenn Sie kurz darauf hinhören, was ich jetzt zu berichten habe.

Der Landtagsklub der Volkspartei hat den Landessportrat genannt und die Mitglieder genannt. Unter anderem den Abgeordneten Dr. Martin Michalitsch, den Abgeordneten Franz Hiller, den Abgeordneten Mag. Heuras, die Abgeordnete Luise Egerer, den Abgeordneten Toni Erber und – und ich bitte, das auch so zu nehmen – den Abgeordneten außer Dienst Dr. Michael Mautner Markhof.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Zum zweiten: Die Resolutionen unterscheiden sich und wir dürfen freundlich einladen, daß auch die grüne Fraktion sich den Text der beiden Resolutionen noch einmal vor der Abstimmung genau anschaut. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir seitens der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht?

Berichterstatter Abg. EGERER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Kultur-Ausschusses:)* Ich stelle die Stimmeneinhelligkeit fest. Der Antrag ist somit angenommen!

Weiters lasse ich über die Resolutionsanträge abstimmen. Zunächst über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Marchat und Schimaneck betreffend Förderung der Nachwuchsarbeit im Sport durch das Bundesland Niederösterreich. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Stimmenminderheit. Der Resolutionsantrag ist nicht angenommen! *(Zustimmung FPÖ, Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Abg. Gratzner.)*

Ich lasse nunmehr über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Heuras und Kautz betreffend Förderung des Spitzensportes, des Breitensportes und der Nachwuchsarbeit abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Ich stelle die Stimmeneinhelligkeit fest. Der Antrag ist somit angenommen!

Ich ersuche nunmehr, den Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Toms, die Verhandlungen zu Ltg. 234/H-8 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. TOMS (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte über Ltg. 234/H-8, Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – allgemeine Aktion; Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung.

Die Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden wurde mit Beschluß des Landtages von Niederösterreich am 25. Jänner 1973 mit dem ursprünglichen Zweck ins Leben gerufen, die Gemeinden bei der Erfüllung der Aufgaben als Folge der Kommunalstrukturverbesserung zu unterstützen. Die Förderung besteht aus der Übernahme der Haftung gemäß § 1356 ABGB für bei Kreditinstituten aufgenommene Darlehen unter Gewährung eines Zinsenzuschusses in der Höhe von höchstens 5 % p.a. auf maximal 15 Jahre.

Die Kredit- und Haftungsermächtigung für die Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden - allgemein beträgt S 4.750,000.000,-. Die starke Inanspruchnahme dieser Aktion macht es erforderlich, eine weitere Ermächtigung zur Übernahme von Haftungen zur Gewährung von Zinsenzuschüssen einzuholen. Es ist daher notwendig, die nur einmal ausnützbare Kredit- und Haftungsermächtigung um S 150,000.000,- auf S 4.900,000.000,- zu erhöhen. Die Bedeckung der in der Folge erforderlichen Aufwendungen im Rahmen der Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden - allgemeine Aktion, erfolgt im Rahmen der vom Landtag jährlich zur Verfügung gestellten Mittel. Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen (*liest:*)

„Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – allgemeine Aktion; Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Kredit- und Haftungsermächtigung für die Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – allgemeine Aktion wird von S 4.750,000.000,- um S 150,000.000,- auf S 4.900,000.000,- angehoben.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die zur Durchführung des Landtagsbeschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ich lasse daher über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses abstimmen. (*Nach Abstimmung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses:*) Ich stelle die Stimmeneinhelligkeit fest. Der Antrag ist somit angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Rupp, die Verhandlungen zu Ltg. 239/S-5/3 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. RUPP (*SPÖ*): Sehr verehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte über die Landessonderschule Hinterbrühl, Zubau.

In der Landessonderschule Hinterbrühl wurde durch die Schulkommission am 4. März 1993 und am 10. Februar 1997 ein Raumfehlbestand von 14 Klasseneinheiten samt Nebenräumen festgestellt. Durch die ansteigenden Schülerzahlen und die spezifische Betreuung vor allem der Schüler der heilpädagogischen Klassen wurden infolge des Platzmangels schlecht belüftete und belichtete Unterrichts- und Aufenthaltsräume im Kellergeschoß adaptiert, Werkräume wurden zu Klassen umfunktioniert. Ebenso wurden im Gangbereich der Obergeschoße Unterrichtsräume provisorisch errichtet. Auf Grund dieses Raumfehlbestandes wurde ein Um- und Zubau des bestehenden Schulgebäudes notwendig. Die Kostenermittlung ergab Gesamtkosten von 48,9 Millionen Schilling exkl. Umsatzsteuer. Baubeginn ist Frühjahr 1999 und Baufertigstellung im Herbst 2001.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle daher namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses den Antrag über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landessonderschule Hinterbrühl, Um- und Zubau (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Um- und Zubau der Landessonderschule Hinterbrühl mit geschätzten Gesamtkosten von S 48,900.000,- exkl. Ust. wird grundsätzlich genehmigt. Der Anwendung eines Sonderfinanzierungsmodelles wird zugestimmt.
2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Herr Präsident, ich darf Sie bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Landessonderschule Hinterbrühl, die 1980 errichtet wurde, und die nur in engem Zusammenhang mit dem am gleichen Gelände situierten heilpädagogischen

Zentrum zu sehen ist, platzt aus allen Nähten. In der Landessonderschule Hinterbrühl sind Klassen für eine allgemeine Sonderschule und Schwerstbehindertenschule sowie Heilstättenklassen für besonders förderbedürftige Volks- und Hauptschüler eingerichtet. Diese Schule bietet verhaltensauffälligen und entwicklungsrückständigen Kindern und Jugendlichen, die in das Regelschulwesen nicht integrierbar sind, eine individuell orientierte Beschulung.

Der Herr Berichterstatter hat bereits erwähnt, daß die Schulkommission bereits 1993 und 1997 einen Raumfehlbestand von rund 14 Klasseneinheiten samt Nebenräumen festgestellt hat. Das sollte uns eigentlich etwas nachdenklich stimmen, daß dieser Raumfehlbestand nicht bereits früher durch einen Zubau beseitigt wurde. Aber ich nehme an, Frau Landesrat, daß es hier eher an den Finanzverantwortlichen des Landes gelegen ist, die für einen derartigen Zubau die Mittel nicht zur Verfügung gestellt haben. Wir haben sie jetzt, Gottseidank. Ich meine, es ist geradezu eine Verpflichtung des Landtages, jene geeigneten Rahmenbedingungen herzustellen, die zur Förderung dieser lern- bis schwer geistig behinderten Kinder im Schulalter notwendig sind. Ich glaube, es sollte heute dieser Antrag im Landtag nicht nur genehmigt werden, sondern es sollte auch mit den baulichen Maßnahmen raschest begonnen werden. Denn nur dann werden wir jenen Kindern mit besonderen Bedürfnissen eine wirkliche Chance geben, deren Teilhaben am Leben der Gesellschaft sowieso erschwert ist.

Und wenn ich jetzt höre von Dir, Frau Landesrat, daß am Montag bereits mit den Baumaßnahmen begonnen wird, so werden Dir die Kinder und Jugendlichen, aber auch die dort Beschäftigten sicherlich sehr dankbar sein. Weil wir müssen schon eines wissen: Es gibt dort derzeit acht Klassen für verhaltensauffällige Kinder und acht Klassen für Kinder und Jugendliche, die an einer Schwerstbehinderung leiden. Ich habe selbst die Schule auch besichtigt und ich muß wirklich sagen, daß Räumlichkeiten im Kellergeschoß, die zu Klassen und Aufenthaltsräumen adaptiert und umfunktioniert werden, absolut nicht jene Rahmenbedingungen sind, mit denen man diesen Kindern, die dort geschult werden, entsprechende Fördermöglichkeiten anbieten kann, die entsprechenden Rahmenbedingungen anbieten kann. Und ich glaube ganz einfach, daß nur die geeigneten Raum- und Betreuungsbedingungen die notwendigen Voraussetzungen schaffen, daß das Ziel dieser

Einrichtung auch erreicht wird, nämlich die weitestmögliche Reintegration der Kinder und Jugendlichen in ein entsprechendes soziales Umfeld, in ihre Familien und in die Gesellschaft.

Ich habe aber noch ein Problem, was die Betreuungsqualität an dieser Sonderschule betrifft, das ich heute ansprechen möchte. Und Frau Landesrat, ich bitte Dich, daß auch dieses Problemfeld einer Lösung zugeführt wird. Ich bin informiert worden, daß in den acht Klassen für die verhaltensauffälligen Kinder derzeit der Zweitlehrer nur unter dem Titel „Schulversuch“ temporär sichergestellt ist. Ich meine, wenn wir, wie hier immer auch bei der vorangegangenen Debatte zum Schulgesetz betont wird, Pädagogik und Therapie für zwei ergänzende Wege halten, dann darf eigentlich, möglicherweise, sage ich, die Frage des Zweitlehrers in Zukunft nicht irgendwie am Geld scheitern.

Denn ich glaube, daß die rehabilitative Arbeit, die dort geleistet wird, diese rehabilitative Arbeit im Kindes- und Jugendalter spätere Probleme mindert, spätere Folgekosten mindert und daher von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Ich komme schon zum Schluß. Ich darf mich bedanken, daß durch diese Regierungsvorlage eine Strukturverbesserung in der Landessonderschule Hinterbrühl mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von fast 49 Millionen Schilling zum Wohle der dort betreuten Kinder und Jugendlichen eingeleitet wird. Ich darf mich bedanken, daß am Montag die Bauarbeiten beginnen. Als Abgeordneter des Bezirkes Mödling freut mich das ganz besonders, keine Frage. Wir Freiheitlichen werden dem Geschäftsstück unsere Zustimmung geben. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und Abg. Gebert.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Mag. Fasan das Wort.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dieser Umbau der heilpädagogischen Station, die dieser ganzen Sonderschule ja vorangegangen ist, der sozusagen gemeinsam gemacht wird, macht aus dieser heilpädagogischen Station in der Hinterbrühl ein heilpädagogisches Zentrum als Ganzes. Und der Umbau der Schule, der Sonderschule, die da angeschlossen ist, ist sozusagen ein gemeinsamer Vorgang mit der gesamten Neuerrichtung, Umorganisation und Umstrukturierung der heilpädagogischen Station.

Was passiert dort? Es ist ja nicht nur die Sonderschule, die allgemeine Sonderschule, die hier tätig ist und die Kinder betreut, von denen der Kollege Rambossek gesprochen hat, sondern das Ganze, das sich dort in der Hinterbrühl abspielt, ist ja viel mehr. Das Ganze ist eine Betreuungsinstitution für stationär aufgenommene Kinder. Und wer die Schicksale dieser Kinder ein wenig zu studieren versucht, der sieht erst, welche sozialen Probleme vielfach in unserem Land herrschen. Das sind Kinder, die kommen von sehr sehr weit, die kommen aus dem ganzen Bundesgebiet. Das sind Kinder, die ihren Eltern weggenommen wurden, weil sie in völlig zerrütteten Familienverhältnissen gelebt haben. (Abg. Dkfm. Rambossek: *Es gibt auch Kinder die nicht im Heim beherbergt werden und dort zur Schule gehen!*)

Natürlich. Auch das. Ich versuche jetzt nur einige Fälle herauszugreifen, die mir persönlich bekannt sind, die dort auch in die Schule gehen. Das sind Kinder, die aus den zerrüttetsten Verhältnissen kommen. Das sind Kinder, die ihren Eltern weggenommen wurden, aus Extremsituationen heraus. Das sind Aktionen, die von den Jugendämtern gemacht wurden. Auch hier gibt es die Zusammenarbeit. Das sind Kinder, die langfristig auf der heilpädagogischen Station sind. Das sind aber auch Kinder, die dorthin kommen und dort die Sonderschule besuchen.

Das Ganze ist ein Zentrum für Eltern mit Erziehungsproblemen. In dieser Sonderschule gibt es eine sehr sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Sozialarbeitern des heilpädagogischen Zentrums, der heilpädagogischen Station mit den Lehrerinnen und Lehrern der Sonderschule, in einer Weise, wie man es sich an und für sich ja für ganz Niederösterreich nur wünschen könnte. Die gesamte Station ist das einzige derartige Therapiezentrum, die einzige derartige Therapiestation in Niederösterreich.

Was die Schule anbietet oder was dort geschieht hat der Herr Kollege Dkfm. Rambossek schon ausgeführt. Ich erlaube mir nur noch ein klein wenig auf die Organisation, auf die Gesamtorganisation dieses Zentrums einzugehen, mit dem die Schule hier zusammenarbeitet. Hier gibt es Lehrer der s-Klassen, der Schwerstbehinderten Klassen. Hier gibt es Lehrer der Sonderschulklassen. Hier gibt es mobile Stützlehrer. Hier gibt es Lehrer in Integrationsklassen. Hier gibt es Lehrer in Förderklassen, Beratungslehrer für Sehbehinderte beispielsweise, für Hörbehinderte. Hier gibt es sprachheilpädagogische Betreuung. Hier gibt es Supervision, Teamarbeit, Elternarbeit, Fortbildung. Hier gibt es eine ganze Reihe von medizinischen und therapeutischen Diensten, ärztliche und psychologische Betreuung und vieles mehr. Das heißt also,

diese Sonderschule ist Teil eines Gesamten, eines Ganzen, eines Therapiezentrums, das von besonderer Bedeutung ist. Natürlich ist es höchst an der Zeit, diese Sonderschule entsprechend auszustatten, denn die Arbeitsbedingungen dort waren in den letzten Jahren wirklich äußerst schlecht. Wir meinen, es wäre sinnvoll, weitere solche Therapiezentren zu schaffen. Auch das kann – und da sind wir wieder bei der Drogenpolitik, da sind wir wieder bei der Sozialpolitik – ein ganz wesentlicher Beitrag sein, sinnvoll sozialpolitisch tätig zu sein. Und wir wünschen uns eigentlich, daß diese Initiativen viel, viel stärker als bisher in Niederösterreich zum Zuge kommen. (Beifall bei den Grünen.)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Abgeordneten Weninger das Wort.

Abg. WENINGER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der Landessonderschule Hinterbrühl, die auf dem Gelände des Landesjugendheimes liegt und eine gesonderte Einrichtung ist, die natürlich in enger Zusammenarbeit auch personalmäßig koordiniert wird, aber leider auch anderen Kompetenzen zugrunde liegt, wird mit dem heutigen Beschluß des Landtages endlich jene finanzielle Basis zur Verfügung gestellt, die die heute schon angesprochenen längst notwendigen Renovierungsarbeiten notwendig machen.

Seit 1992 weisen die Schulverantwortlichen auf den akuten Platzmangel und die notwendigen Adaptierungsmaßnahmen hin. Grund dafür sind einerseits die ständig steigenden Schülerzahlen. Derzeit werden zirka 130 Schüler aus ganz Niederösterreich betreut. Aber natürlich auch die sich in diesem Zeitraum verändernden therapeutischen und pädagogischen Notwendigkeiten in der Betreuung dieser schwerstbehinderten und stark verhaltensauffälligen Kinder, die in heilpädagogischen Klassen unterrichtet wurden.

Diese Kombination aus Schülerzuwachs und dem Versuch, möglichst in Kleingruppen mit Zweitlehrern zu arbeiten, führte in den letzten Jahren zu diesem Platzmangel. Wie es so oft in derartigen Einrichtungen der Fall ist, haben sich die Verantwortlichen dieser Schule darum bemüht, aus ihrer Situation heraus das Bestmögliche zu machen und haben Gangräume, Kellerräume, den Maschinenraum, die Werkstatt dazu adaptiert, um dort Klassenräume, Gruppenräume unterzubringen. Dieser Zustand ist aber nicht nur für die Lehrer unbefriedigend, sondern vor allem für die Kinder, die dort in wirklich schlecht belüfteten, schlecht belichteten Substandardeinrichtungen unter menschenunwür-

digen Bedingungen, kann man eigentlich sagen, unterrichtet wurden.

Bereits im Jänner 1997 hat die Frau Landesrat Traude Votruba eine Begehung organisiert, bei der diese unhaltbaren Zustände dokumentiert wurden. Ich glaube, der Herr Kollege Dkfm. Rambossek hat das angesprochen. In den darauffolgenden Budgetverhandlungen standen leider keine finanziellen Mittel zur Verfügung, um rasch zu reagieren. Es hat auch eine Initiative aus dem Bezirk Mödling gegeben, die dieses Anliegen der Frau Landesrat zu diesem Zeitpunkt unterstützen wollte. Eine Begehung des Bezirksschulinspektors mit den Vertretern der Bezirkshauptmannschaft hat stattgefunden, die schließlich auch in der Androhung gemündet hat, fünf Klassen zu sperren. Das zur Situation, wie sie bisher war.

Mit dem heutigen Beschluß über diese fast 60 Millionen Schilling und dem erfreulichen Hinweis, daß bereits kommende Woche mit dem Umbau, Zubau und den Adaptierungsarbeiten begonnen werden kann und nach einer geplanten Bauzeit von zirka zweieinhalb Jahren auf dem Gelände dieses Landesjugendheimes diese Landessonderschule wirklich in einer Art dann den Kindern zur Verfügung steht, wie es unseren heutigen modernen und vor allem menschlichen Ansprüchen gerecht wird. Ich möchte sehr herzlich allen danken, die dazu beigetragen haben, daß diese finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte aber auch all jenen, besonders der Frau Direktor und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landessonderschule danken, die in den letzten Jahren durch sehr viel Eigeninitiative und Improvisationsfähigkeit sehr darum bemüht waren, trotz schlechter Rahmenbedingungen das Bestmögliche daraus für die Kinder, die ihnen anvertraut wurden, zu machen. In diesem Sinne begrüße ich diesen Vorschlag der Landesregierung und wir werden als Sozialdemokraten dem Antrag natürlich gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Hintner.

Abg. HINTNER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Eine Gesellschaft wird daran gemessen, wie sie mit den schwächsten ihrer Mitglieder umgeht. Das zeigt die Analyse und der Dank meiner Vordredner, daß das nun heute passiert an der Landessonderschule Hinterbrühl. Und auch im Zusammenhang mit dem ehemaligen Landesjugendheim Hinterbrühl, heute Heilpädagogisches Zentrum, wird hier offensichtlich an und für sich eine Idee, die

das Land Niederösterreich weitergetragen hat, deren Wurzeln aber schon in der Vergangenheit zurückliegen, weil ja das Landesjugendheim Hinterbrühl selbst noch aus der Zeit von Hyrtl, aus dem Hyrtl'schen Waisenhausgedanken stammt, weitergetragen.

Lassen Sie mich dennoch ein paar zusätzliche Gedanken zu meinen Vordrednern hier einbringen. Wir haben von Heilpädagogik gesprochen. Wir haben davon gesprochen, wie sehr die Lehrkräfte, die Betreuer hier bemüht sind und hier wirklich Schwerstarbeit leisten. Man muß wirklich sagen, wer hier im Dienste dieser Sonderschule tätig ist, für den ist das nicht ein Job, nicht ein bloßer Beruf, sondern hier wird wirklich etwas aus Berufung gemacht. Und die Fragen, wenn man hier mit den Betreuern, mit den Direktoren spricht, die Fragen zielen immer wieder auf den Stand auch der Kinderpsychiatrie letzten Endes in unserem Land hin. Und ich glaube, daß wir hier ebenfalls ein Instrument benötigen, damit die Kinderpsychiatrie helfend bei der Heilpädagogik eingreifen kann.

Und vielleicht ein Vorschlag, Herr Landesrat, an dieser Stelle. Wir haben ja jetzt mit dem Krankenhausverbund Mödling-Baden die Psychiatrie nach Mödling bekommen. Vielleicht ist es da möglich, Überlegungen anzustellen, das mit einer eigenen kinderpsychiatrischen Abteilung aus dem Bereich Mödling, was dort angesiedelt ist vielleicht in die Hinterbrühl zu bekommen. Ich weiß, die Debatte ist auch schon unter Deinem Vorgänger gelaufen. Es gibt ja hier auch eine Kinderbettenstation. Aber vielleicht könnten wir hier bei dieser Betreuung weiterhelfen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch sagen, und es ist sehr viel über Integration heute schon gesprochen worden beim neuen Pflichtschulgesetz, daß ich all jenen, die sich in der Sonderschule beschäftigen, die hier in der Sonderschule tätig sind, auch herzlichen Dank aussprechen möchte. Ich habe manchmal das Gefühl, daß die Aufgabenstellung in der Sonderschule, all das, was dort gemacht wird, irgendwie im Zuge der Integrationsdiskussion zur Seite gedrängt wird. Und wenn ich mir ansehe, daß Integrationsklassen, was die Betreuung anbelangt, heute besser gestellt sind als Sonderschulen, und wenn der Zweitlehrer, es ist hier schon angesprochen worden, im Grunde genommen ein Schulversuch ist, glaube ich, müßte auch der Bundesgesetzgeber hier gefordert werden, die entsprechenden Rahmenbedingungen im Bereich der Sonderschule einzurichten.

Landessonderschule Hinterbrühl, das Heilpädagogische Zentrum, beide sind vernetzt. Aber

auch vernetzt mit der Hermann Gmeiner Sonderschule, die ich in diesem Zusammenhang auch nicht unerwähnt lassen möchte, weil ja auch 13 Schüler vom HPZ in diese Schule gehen. Und ich kann Ihnen berichten, ich habe auch dort mit der Direktorin gesprochen über Zustände in dieser Schule, die eigentlich ähnlich der Landessonderschule Hinterbrühl sind. Eine Schule, die an und für sich für acht Klassen konzipiert war, in der 10 Klassen geführt werden. Eine Klasse mußte in den Handarbeitsraum verlegt werden, die Garderobe mußte geteilt werden, sogar im Lehrmittelzimmer werden die Kinder unterrichtet. Und in Nischen, in Gangnischen findet heute die Betreuung statt. Ich glaube, daß wir auch hier schnellstens Abhilfe schaffen sollten.

Ich möchte mich abschließend bei allen Behörden, Institutionen bedanken, daß wir heute zu diesem Beschluß kommen. Bitte, vergessen Sie nicht diese zwei Anliegen in Richtung Hermann Gmeiner Schule, in Richtung Sonderschule, aber auch in Richtung Kinderpsychiatrie. Und ich wünsche ebenfalls, für uns alle, daß dieser Bau ehestmöglich den Kindern zur Verfügung gestellt werden kann. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. RUPP (SPÖ): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Es wird darauf verzichtet. Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses:)* Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Der Antrag ist somit angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Klubobmann Koczur nunmehr um seinen Bericht zum Geschäftsstück Ltg. 254/A-2/9.

Berichterstatter Abg. KOCZUR (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich berichte zu Ltg. 254/A-2/9. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Koczur, Dr. Strasser, Mag. Freibauer, Onodi, Ing. Penz, Auer, Breining, Cerwenka, Dirnberger, Feurer, Egerer, Gebert, Erber, Jahrmann, Friewald, Kautz, Ing. Gansch, Keusch, Mag. Heuras, Knotzer, Hiller, Krammer, Hinterholzer, Mag. Motz, Hintner, Muzik, Ing. Hofbauer, Pietsch, Hofmacher, Rupp, Honeder, Sacher, Kurzreiter, Vladyka, Lembacher, Weninger, Dr. Michalitsch, Moser, Nowohradsky, Dr. Prober, Mag. Riedl, Roth, Schittenhelm, Mag. Schneeberger und Dipl.Ing. Toms betreffend Solidarität

und Hilfsaktionen für die Not leidenden Menschen der „Kosovo-Krise“.

Es ist heute schon in der Begründung zur Dringlichkeit festgestellt worden, daß sich im Balkan eine ungeheure humanitäre Katastrophe abspielt, die eine Destabilisierung des gesamten Bereiches mit sich bringt. Österreich hat mit der Errichtung des Österreich Camps in Albanien sowie der Aufnahme von weiteren mindestens 5.000 Flüchtlingen in Österreich rasch und unbürokratisch Hilfe geleistet. Diese Hilfe ist durch eine große Welle der Hilfsbereitschaft und Spendenfreudigkeit der Bürger Österreichs unterstützt worden. Die Aktion „Nachbar in Not“ hat Beispielhaftes geleistet. Auch die NÖ Landesregierung hat sich diesen Bemühungen angeschlossen und akkordiert mit den anderen Bundesländern einen namhaften Betrag zur Hilfeleistung zur Verfügung gestellt und weitere finanzielle und materielle Hilfe zugesagt.

Neben diesen humanitären Bemühungen ist es natürlich weiterhin das große Ziel, Frieden, Demokratie und Stabilität am Balkan zu schaffen. Im Bemühen um die Erreichung eines politischen Friedens kommt dem neutralen Österreich unter Anwendung aller Möglichkeiten einer aktiven Außenpolitik im Rahmen der Vereinten Nationen und der OSZE sicherlich eine besondere Verantwortung zu. Im Namen der eingangs erwähnten Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen stelle ich daher den Antrag *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der NÖ Landtag dankt allen öffentlichen und privaten Organisationen für ihren beispielhaften Einsatz und den Bürgern unseres Landes für ihre uneigennützigte Spenden- und Hilfsbereitschaft und bittet die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, diese bewiesene Hilfsbereitschaft fortzusetzen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 - a) im eigenen Bereich sowie gegenüber den Stellen des Bundes darauf zu wirken, daß weiterhin alles nur mögliche unternommen wird, um den aus dem Kosovo vertriebenen Menschen in ihrem schweren Schicksal beizustehen;
 - b) die Bundesregierung zu ersuchen, auch auf internationaler Ebene alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die einerseits zu einer wirksamen Bewältigung der menschlichen Tragödie rund um die Kosovo-Krise beitragen und andererseits auch einer möglichst raschen Befriedung des Balkans dienen.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich danke dem Herrn Klubobmann für diesen Bericht und ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hoher Landtag!

Vor einigen Jahren war ich bei einem internationalen Treffen von Nicht-Regierungsorganisationen, das war 1991 oder 1992. Und ich habe noch heute - und heute schmerzlicher denn je - die Worte einer Kollegin aus Kroatien von damals in den Ohren, die sagte: Wenn nicht jetzt rasch auf die Krise - und damals war das noch Slowenien und Kroatien - reagiert wird, dann kann ich schon heute prophezeien, daß das erst der Anfang ist. Daß andere Regionen des ehemaligen Jugoslawien folgen werden und daß wir uns ganz ernsthaft Sorgen machen müssen um die Situation in Bosnien-Herzegowina. Die Geschichte hat Vesna Derselić mit ihrer Mahnung mehr als nur eingeholt. Und wir stehen heute vor einer Situation, wo nicht nur schlimme Ereignisse Bosnien-Herzegowina heimgesucht haben, sondern der Konflikt in der nächsten Phase nun im Kosovo ganz virulent zum Ausbruch gekommen ist.

Wir haben in diesen letzten Jahren, seit die damals jugoslawische Kollegin das genannt und davor gewarnt hat, verlorene Jahre am Balkan zu verzeichnen. Verlorene Jahre für die Politik. Wir stehen vor den Scherben einer nicht vorhandenen Politik. Vor den Scherben eines Treibenlassens, einer brisanten Situation, wo - wie wir heute ja auch wissen - absehbar war, daß hier ein Pulverfaß sich vorfindet und die Zündschnur mehr als nur einmal gelegt ist. Und wir stehen vor den Scherben einer fehlenden österreichischen Politik. Man fragt sich, wo war das neutrale Österreich in all diesen Konflikten. Und man muß feststellen, eigentlich hat mit der Außenpolitik von Minister Mock die Neutralitätspolitik abgedankt und seit Schüssel hat die Außenpolitik ebenfalls abgedankt. (*Abg. Dr. Strasser: Aber mit Fischer ist das gut weitergegangen! - Unruhe bei der ÖVP.*)

Ich komme schon noch darauf, keine Sorge, Herr Klubobmann. Das Schielen auf die Versäumnisse von anderen macht die eigenen nicht wett.

Was wir versäumt haben, ist eine aktive Neutralitätspolitik. Eine Neutralitätspolitik, die sich ernst nimmt, die eine aktive Vermittlerrolle, bevor alles zu spät ist, einnimmt. Dieses Verständnis einer Neu-

tralitätspolitik läßt die österreichische Bundesregierung in den letzten Jahren vermissen. Lassen die Außenminister, ich fürchte, zumindest seit Kreisky, vermissen. Eine Neutralitätspolitik, die vorab nach dem Vorsorgeprinzip, wie es in der Umweltdiktion benannt würde, rechtzeitig eingreift und zwar vermittelnd auf einer politischen und diplomatischen Ebene. Und ich bezeichne es als schamlos, wenn nicht unwissend dann schamlos, wenn man in einer Situation wie dieser sagt, sinngemäß: Angesichts von Mord und Vertreibung kann man nicht neutral sein.

Ich stimmte sofort zu, wenn man sagen würde, man kann angesichts von Mord und Vertreibung nicht gleichgültig bleiben. Aber das eben ist der Unterschied: Neutral heißt nicht gleichgültig! Neutral heißt, neutrale, aktive Politik, indem man sich nicht auf eine Seite schlägt und diese unterstützt, sondern versucht, der internationalen Staatengemeinschaft einen Dienst als Vermittler, als Träger zwischen den beiden Seiten zu leisten. Eine Rolle zu spielen, die der Versöhnung und der Vermittlung das Wort redet und nicht moralische Argumentation nur auf die eine oder andere Seite legt. (*Abg. Kurzreiter: Aber das ist ja passiert! Da haben Sie wieder nicht aufgepaßt bitte, das ist ja passiert!*)

Daß es noch nicht zu spät wäre, auch jetzt, selbst nach den Äußerungen von Klima und Schüssel in Berlin, Neutralität ernst zu nehmen und dem gesetzlichen Auftrag dazu nachzukommen, zeige ich nur an ein paar Beispielen. Es ist zum Beispiel nicht vereinbar, daß ein neutraler Staat HNA-Informationen an die NATO weiterleitet. Es ist genauso wenig vereinbar, daß ein neutraler Staat auf seinem Territorium die Rekrutierung von Soldaten, in diesem Fall für die UCK, zuläßt. Es ist nicht tragbar, daß Überflüge mit Kriegsmaterial zugelassen werden. Und es gibt zumindest ein deutliches Ansteigen an sogenannten und deklarierten SFOR-Flügen in das ehemals jugoslawische Gebiet.

Was wir statt dessen gesehen haben, statt einer Neutralitätspolitik in Südosteuropa, ist ein Zuschauen, wie der Nationalismus wächst in der Region. Nationalismus, das Wort „Nation“, das sich ableitet vom simplen „geboren sein“. Ich denke, hier ist die Wurzel ganz besonders deutlich zu sehen. Wenn es jemandem zum Vorwurf gemacht wird, geboren worden zu sein - und nichts anderes tut der Nationalismus -, dann ist das eine häßliche Fratze der Menschheit, die hier zutage tritt. Genauso wie im Wort „ethnische Säuberung“. Was schwingt denn da anderes mit als daß offensichtlich etwas unsauber oder verunreinigt war? Können Menschen Gebiete verunreinigen, sodaß man sie ethnisch säubern muß? Einer solchen Politik ist

vehement und dezidiert entgegenzutreten! (*Abg. Kurzreiter: Aber das passiert ja auch! Das passiert ja auch!*) Und hier hat man eindeutig zu lange zugeschaut. (*Weiterhin Unruhe bei Abg. Kurzreiter.*)

Das, was man nun macht, nachdem man lange Jahre zugeschaut hat, nachdem man die Politik und die Diplomatie, und Österreich die Neutralitätspolitik - auch wenn Sie es nicht gerne hören, Herr Kollege Kurzreiter - nicht ausgeübt hat, obwohl wir Politiker wären, obwohl wir ein neutraler Staat sind, jetzt gibt es einen NATO-Einsatz. Eine Horuck-Aktion der NATO, begründet mit einer „humanitären Katastrophe“. Erlauben Sie mir ganz kurz, die „humanitäre Katastrophe“ als Wort zu hinterfragen. Humanitär heißt, der Menschlichkeit verpflichtet. Ich frage Sie, wie kann eine Katastrophe der Menschlichkeit verpflichtet sein? Argumentieren wir doch ein wenig korrekter: Reden wir von der Katastrophe, die es gibt, reden wir von dem menschlichen Leid. Aber nicht, die Katastrophe ist der Menschlichkeit verpflichtet. Es ist richtig, daß man alles Friedliche unternehmen soll, um den Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen. Und ich anerkenne, daß es auch welche gibt, die sagen, im extremen Fall nicht nur das friedliche Instrumentarium. Aber ich stelle schon in Frage, wenn man hier sagt, die Menschenrechte und die Wahrung der Menschenrechte hat den NATO-Einsatz erforderlich gemacht, warum mit unterschiedlichem Gewicht gewogen wird. Warum das nicht gilt für die Situation der Kurden, die Situation in Ruanda, die Situation in China oder in Tibet oder in welchen Weltregionen auch immer, die keine NATO-Einsätze - ich sage, zum Glück - nach sich ziehen.

Und was nun hier gerne zitiert wird, und das möchte ich vorab schon zurückweisen, ist der Vergleich mit Auschwitz. Ich denke, man kann die massiven Vertreibungen, das Morden am Balkan und im Kosovo trotz allem auf keinen Fall vergleichen mit der geplanten, über Jahre hingezogenen industriellen Massenvernichtung wie sie im Zweiten Weltkrieg stattgefunden hat. (*Heftige Unruhe bei der ÖVP. - Abg. Dirnberger: Da müssen Sie sich sofort entschuldigen, was Sie da gesagt haben!*) Nein! Das ist eine krasse Verharmlosung des Zweiten Weltkrieges, die Sie hier betreiben. Das lassen Sie sich sagen. (*Abg. Dirnberger: Und Massenvernichtung gibt es dort nicht? - Weiterhin Unruhe bei der ÖVP.*)

Bei aller Tragweite der Tragödie - und die ist absolut - die industrielle Massenvernichtung am jüdischen Volk ist nicht vergleichbar den Massenvertreibungen, die es jetzt im Kosovo oder in Ruanda oder in anderen Gebieten gegeben hat. Es gibt noch immer einen graduellen Unterschied. Und

das, was ich auf keinen Fall akzeptieren kann, ist, daß man den Zweiten Weltkrieg und Auschwitz bemüht als Rechtfertigung für verschlafene Politik und einen verspäteten Aktionsplan jetzt. (*Abg. Dr. Strasser: Jetzt fehlt nur mehr, daß Sie den Herrn Handke loben!*)

Nein, ganz im Gegenteil! Das, was wir hier haben, ist ein politisches Versagen über Jahre hinweg gegenüber einer Politik, die am Balkan vorangetrieben wird. Die nationalistisch ist und die ebenfalls, da ist eine Parallele erkennbar, annähernd... (*Abg. Kurzreiter: Nehmen Sie einmal Kontakt auf mit dem Außenminister Fischer!*)

Herr Kurzreiter, ich bitte Sie! Lassen Sie mich zumindest an dem Punkt fertig reden, ich komme schon noch auf den Herrn Fischer, keine Sorge. (*Abg. Dirnberger: Aber die Verharmlosung, die Sie begangen haben!*)

Ich habe keine Verharmlosung begangen. Ich habe gesagt, Sie begehen eine Verharmlosung, wenn Sie permanent Auschwitz heranziehen als Argumentation für diesen NATO-Einsatz. Es gibt ein faschistoides Regime Milošević. Es gibt Massensmord und Greuel. Aber es ist noch immer ein Unterschied zu dem, was im Zweiten Weltkrieg passiert ist. Und es ist eine scheinheilige Argumentation, wie man hier den NATO-Einsatz rechtfertigt.

Neben dem politischen Versagen gab es ein diplomatisches Versagen in Rambouillet und - letztenendes muß man auch das sagen - ein militärisch-strategisches Versagen, wenn ich mir anschau, was denn der Einsatz bislang erreicht hat. Hat er die Verletzung der Menschenrechte gestoppt? Hat er die Vertreibungen beendet? Hat er nicht! Also hat man offensichtlich die eigenen militärisch-strategischen Ziele verfehlt und muß diese jetzt immer wieder neu definieren.

Und hier komme ich nun auch durchaus zum grünen Kollegen Joschka Fischer. Es ist besonders schmerzlich, das sage ich sofort und hier dazu, daß ausgerechnet unter einer rot-grünen Regierung in Deutschland erstmals deutsche Soldaten wieder im Ausland im Einsatz sind! Es ist schmerzlich, daß hier Mittel gutgeheißen werden, die ich nicht gutheißen kann, die wir als österreichische Grüne nicht gutheißen. Auch wenn die Absichten, und das unterstelle ich ihnen sogar, daß die Absichten lauter sein mögen. Der NATO-Angriff als solcher ist, wenn wir uns das anschauen, soweit das nüchtern noch möglich ist, kontraproduktiv. Er hat Milošević innen gestärkt. Er hat es sogar ermöglicht, daß das Kriegsrecht als Handhabe eingesetzt wird, das Notstandsrecht. Er stellt einen Bruch des Völkerrechtes und sogar des NATO-Vertrages dar. Es gibt kein UNO-Mandat und der NATO-Vertrag hat sich an die UNO-Charta gebunden.

Es gibt, und das halte ich für noch viel schlimmer, es gibt keine politische Perspektive. Wohin soll denn das führen? Hat man tatsächlich gedacht nach einer Woche Bombardement bombt man Milošević und die UCK zurück nach Rambouillet und sie unterschreiben? Unter einem solchen Druck wäre ein derartiger Friedensvertrag vermutlich innerhalb weniger Tage null und nichtig. Rambouillet muß man aus heutiger Sicht vermutlich entsorgen. Daran ist kein Anknüpfen mehr. Man hat sich mit diesem NATO-Einsatz, so, wie er gelaufen ist, nämlich ohne UNO-Mandat, ohne Einbeziehung Rußlands, gegen Rußland gestellt, statt sicherzustellen, daß zum Beispiel die Russen ihre Vermittlerrolle wahrnehmen könnten. Statt sicherzustellen, daß eine mittel- und langfristige Einbeziehung Rußlands in eine europäische Sicherheitsarchitektur gewährleistet bleibt.

Man hat schließlich - und das ist ein sehr konkreter Vorwurf, der sicher Ihre Empörung auch gleich wieder hervorruft, den Kosovo-Konflikt teilweise mißbraucht, um der NATO eine neue Sinnfindung zu ermöglichen. Eine globale Ordnungsmacht, entkoppelt von der UNO, ist das, was hier in der NATO jetzt entsteht. Dazu brauchte es offensichtlich einen konkreten Anlaßfall, um das durchzusetzen. Und wir haben hier eine massive Beschädigung der UNO, damit eine massive Beschädigung einer Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, die eben solche kriegerischen Auseinandersetzungen in Zukunft vermeiden sollte. Und wir haben damit ein Wiederaufleben unter Umständen - ich hoffe noch, daß das an uns vorbeigehen möge - der alten Großmacht-Konflikte zwischen der USA und Europa einerseits und Rußland und China auf der anderen Seite.

Wir haben ganz banal, und das wird ja täglich vorgerechnet, Kosten. Das, was uns vorgerechnet wird an Kosten, sind die 800 Millionen bis rund eine Milliarde pro Tag, die der NATO-Einsatz kostet. Die Kosten, die da noch gar nicht enthalten sind, soweit man sie ökonomisch benennen kann, ist das, was an Schäden im Kosovo und in Jugoslawien entsteht, die ja irgendwann einmal zu einem Wiederaufbau führen müssen, wenn man einen dauerhaften Frieden in der Region herbeiführen will. Und die Frage des menschlichen Leides ist hier als Kosten ja sowieso nicht zu benennen.

Die zentrale Frage, die überbleibt, auch an alle jene, die die NATO hier so glühend verteidigen: Ja wie denn weiter? Wohin soll denn das führen? Was ist der nächste Schritt, jetzt, vier, fünf Wochen nach Beginn des Bombardements? Wo es tagtäglich heißt „weitere Intensivierung der Bombardements“. Was ist der nächste Schritt? Sind Bodentruppen

der nächste Schritt? Geht man sehenden Auges in einen monatelangen, wenn nicht jahrelangen Konflikt? Und wenn ich mir nur anschau und mich hineindenke in die strategischen Überlegungen, wo werden die Bodentruppen denn einmarschieren? Albanien - schwierige Lage. Mazedonien - schwierig. Wird man vielleicht von Ungarn aus die Bodentruppen losschicken? Dann kann man sich ja schon vorstellen, daß hier Folgen auf uns zukommen, die man in ihrer europa- und sicherheitspolitischen Dimension und darüber hinaus wirklich nicht absehen kann.

Die Alternative kann nur heißen, ab sofort intensivste Bemühungen gerade eines neutralen Staates um einen Waffenstillstand, keine Bodentruppen, und Initiativen für den Frieden. Hier hätte Österreich eine wichtige Rolle zu spielen, gemeinsam mit den anderen neutralen Staaten in der EU, wenn man denn ein Verständnis von Neutralitätspolitik hat. Die Zwischenrufe lassen mich daran heftig zweifeln.

Wir als Grüne haben hier heute die weißen Blumen als Zeichen der Solidarität mit all jenen, die sich für einen solchen Waffenstillstand nicht zuletzt letzten Freitag in Linz oder Wien eingesetzt haben. Die selbst mit weißen Blumen Waffenstillstand und Blumen statt Bomben gefordert haben. Und darüber hinaus, denke ich, muß man alle Bemühungen intensivieren, das zu erreichen, und gerade als Österreich. Wir haben dazu einen Resolutionsantrag vorbereitet, den ich Ihnen jetzt zur Kenntnis bringen möchte (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zu Ltg. 254/A-2/9 Solidarität und Hilfsaktionen für die notleidenden Menschen der ‚Kosovo-Krise‘, betreffend Friedens-Initiative im Kosovo-Konflikt.

Die dramatischen Entwicklungen im Kosovo und in Jugoslawien haben zur Rückkehr des Krieges nach Europa geführt. Aus heutiger Sicht sind ein rasches Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen, eine Beendigung des NATO-Einsatzes und eine Stabilisierung im Kosovo nicht ersehbar. Vielmehr droht der Krieg in Jugoslawien sich in einen monatelangen Konflikt zu entwickeln oder gar auf benachbarte Regionen überzugreifen. Jede Initiative, die zurück zum Verhandlungstisch führt und eine politische Lösung anstrebt, ist daher dringend zu ergreifen und zu unterstützen. Österreich als neutralem Staat in der EU kommt dabei eine besondere Rolle zu.

Die Unterfertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert

- sich bei der Bundesregierung und insbesondere beim Außenminister dafür einzusetzen, daß Österreich im Sinne einer aktiven Neutralitätspolitik verstärkt initiativ wird, um eine Rückkehr der Konfliktparteien an den Verhandlungstisch und eine politische Konfliktlösung zu erreichen.
- sich bei der Bundesregierung für eine konkrete österreichische Friedensinitiative wie eine ‚Balkan-Konferenz‘ einzusetzen und ggfs. Wien als Konferenzort anzubieten.
- sich bei der Bundesregierung dafür auszusprechen, bei obigen Initiativen ein gemeinsames Vorgehen mit den anderen neutralen Staaten in der EU, nämlich Schweden und Finnland, ins Auge zu fassen.“

Sie hören, der Resolutionsantrag verzichtet bewußt auf alle politischen Analysen, die zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen führen könnten. In der Hoffnung, daß hier möglichst viele in diesem Landtag sich tatsächlich dem Wunsch nach einer österreichischen Friedensinitiative anschließen können.

Ich möchte mich noch einem zweiten Bereich dieser aktuellen Krise und des Krieges widmen, nämlich fernab der politischen, strategischen und diplomatischen Bemühungen des Schicksals der Flüchtlinge. Des Schicksals der Menschen, die von dieser Rückkehr des Krieges nach Europa betroffen sind. Es sind 600.000 bis 700.000 Kosovaren und Kosovarinnen auf der Flucht. Ein unvorstellbares menschliches Elend! Und Sie alle kennen die Medienberichte, die das sehr deutlich schildern.

Es ist kein Widerspruch, den Krieg zu verurteilen und sehr wohl an das Leid der Menschen, die in allen Teilen davon betroffen sind, zu denken. Es sind Flüchtlingsströme, die auf Regionen wie Mazedonien, Montenegro oder Albanien einen unglaublichen Druck ausüben. Einfach schon von der Größe her. Wenn man sich nur anschaut, daß etwa in Montenegro an die 60.000, 70.000 Flüchtlinge sind, das wäre umgelegt auf die Bevölkerungszahlen für Österreich ein dreistelliger Betrag, einige hunderttausend Flüchtlinge in Österreich. Und wir sind ein deutlich reicheres Land als die Regionen dort. Was hier droht ist eine Destabilisierung alleine schon durch die Anwesenheit so großer entwur-

zelter Menschenmengen. Noch ganz zu schweigen vom Übergreifen des Konfliktes auf Albanien, von der politischen Destabilisierung in Montenegro oder Mazedonien.

Auch das UNO-Flüchtlingshilfswerk betont immer wieder, daß rasche Hilfe unabdingbar und dringend erforderlich ist. Erste Maßnahmen dazu sind angelaufen und sind auch durchaus positiv. Daß Österreich ein Österreich-Camp aufbaut, ist absolut zu begrüßen. Es ist aber auch zu fordern, daß es möglichst rasch tatsächlich aufnahmebereit gemacht wird und tatsächlich die 5.000 Menschen, für die es angelegt ist, dort Zuflucht finden. Es entsteht hier der Eindruck, daß es auch schneller gehen könnte, wenn mehr Material und Ressourcen zur Verfügung gestellt würden. Das, was einzufordern ist: Daß 5.000 Menschen in der Region für das Österreich-Camp ein Tropfen auf den heißen Stein sind und man sehr wohl überlegen muß, ob Österreich nicht das Camp ausweitet oder weitere Camps in Absprache mit den Hilfsorganisationen vor Ort einrichtet.

Ein zweiter Punkt ist das Schicksal der Flüchtlinge, die nach Österreich kommen sollen, die Österreich aufnehmen will. 5.000 hat der Innenminister nach einer ersten Schrecksekunde als Zahl genannt. Und ich nenne jetzt einige Zahlen im Vergleich. Die Bereitschaft Österreichs, Flüchtlinge aufzunehmen 1956 bei der Ungarnkrise: 160.000 Ungarn sind nach Österreich gekommen und aufgenommen worden. 1968, die tschechische Krise: 120.000 Flüchtlinge sind in Österreich aufgenommen worden. Noch 1994 - der Bosnien-Konflikt: 90.000 Menschen aus Bosnien haben hier Zuflucht gefunden. Soll 1999 mit 5.000 schon das Ende erreicht sein? Und sollen diese 5.000 in dieser zögerlichen Art, wie es jetzt passiert, aufgenommen werden, so daß frühestens im Herbst dann tatsächlich 5.000 Menschen ihren Weg nach Österreich gefunden haben? Wir halten derzeit, nach heutigen Medienberichten, bei 800 Flüchtlingen, die derzeit aus der Krisenregion nach Österreich gebracht worden sind. Und ich schließe mich hier durchaus dem Appell von Kardinal Schönborn von gestern an, der gesagt hat, man soll rasch und unbürokratisch die Flüchtlinge in Österreich aufnehmen und die Hilfe auch noch ausweiten. Und ich halte das jedenfalls für eine verpflichtende Aufforderung, anders als die eher entbehrlichen Wortspenden, die ein Bischof Krenn zur Lage abgegeben hat. Ich darf noch eine Resolution zur Flüchtlingshilfe einbringen (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weininger und Mag. Fasan zu Ltg. 254/A-2/9 Solidarität und Hilfsaktionen für die notleidenden Menschen der ‚Kosovo-Krise‘, betreffend Hilfe für Kosovo-Flüchtlinge.

Krieg und Vertreibungen im Kosovo haben ungeheures menschliches Elend hervorgerufen. Hunderttausende Menschen aus dem Kosovo sind auf der Flucht und konnten sich vielfach nur unter schrecklichsten Umständen und mit knapper Not in die angrenzenden Regionen, vor allem Mazedoniens oder Albaniens retten. Viele haben Angehörige verloren; Frauen wurden vergewaltigt; Krankheit, Not und traumatische Erlebnisse prägen ihr Alltagsbild.

Albanien, das ärmste Land Europas, das kaum die eigene Bevölkerung ernähren kann, sieht sich mit einem ungeheuren Flüchtlingsstrom konfrontiert. Ähnlich dramatisch ist auch die Lage in Mazedonien. Die gesamte Region wird durch die angespannte politische Lage, die unmittelbare Nachbarschaft zu bewaffneten Konflikten und die enormen Probleme, die durch die Aufnahme und Versorgung von Hunderttausenden Flüchtlingen entstehen, weiter destabilisiert. Damit drohen wachsende soziale und politische Spannungen in den Gebieten rund um den Kosovo.

Hilfe für die Flüchtlinge ist ein Gebot der Stunde, ein Gebot der Menschlichkeit und Solidarität, ein Auftrag an alle. Die österreichische Bevölkerung hat mit großer Hilfs- und Spendenbereitschaft auf diese schlimme Lage reagiert.“ - Und ich meine, darauf können wir stolz sein. - „Staaten haben sich bereit erklärt, vor Ort Hilfe zu leisten bzw. Flüchtlinge aufzunehmen - so etwa Deutschland, Griechenland, Italien und auch Österreich. Dennoch reichen die Hilfeleistungen derzeit bei weitem nicht aus und müssen dringend verstärkt werden.

Die Unterfertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert

- seitens des Landes Niederösterreich 10 Millionen Schilling für Flüchtlingshilfe bereitzustellen, wie das auch schon Wien getan hat.
- die Bundesregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß die Luftbrücke nach Österreich für die 5.000 Flüchtlinge, die

hier Zuflucht finden sollen, deutlich beschleunigt wird und die noch nicht nach Österreich gebrachten rund 4.500 dieses Kontingentes rasch aus der Krisenregion nach Österreich gelangen können.

- die Bundesregierung aufzufordern, sich für eine rasche Vollausslastung des Österreicher Camps, für seine Ausweitung bzw. die Etablierung von weiteren Österreicher Camps einzusetzen, um der drängenden Not vor Ort besser begegnen zu können.
- die Bundesregierung aufzufordern, ein Vielfaches der derzeit geplanten 5.000 Flüchtlinge in Österreich aufzunehmen, um die große Not der Menschen und der gesamten Region in Südost-Europa zu mildern.“

Sie sehen, auch hier haben wir uns bewußt in unserer Analyse zurückgehalten. In der Hoffnung, daß auch diese Resolution und damit das Anliegen der Flüchtlingshilfe eine breite Unterstützung im Landtag finden kann.

Ich darf nun abschließend auf den vorliegenden Dringlichkeitsantrag eingehen. Vielleicht mit einem kurzen Querverweis auf die Entstehungsgeschichte. Allmählich gewöhnen wir uns ja an den politischen Stil, der sich in den Haus ja offensichtlich in den letzten Wochen und Monaten schon so verändert hat, daß eine grüne Initiative, ein Vorstoß zwar aufgegriffen wird - wenn ich ein bißchen pingelig bin vermeine ich sogar einige Formulierungen wiederzuerkennen aus unserem Schreiben, das die Klubs erhalten haben - die Grünen aber dann halt nicht gefragt werden, ob sie mitmachen wollen oder nicht. Sei's drum! Ich würde aber doch den Herrn Landtagspräsidenten ersuchen, Sorge zu tragen, daß zumindest zum Augenblick der Abstimmung über den Antrag alle Fraktionen den Antrag auch tatsächlich haben.

Zum Inhalt des Dringlichkeitsantrages: Ich habe bereits auf die sprachlich nicht besonders zufriedenstellende Formulierung der „humanitären Katastrophe“ hingewiesen. Ich würde des weiteren sagen, es kann nicht ausreichen, daß wir als Vorbild die Bevölkerung nur zitieren und selber nicht als Vorbild vorangehen. Hier, denke ich, sollte man zusätzliche Beschlüsse treffen. Und ich halte es für - und ich glaube, diese Zwischenrufe geben mir dabei recht, wenn ich die Interpretation so wähle - für nicht mehr ganz zufällig, daß man zwar vom neutralen Österreich spricht, aber nur noch von der aktiven Außenpolitik. Es hätte hier ja auch „aktive Neutralitätspolitik“ heißen können. Ich weiß nicht, ob das Zufall oder Absicht ist. Ich halte es in der Begründung auch notfalls für verschmerzbar. Für

weniger verschmerzbar halte ich, daß der Antrag nicht besonders konkret ist. Ich würde mich gerne dem Dank an die Bevölkerung und ihre Hilfs- und Spendenbereitschaft anschließen. Ich würde aber auch gerne haben, daß man dann mehr tut als nur aufzufordern, daß man den Menschen beisteht und eine möglichst rasche Befriedung des Balkans erreichen möchte. Das ist doch sehr unkonkret. Wir können diesem Antrag dann eine Zustimmung erteilen, wenn wir sicher wissen, daß es darüber hinaus konkrete Schritte und Maßnahmen gibt. Ich denke, wir haben mit unseren Resolutionsanträgen solche vorgelegt und hoffen und ersuchen um Ihre Zustimmung im Sinne der Sache für die Kosovo-Flüchtlinge und für die Friedensinitiative.

Und im übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich muß ganz einfach auf meine Vordnerin kurz eingehen. Denn sie hat zum zweiten Mal etwas in diesem Haus begangen, was in den sechs Jahren, in denen ich in diesem Haus sitze, einzigartig ist. Sie unterscheidet zwischen sehr bösen Morden und Vertreibungen, ethnischen Säuberungen, und weniger bösen Morden, Vertreibungen und Säuberungen in ethnischer Hinsicht. Heute zum zweiten Mal. Denn, Frau Kollegin Weinzinger, ich erinnere mich an die Zwischenrufe und an die Worte, die Sie hier fallengelassen haben in bezug auf die Beneš-Dekrete, als sie Klubobmann Marchat angezogen hat erst vor einigen Wochen hier in diesem Haus. Und das ist für mich schon eine Angelegenheit, wo es mir etwas kalt über den Rücken kommt. Wo mich ein eigenartiges Gefühl befällt, wenn Vergewaltigung nicht Vergewaltigung bleibt, wenn Mord nicht Mord bleibt. Und wenn ethnisch geplante Säuberungen und ethnisch geplanter Mord dort schlimmer und da weniger schlimm ist. Das kann es und das darf es nicht geben! Das möchte ich für meine Fraktion einmal ganz klar feststellen in diesem Haus. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann so zu tun, als ob die Diplomatie hier auf allen Ebenen versagt hätte, da haben Sie in mancherlei Hinsicht recht. Denn wer sich die jüngere Geschichte des Balkans anschaut, wer sich die Geschichte dieser serbischen Bundesrepublik Jugoslawien anschaut, der weiß, daß die ganze Sache in Wirklichkeit am Kosovo begonnen hat. Nämlich 1989, wo Herr Milošević ganz klar gesagt hat, was er vor hat. Wo ganz klar die Grenzen bis

Celovec, bei uns heißt das Klagenfurt, gezeichnet wurden, bis Südungarn, bis Rumänien, bis Mazedonien hinein, bis Nordalbanien hinein. Damals hat uns der Herr ganz klar gesagt, was er vor hat.

Dann hat es 1991 den kurzen, Gottseidank kurzen Krieg in Slowenien gegeben. Von 1991 auf 1992 die ganz heiße Phase im Krieg von Kroatien, wo man das erste Mal genau das, was er angekündigt hat in Kosovo 1989, nämlich die ethnischen Vertreibungen, die Massenvernichtungsversuche gegenüber einem gesamten Volk, wo das erste Mal das in die Tat umgesetzt wurde. Dann folgte Bosnien. Ich darf dem Hohen Haus nicht immer die Jahreszahlen vorrechnen. Jetzt ist der Kosovo dran. Und wenn man das Ganze nicht stoppt, geht das ganze morgen in der ehemaligen Batschka, in der heutigen serbischen Provinz Vojwodina weiter. Das ist kein Geheimnis, denn dort sind bereits die ersten Vortrupps, die an den Ungarn zu säubern beginnen, im Einsatz. 700 Leute sind vor wenigen Tagen bereits nach Ungarn geflüchtet. In der überwiegenden Masse Angehörige der ungarischen Minderheit dort, die knapp eine halbe Million Köpfe zählt. Insgesamt gibt es eine Million Nicht-Serben in der Vojwodina.

Gut. Soweit zur Chronologie der gesamten Sache. Ein Wort möchte ich auch noch zu der hochgeheiligten Neutralität sagen, die immer wieder hier angezogen wird, gerade von Ihrer Fraktion. Man muß eines schon auch einmal zur Kenntnis nehmen: Mit diesem Ohne-wenn-und-aber-Beitritt zur EU 1995 ist die Neutralität nicht mehr als ein Blatt Papier, das in Wirklichkeit längst, längst abgelöst worden ist durch die Automatismen der Europäischen Union. Wir haben, Herr Landesrat Dr. Bauer, ganz einfach viele Kompetenzen abgegeben. Wir sind ganz einfach ein Teil der EU. Wir sind ein Bundesstaat. Und die EU ist nicht mehr, seit Maastricht nicht mehr ein Staatenbund sondern ein Bundesstaat. Ich bitte, das auch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Dann komme ich zurück zu dem eigentlichen Sinn dieses Antrages. Es stimmt, und deshalb werden wir diesem Antrag auch zustimmen, diesem Dringlichkeitsantrag, es ist wirklich wieder einmal - und ich möchte es betonen, wieder einmal - bewundernswert, wie sich österreichische Organisationen, wie sich österreichische Bürger für europäische Mitbürger einsetzen. Es ist aber auch erstmals wirklich vernünftig, wie der zuständige Minister, in dem Fall der Innenminister Schlögl reagiert, indem er - und ich darf vom 22. April kurz ein paar Zitate bringen - ganz klar stellt: Schlögl: Vertriebene vorübergehend aufnehmen, nicht integrieren. Denn,

was sollen wir noch alles integrieren in diesem Land? Am selben Tag hat Minister Schlögl – und ich zitiere ihn sehr gern – auch ganz klar gesagt, wie es in Bosnien zugegangen ist. Oder in bezug auf Bosnien. Während der Bosnien-Krise, soweit Schlögl, seien in Österreich 95.000 Menschen aufgenommen worden, von denen etwa 70.000 integriert wurden, das heißt, nach wie vor hier im Land sind. 15.000 seien in andere Staaten weitergezogen und 12.000 in ihre Heimat zurückgekehrt. Obwohl Präsident Izetbegovich nach dem Dayton-Abkommen zigmale gebeten hat, die Leute nach Hause zu schicken, er braucht sie für den dortigen Aufbau.

Das heißt, den schweren Fehler, den man in Bosnien begangen hat, den schweren Fehler, der wahrscheinlich bedeuten wird, daß nach Dayton das nicht der letzte Konflikt dort war in militärischer und ethnischer Art und Weise, den schweren Fehler dürfen und wollen wir offenbar als Republik Österreich, und hoffentlich auch in ganz Europa, nicht mehr begehen. Es ist ganz einfach richtig und es stimmt auch, daß der Schilling dort unten vor Ort mehr wert ist. Daß man mit einem Schilling, oder mit einem Tausender, sagen wir es einmal salopp heraus, dort unten mehr helfen kann als wie wenn man beginnt, die Leute mit Flugzeugen auszufliegen. Sie reden von 600.000, 700.000 Flüchtlingen. Das stimmt nicht. Es handelt sich unterm Strich um mindestens eineinhalb Millionen Menschen. Denn 600.000 bis 700.000 sind bereits geflohen. Und noch einmal so viele irren im Kosovo herum. Wenn sie nicht um Gottes willen schon in sehr hoher Zahl ganz einfach ermordet worden sind. Das heißt, Hunderttausende werden noch folgen.

Ich glaube, daß wir hier ganz einfach auf dem richtigen Weg sind. Daß es in Europa auf der ganzen Welt in Zukunft ein Modell geben muß, das man hier offenbar Gottseidank endlich entwickelt. Nämlich das Modell, daß man sagt, vor Ort den Menschen, und überall, wo man zuhört, bei Radiosendern, bei Fernsehsendern, wo die Leute gefragt werden, was wünscht ihr euch. Das erste, was die Herrschaften sagen, ist natürlich, zurück in die Heimat. Es gibt ja wohl kaum etwas Schlimmeres als wie aus dem eigenen Land geschmissen zu werden, unter der Begleitmusik, daß einem das Haus vor den Augen noch angezündet wird. Das ist wirklich das Schlimmste, was es gibt.

Das heißt, daher finden wir den Antrag prinzipiell als sehr gut, wobei ich Ihnen in einem Punkt recht gebe. Frau Kollegin Weinzinger: Es ist ein bißchen wenig Fleisch drinnen. Das heißt, die Frage, ob man der Willenserklärung noch die eine

oder andere Tat hinzufügen sollte, ist zweifelsohne berechtigt. Aber die Tendenz der gesamten Politik, die in Österreich diesbezüglich betrieben wird, ist richtig: Hilfe vor Ort. Den Menschen es zu ermöglichen, ihr Heimatrecht wieder zurückzubekommen und so bald als möglich zurückzukehren. Darum geht es. Darum würde es auch jedem anderen sicherlich gehen wenn es ihm so gehen würde. Und darum bitten in Wirklichkeit diese Kosovo-Flüchtlinge. Hören wir denen zu, die betroffen sind, und helfen wir ihnen vor Ort. Dort ist die Hilfe doppelt. Denn dann brauchen wir sie nicht wieder zurückführen, nicht wieder integrieren. Und, wie ich schon gesagt habe, unter diesen Voraussetzungen wird unsere Freiheitliche Fraktion diesem Antrag die Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Weninger das Wort.

Abg. WENINGER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, die Ereignisse in den letzten Wochen, die auch Anlaß dafür sind, daß sich der NÖ Landtag heute mit der Situation am Balkan politisch auseinandersetzt, machen uns alle gemeinsam zu sehr betroffen, als daß wir diesen Moment im NÖ Landtag dazu verwenden sollten, hier auf einer Ebene sehr emotional und manchmal auch historisch falsch zu diskutieren. Und ich habe daher nicht die Absicht, ausführlich auf meine beiden Vorredner einzugehen. Ich möchte nur zum Kollegen Haberler zwei kurze Anmerkungen machen.

Es mag Strategie sein, die Rolle der Neutralität Österreichs am Ende dieses Jahrhunderts in Frage zu stellen und damit die Neutralität zu beseitigen und einen möglichst raschen NATO-Beitritt zu ermöglichen. Und ich sage Dir, sicher hat Neutralität in diesen Zeiten, und seit 1989 eine andere Bedeutung als sie 1955 hatte, im Spannungsfeld ... *(Abg. Waldhäusl: Das gibt es nicht mehr! Das habt ihr abgeschafft!)*

Ja, bei Dir vielleicht, Kollege Waldhäusl. Aber 1955, als sie die Funktion hatte, uns aus dem Kalten Krieg herauszuhalten, uns die Zuteilung zu einem der beiden Machtblöcke zu ersparen. Und ich glaube, diese Diskussion werden wir noch sehr lange führen. Und ich glaube wirklich nicht, daß der heutige Tag Anlaß ist, hier in eine Neutralitäts- und NATO-Debatte zu verfallen. Aber das, was mich wirklich betroffen gemacht hat, Kollege Haberler, Du hast wortwörtlich gesagt „was, was sollen wir noch alles integrieren?“. Diese Aussage „was“, dieses menschenverachtende Etwas, „was“, das sind Menschen! Flüchtlinge, die vertrieben, von Ermordung bedroht in das Ausland flüchten. Und

Du bezeichnest diese Menschen als „was“! Und ich glaube, genau das ist der Keim, den wir am Balkan verspüren und den wir in Österreich verhindern müssen, daß er sich weiter entwickelt. *(Beifall bei der SPÖ, Abg. Roth und Abg. Schittenhelm. - Heftige Unruhe bei Abg. Marchat.)*

Ich werde unseren Vorsitzenden auch noch zitieren. Aber der Unterschied zwischen Menschen und „was“ ist ein frappanter!

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Als sich am 24. März dieses Jahres die Nachricht verbreitete, daß die NATO ihre Drohung an die Adresse des jugoslawischen Präsidenten Milošević wahr macht und ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrates mit der Bombardierung der militärischen Ziele in Jugoslawien begonnen hat, ging eine Erschütterung durch Europa. Waren wir nicht über Jahre und Jahrzehnte hindurch stolz darauf gewesen, daß zumindest in Europa der Krieg aufgehört hat, ein Mittel der Politik zu sein?

(Abg. Kurzreiter: Am Balkan nicht! Da hat es in den letzten Jahrzehnten immer Kriege gegeben!)

Ja, aber es hat auch Jahrzehnte des Friedens am Balkan gegeben. Ich glaube, diese monarchistische Einstellung, wenn man einige Jahrzehnte einfach historisch überspringt, solltest auch Du ablegen.

Grundsätzlich waren wir Europäer stolz, daß in Europa auch durch die Errungenschaften der Europäischen Integration der Krieg als politisches Mittel abgedankt hat. Milošević hat aber seine verhängnisvolle nationalistische Politik, die schon in Bosnien schreckliche Konsequenzen hatte, fortgesetzt und intensiviert. Er nahm die bewaffneten Aktionen der UCK zum Anlaß um seine Militärmacht brutal auszuspielen, um Aktionen ethnischer Säuberungen intensiv vorzubereiten und das „Kosovo-Problem“ auf seine grausame Art zu lösen.

Eine Art der Menschenrechte ignorierenden Politik, die auf rücksichtslose Nutzung nationaler Emotionen, auf Haß und auf Gewalt aufbaut, und damit nicht nur andere Volksgruppen bedroht, sondern auch dem eigenen Volk schadet. In Verbindung mit den Fernsehberichten über die seit Jahren anhaltende und immer intensiver werdende Unterdrückung der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo und schließlich über das entsetzliche Leid von Flüchtlingen hielten es viele europäische Staaten, aber auch viele Österreicherinnen und Österreicher für gerechtfertigt, mit dem Einsatz militärischer Gewalt, das heißt mit Luftangriffen, Bomben und Raketen zu drohen, um eine humanitäre Katastrophe abzuwenden um die Ziele des Abkommens von Rambouillet durchzusetzen. Doch wer droht ohne sein Ziel zu erreichen, muß, wenn er sein Gesicht nicht verlieren will, diese Drohung

auch wahr machen. Und damit begann die teuflische Spirale der militärischen Eskalation sich weiter anzuspannen. Und so - unter Anführungszeichen - „mußte“ die NATO ihre Drohung wahr machen. Wohl in der trügerischen Hoffnung, daß einige Bombennächte und einige massive Militärschläge genügen würden, um die selbst gesteckten Ziele zu erreichen.

Seither sind viele Bombennächte vergangen und die Bilanz ist bedrückend. Die humanitäre Katastrophe konnte nicht eingedämmt werden, sondern die humanitäre Katastrophe ist seit dem ersten Tag der Bombenangriffe nicht kleiner, sondern in entsetzlicher Weise größer geworden. Der Vertrag von Rambouillet ist noch immer nicht unterschrieben. Und die meisten internationalen Beobachter meinen, daß dieser Vertrag ebenso zerbombt wurde wie die Brücken über die Donau.

Die wirtschaftliche Zerstörung in Jugoslawien ist unermeßlich groß und niemand weiß, welche Beträge notwendig sein werden, um dieses Land wieder aufzubauen und wer immer auch diese Summen aufbringen soll. Der Haß und die Erbitterung zwischen Serben und Albanern, aber auch zwischen Serben und den NATO-Staaten, hat sich ins Unermeßliche gesteigert und wird auch in Jahren und Jahrzehnten seine unheilvolle Wirkung haben und sich weit über den Balkan hinaus in ganz Europa ausbreiten.

Natürlich, selbstverständlich trägt Präsident Milošević die primäre Verantwortung für das, was sich aus seinem Vorgehen im Kosovo entwickelt hat. Aber reicht diese Feststellung aus, um den Lauf der Dinge seit dem Beginn der Luftangriffe zu legitimieren? Der Kern dieser militärischen Logik, der Kern dieses Problems ist vielmehr die Frage, ist es wahr und richtig, daß der Zweck die Mittel heiligt? Nämlich zur Vermeidung einer humanitären Katastrophe die massiven Luft- und Bombenangriffe der NATO?

Einer der Gründe, warum diese Rechnung so problematisch ist, liegt darin, daß die Berechenbarkeit nicht mehr gegeben ist. Niemand kann heute mehr in Wahrheit sagen und mit Exaktheit sagen, wie groß die humanitäre Katastrophe für die Kosovo-Albaner ohne den NATO-Einsatz gewesen wäre und um wieviel größer sie in den letzten Tagen und Wochen deshalb geworden ist, weil sich Armee und Sicherheitspolizei Jugoslawiens an der albanischen Bevölkerung für die Militärschläge der NATO brutal revanchieren. Niemand kann aber auch mit Exaktheit sagen, wie groß die humanitäre Katastrophe für die serbische Zivilbevölkerung ist, die sich aus der Zerbombung von Fabriken,

Straßen, Brücken, Energieanlagen etc. ergeben hat und in Zukunft noch ergeben könnte.

„Unsere Ziele waren alle richtig, aber unsere Resultate waren falsch“, lautet ein Schlüsselsatz von Arthur Köstlers Roman „Sonnenfinsternis“, der im wesentlichen das Thema beinhaltet, ob der Zweck die Mittel heiligt. Und ein anderes Zitat in diesem gleichen Werk Köstlers lautet: „Zweimal zwei ist nicht vier wenn es um Menschenleben geht“. Und das ersuche ich in dieser Diskussion auch mit zu berücksichtigen. Es müssen daher die Lehren aus dieser militärischen Eskalation am Balkan gezogen werden! Und eine der Hauptlehren für mich ist, daß der Krieg nicht als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gesehen werden kann.

Wir können leider das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen, nicht um einige Wochen und nicht um einige Monate. Nicht in eine Zeit, als noch niemand die verzweifelten Hilfeschreie der albanischen Mehrheitsbevölkerung im Kosovo hören wollte. Nicht in eine Zeit, wo auch so mancher große Europäer noch damit kokettierte, daß die serbisch-orthodoxe Kirche dem Vormarsch des Islams Einhalt gebieten könnte. Auch nicht in eine Zeit vor Dayton, als ein Abkommen als positives Ergebnis gefeiert wurde, das die Lösung des Kosovo-Problems nicht vorsah. Und auch nicht in eine Zeit vor Rambouillet. Vielleicht wäre dann vieles, was in den nächsten Tagen, Wochen, Monaten und wahrscheinlich Jahren notwendig sein wird, schon früher, schon rechtzeitig, noch rechtzeitig möglich gewesen. Tatsache ist jedoch, daß eine dauerhafte friedliche Lösung für den Balkan letztenendes nur das Ergebnis von politischen Verhandlungen sein kann. So schwierig sie nach all dem, was bisher geschah, auch sein mögen. Verhandlungen um eine politische Lösung können jedoch nur geführt werden, wenn die Waffen schweigen, die Vertreibungspolitik beendet wird, die Flüchtlinge zurückkehren können und die Einhaltung der demokratischen Grundrechte durch internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen oder die OSZE überwacht werden.

Immer deutlicher wird auch vielen, die das vor einigen Wochen noch nicht für notwendig gehalten haben, daß eine verstärkte Einschaltung der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates der UNO und damit verbunden eine verstärkte Einbindung Rußlands unbedingt notwendig ist, um aus diesem Schlamassel herauszukommen. Immer deutlicher wird auch, daß Österreich sich auf einem richtigen Weg befindet, wenn es sich nicht zu einem Beitritt zu einem Militärbündnis entschlossen hat, sondern versucht, all jene Möglichkeiten voll auszunutzen, die einem neutralen, solidarischen Land offenste-

hen. Es ist offensichtlich, die NATO wird die militärischen Aktionen gegen Jugoslawien nicht beenden, ehe sie nicht einen vollen militärischen Erfolg erzielt hat und Milošević gezwungen ist, die Beendigung des Krieges durch die NATO zu akzeptieren. Damit bis zu diesem Zeitpunkt das menschliche Leid jedoch nicht weiter ansteigt, noch mehr unschuldige Opfer leiden müssen und die Schäden nicht noch größer werden, muß diese Periode des Krieges, des Hasses und der Gewalt so rasch als möglich beendet werden. Und muß bereits jetzt mit jenen Vorkehrungen begonnen werden, die Zeit danach zu gestalten.

Bei allen Sorgen und Ängsten über die aktuelle Entwicklung am Balkan muß der Grundtenor der demokratischen Staatengemeinschaft aber klar sein: Niemals können wir es dulden, daß Vertreibung, Morde und Deportation als Mittel der Politik eingesetzt werden! Es darf niemals Zweifel darüber aufkommen, daß sich die Staatengemeinschaft nicht auseinanderdividieren läßt und Herr Milošević diesem Konflikt aussitzen kann. Und Österreich, sehr geehrte Damen und Herren, nimmt in dieser Situation eine besonders sensible Rolle ein. Einerseits nimmt Österreich als neutraler Staat die humanitäre Herausforderung in einem Maße wahr, wie es das eigentlich immer in der Geschichte der Zweiten Republik wahrgenommen hat. Der Aufbau des Österreich-Camps im albanischen Skodra, dessen Führung durch das Bundesheer und österreichische Hilfsorganisationen unter Federführung des Roten Kreuzes und mit 500 Millionen Schilling Unterstützung durch die Bundesregierung gesichert, sichert derzeit rund 5.000 Vertriebenen das Überleben auf der Flucht. Sollten diese Kapazitäten nicht ausreichen, hat Bundeskanzler Viktor Klima im Parlament bereits eine Erweiterung dieses Camps angekündigt. Andererseits erklärt sich Österreich bereit, vorerst zumindest weiteren 5.000 Flüchtlinge eine vorübergehende Aufnahme und Betreuung zu gewähren. Und gleichzeitig einen europaweiten Solidarausgleich für die Aufnahme von vorerst 85.000 Flüchtlingen zu erwirken. Ohne durch eine Aufteilung der Flüchtlinge im großen Ausmaß über die europäischen Staaten indirekt die Strategie der ethnischen Säuberung zu unterstützen.

Anzumerken, ich glaube, das hat der Kollege Haberler bereits zitiert, ist, daß wir allzu schnell vergessen, was Österreich im Zusammenhang mit der Bosnienkrise in diesem Zusammenhang geleistet hat. Österreich hat während der Bosnienkrise 95.000 Menschen aufgenommen, 70.000 davon integriert, 15.000 sind in andere Staaten weitergezogen und 12.000 mit finanzieller Unterstützung Österreichs in ihre Heimat zurückgekehrt.

Über all dem steht jedoch, wie so oft in den letzten Jahren, die menschliche Größe der Österreicherinnen und Österreicher. Das Leid der aus dem Kosovo vertriebenen Männer, Frauen und Kinder hat in der Bevölkerung wieder eine große Welle der Hilfsbereitschaft und Spendenfreudigkeit ausgelöst. Namens meiner Fraktion danke ich von dieser Stelle aus allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes für die großzügige Unterstützung der Aktion „Nachbar in Not“ und appelliere an die weitere Solidarität als großartiges Zeichen der Menschlichkeit. Wenn dieser Krieg vorbei ist, werden wir darüber nachdenken müssen, ob die zivilisierte Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts tatsächlich keine anderen Möglichkeiten hat, Menschenrechtsverletzungen, mögen sie im Kosovo, in Anatolien, in Afghanistan, in Somalia oder wo auch immer sich ereignen, durch Krieg und durch die Waffen eines Militärpakts zu beenden. Oder ob wir nicht die Vision verwirklichen können, jene Mittel, die bis dato für die Vernichtung der Menschheit aufgewendet werden, zukünftig für das Leben und die Umwelt der Menschen einzusetzen. Erklären wir als gemeinsames politisches Ziel für die Jahrtausendwende aus dieser leidvollen Erfahrung der letzten Jahre den Artikel 1 der Deklaration der Menschenrechte tatsächlich zum Leben zu erwecken, der da lautet: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollten einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“

Zu den beiden vorliegenden Resolutionsanträgen der Kollegin Weinzingler möchte ich anmerken, daß die Forderungen, Österreich solle im Bereich der Flüchtlingshilfe weitere Aktivitäten setzen, von uns Sozialdemokraten natürlich selbstverständlich unterstützt werden. Und die wesentlichen Formulierungen finden sich auch im vorliegenden Initiativantrag wieder bzw. sind bereits Bestandteil der Politik der Österreichischen Bundesregierung. Ich habe angekündigt die Zusage von Bundeskanzler Klima im Parlament, das Österreich-Camp bei Bedarf weiter auszubauen. Auch die Ankündigung des Innenministers, wenn notwendig über die 5.000 Flüchtlinge hinaus, wenn notwendig mehr Flüchtlinge in Österreich unterzubringen, und auch die Zusagen, die finanzielle Bedeckung der Flüchtlingshilfe sicherzustellen.

Zu den im Antrag formulierten Wünschen, die Österreichische Bundesregierung, vor allem der Außenminister möge die Position des neutralen Österreich durch eine aktive Außenpolitik in der Balkankrise dazu verwenden, um in Gemeinsamkeit mit anderen neutralen Staaten Europas rechtzeitig Vorsorge zu treffen, Österreich als Land anzubieten, in dem eine eventuelle Balkankonferenz

stattfindet: Auch dieser Bereich ist im wesentlichen im vorletzten Absatz der Antragsbegründung beinhaltet, wo wörtlich steht: „Zur Erreichung eines politischen Friedens kommt dem neutralen Österreich unter Anwendung aller Möglichkeiten einer aktiven Außenpolitik im Rahmen der Vereinten Nationen und der OSZE eine besondere Verantwortung zu.“

Darüber hinaus sollte nicht unerwähnt bleiben, daß wir – ich habe das versucht, auch in meiner Rede herauszustreichen – eine aktive, österreichische Neutralitäts- und Außenpolitik einfordern. Daß aber auch nicht vergessen werden soll das Engagement, das bereits jetzt vorhandene Engagement zahlreicher karitativer Organisationen, das Engagement Österreichs im Rahmen der internationalen Organisationen wie UNO und OSZE. Das Engagement österreichischer Persönlichkeiten wie die des EU-Beauftragten Wolfgang Petritsch und die in Erwägung gezogene Nominierung von Altbundeskanzler Franz Vranitzky als eventueller Sonderbeauftragter für den Balkan. Aus diesem Grund heraus, glaube ich, erübrigt es sich, eine zusätzliche Beschlußfassung über weitere Resolutionsanträge vorzunehmen. Und ich ersuche Sie, diesem vorliegenden Dringlichkeitsantrag Ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Als nächster Redner gelangt Frau Abgeordnete Schittenhelm zu Wort.

Abg. SCHITTENHELM (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Erlauben Sie mir, daß ich einen Satz an die Frau Abgeordnete Weinzingler verschwende. Ich bin nicht leicht zu erschüttern, aber Sie haben das heute erreicht mit Ihrer Aussage, daß Sie die Vertreibung, die im Kosovo stattfindet, ich würde es so sagen, als Urlaub bezeichnen. Ich finde, Sie haben sich heute als Abgeordnete des NÖ Landtages daneben benommen. Sie haben sich geoutet. Das war eine zeitlang sehr modern, weil man dann in den Medien alles nachlesen konnte. Sie haben sich heute geoutet als Sympathisantin des Diktators Milošević. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde schon gesagt, und wir alle verfolgen es in allen Medien. Es ist Krieg, Krieg in Europa. Krieg, eine Flugstunde von uns entfernt. Überlegen Sie, wenn Sie auf Urlaub fliegen, wie lange, da checkt man ein, brauche ich, bis ich dort bin. Eine Stunde mit dem Flieger und man ist im Katastrophengebiet.

Wir erleben zur Zeit den vierten Balkankrieg seit dem Sommer 1991. Zuerst Slowenien, dann Kroatien, es folgte Bosnien. Und jetzt ist es das Kosovo. Und es ist seit acht Jahren immer wieder das gleiche Muster: Säuberungen, Vertreibungen, ethnische Opfer. Eine andere Sprache, eine andere Religion, die Zugehörigkeit zu einer anderen Volksgruppe sind scheinbar Motivation, Anlaß, ja Legitimation zu Mord und Völkervertreibung. Und seit Beginn dieser vier Jahre Krieg, dieser vier Kriege haben sechs Millionen Menschen - man könnte fast sagen, das gesamte Österreich - ihr Haus, ihre Heimat verloren. Und in zynischer Weise könnte man auch sagen, sind diese Menschen ihrer Heimat entflohen. Das ist die Tragik und das ist die Dramatik, die so locker hier qualifiziert wurde. Allein aus dem Kosovo sind in den letzten Jahren, und es wurde schon gesagt, 770.000 Menschen, das sind die offiziellen Zahlen, - und ich gebe Ihnen schon recht, wahrscheinlich sind es weit über 1,5 Millionen - hier vertrieben worden. Männer, aber vor allem auch Frauen und Kinder sind ermordet worden, sind getötet worden, in furchtbarer Art und Weise. Nach offiziellen Schätzungen bisher, und auch das wird weiter hinaufgehen, wenn wir die endgültigen Zahlen haben, bisher offiziell 300.000. Und das Furchtbare daran ist aber auch, daß unzählige Frauen, und auch das hat hier natürlich eine Systematik, und das ist nicht so ungefähr, wo vielleicht der einzelne Mann über die Frauen herfällt, es hat Systematik, daß hunderte Frauen vergewaltigt worden sind in diesem Kosovo-Krieg. Wo die eigenen Kinder zuschauen mußten. Wo Eltern, Großeltern erschlagen wurden, hinausgeschliffen wurden. Und wenn ich mir die Bilder anschau, und das ist jetzt fünf Wochen, wo wir das tagtäglich sehen, kann man das nicht mehr sehen. Weil man auch daran denken muß, das könnten eigentlich unsere Eltern sein, unsere Großeltern sein. Und ich frage mich, wie diese Kinder, und die UNICEF hat ja in der ersten Statistik das veröffentlicht, diese Kinder, die jetzt in den Lagern einmal gesundheitsversorgt werden, ihre erste Ansprache haben. Dutzende dieser Kinder sind schwer traumatisiert. Sie reden nicht, sie gehen nicht, sie essen nicht, sie verweigern alles. Sie stehen unter schwerem Schock.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist der schwerste militärische und humanitäre Konfliktfall, die schlimmste Katastrophe in diesem Teil der Welt seit dem Zweiten Weltkrieg. Und es ist eine bittere Lektion, gar keine Frage, für all jene, egal, in welchem Teil Europas sie leben und Verantwortung tragen, die sich sicher glaubten, einen Krieg am Ende dieses Jahrhunderts nicht mehr erleben zu können, weil man gesagt hat, das ist

unmöglich. Dieser Balkankrieg zeigt uns, daß dieses Jahrhundert scheinbar so endet, wie es begonnen hat. Auch mit einem Krieg, der dann in den Ersten Weltkrieg übergegangen ist. Tatsache ist aber auch, und hier müssen sich alle - egal, in welchem Staat, in welchem Land, egal in welcher Position und Verantwortung, schon auch auf die Brust klopfen, daß in diesem Jahrhundert viel zu lange und viel zu oft weggeschaut wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist auch offenkundig, man spricht nur nicht gerne darüber, das reiche Europa hat sich um das arme Europa zu wenig oder gar nicht gekümmert. Ich denke hier nur und erinnere an die Flüchtlingsarmaden, den Flüchtlingsstrom der Armenier vor wenigen Jahren. Und eines muß ich auch sagen: Es war Alois Mock, der Anfang der neunziger Jahre als großartiger Außenminister und Balkankenner, als absehbar war, daß dieses kommunistische Jugoslawien nicht zusammenbleiben wird, nicht zusammenbleiben kann, es war Alois Mock, der immer dazu aufgefordert hat, nicht nur die europäischen Staaten, sondern auch alle anderen demokratischen Staaten der Welt, sich des Balkans anzunehmen und vor allem das Kosovo-Problem ernster zu nehmen. Alois Mock war es auch, der die Menschenrechtsverletzung im Kosovo bereits 1990 zum Gegenstand eines Verfahrens in der KSZE, heute OSZE genannt, gemacht hat. Tatsache ist aber auch, und das wissen wir, daß diese und viele andere Maßnahmen der Bundesregierung, Österreichs verantwortlicher Regierungsmitglieder nicht immer den erwünschten Erfolg gebracht haben. Man hat es ganz einfach auf die leichte Schulter genommen. Und die Geschichte lehrt uns jetzt - und gerade der Krieg im Kosovo zeigt es uns in einer gnadenlosen Brutalität auf - wie schwierig es ist und welch' gewaltiger Kraftanstrengung aller demokratischen Staaten es bedarf, um mit einem Diktator, einem menschenverachtenden Regime, das Mord und Vertreibung und Vergewaltigung zur Zielsetzung hat, fertigzuwerden.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Eines muß auch gesagt werden, und hier gebe ich Ihnen recht, Frau Kollegin Mag. Weinzinger: Vorschub für diese Entwicklung wurde durch einen Mangel an gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union geleistet. Krieg, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird aus und mit Aggression betrieben. Kriegsführenden wird der Weg bereitet, wenn die, die für den Frieden arbeiten, zu langsam, zu halbherzig, auf einem Auge blind agieren und regieren.

Dieser Krieg im Kosovo wurde als humanitäre Intervention nach dem Scheitern aller diplomatischen Bemühungen und der quasi-Selbstausschaltung, das vergißt man immer dazuzusagen, der quasi-Selbstausschaltung der UNO durch das Veto von China und Rußland in dieser Institution mit mehreren Fehleinschätzungen begonnen. Man hat geglaubt, daß man hier mit einem Milošević verhandeln kann wie mit einem Demokraten. Man hat sich im Charakter dieses Herrn getäuscht – man hätte es besser wissen müssen. Man hat die Mentalität und die Geschichte der Serben falsch eingeschätzt. Und daher brachte die notwendige militärische Aktion nicht den erwünschten raschen Erfolg. Und ich gebe dem Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Bruck recht, wenn er sagt, daß man den Frieden in dieser Region auch kaufen hätte können. Wenn man nur die Hälfte der täglichen Kriegskosten schon vor Monaten und Jahren in den Kosovo, in diese Region, in das Armenhaus Europas gesteckt hätte und einer Opposition die notwendige demokratische und auch finanzielle Unterstützung angedeihen hätte lassen, wäre dieser Krieg wahrscheinlich zu vermeiden gewesen. Dies hat man verabsäumt und hat zugesehen, wie diese Länder im Chaos versinken.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Für uns in Österreich ist die Zeit des Duckens, wenn es um die Frage der Sicherheitspolitik geht, ist die Zeit des Duckens, des Lavierens, und je nach dem geographischen Aufenthalt des Bundeskanzlers, ist immer dann die Frage, wo er sich gerade aufhält, in welchem Land, so sieht er auch die Sicherheitspolitik Österreichs, diese Zeiten sind vorbei. Wir können nicht mehr lavieren! Und zwar können wir nicht mehr lavieren seit dem Zeitpunkt, da die Unterschrift unter den Maastricht-Vertrag gesetzt wurde und seit der Vertrag von Amsterdam durch das österreichische Parlament ratifiziert wurde. Alles andere ist ein Betrug an den Bürgerinnen und Bürgern Österreichs. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir, die Volkspartei, bekennen uns nicht nur zu diesen beiden Verträgen, wir bekennen uns zu einer effizienten gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten. Ich sage das ganz klar. Weil nur in diese eingebettet, und davon sind wir zutiefst überzeugt, weil nur in diese eingebettet und solidarisch mit der Staatengemeinschaft ein Höchstmaß an Sicherheit für unsere Bevölkerung und unser Land gewährleistet wird.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Alle Maßnahmen sind zu ergreifen, natürlich politisch in erster Linie, militärisch werden sie hoffentlich bald abgeschlossen sein. Vor allem auch, und wenn ich hier nur ansetze, und das ist ja auch an

und für sich schon im Gange, die verstärkte Einbindung der Vereinten Nationen und der Russischen Föderation. Und vor allem auch – und das ist wesentlich, weil hier diese Konferenz-Stabilisierung, also eine Balkankonferenz angesprochen wurde zur Stabilisierung dieser Region. Es gibt hier wahrscheinlich in den nächsten Tagen einen Termin. Weil man dort schon darüber reden möchte über die Errichtung eines Stabilitätsfonds für den wirtschaftlichen Wiederaufbau dieser Region. Die Einrichtung einer internationalen Übergangsverwaltung. Und auch die Installierung einer Friedenstruppe. Aber für uns ist es wichtig, und das ist auch der Sinn und Zweck dieses Dringlichkeitsantrages, ist das wichtigste Ziel, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die gewaltige humanitäre Herausforderung, mit der uns die Massenvertreibungen konfrontieren, zu bewältigen. Die Großzügigkeit, geschätzte Damen und Herren, mit der die österreichische und natürlich auch die niederösterreichische Bevölkerung die verschiedensten Institutionen, ob „Nachbar in Not“, ob Caritas, ob Hilfswerk und viele andere unterstützen, damit diese vor Ort helfen können, ist gewaltig. Und es zeigt die große Betroffenheit der Menschen in unserem Land, das Mitgefühl. Und vor allem die ältere Generation weiß auch, wie es sein kann, wenn man diese Zeiten durchmachen muß. Diese Großzügigkeit dokumentiert aber auch, daß man hier ein rasches Ende des Krieges will. Denn eines ist auch und ich glaube jedem Einzelnen bewußt: Daß eine Fortsetzung der Unterdrückung und Vertreibung der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo die humanitäre Katastrophe fortschreibt und nicht nur eine weitere Destabilisierung des Balkans bedeutet, sondern auch eine Gefahr für Gesamteuropa in sich birgt. Daher ist nochmals, und ich schließe mich diesen Dankesworten an, allen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern für ihre Solidarität, für ihr großartiges Zeichen der Menschlichkeit, das sie mit ihren Spenden gegeben haben, vor allem aber auch jenen Frauen und Männern, die freiwillig vor Ort im Krisengebiet mit großem physischen und psychischen Einsatz ihre Arbeit tun, Großartiges leisten, größter Respekt zu zollen und ein herzliches und von Herzen kommandes Danke zu sagen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Einige Äußerungen meiner Vorredner erfordern eine zumindest kurze Entgegnung. Zum Abgeordneten Haberler: Ich stimme in einem Punkt zumindest überein. Ich teile die Auffassung, daß Vergewaltigung Vergewaltigung bleibt. Egal, welche Seite sie begeht. Daß Vertrei-

bung Vertreibung bleibt. Daß Mord Mord bleibt. Ich stehe aber auch auf dem Standpunkt, daß Vergasungsindustrie Vergasungsindustrie bleibt. Und werde Ihnen jetzt nicht noch einen Exkurs in die Geschichte liefern.

Punkt 2, zu meiner Vorrednerin nun. Ich kann vielleicht noch von bewußtem Mißverstehen sprechen, alle anderen Einschätzungen werde ich jetzt an dieser Stelle nicht vornehmen. Aber wenn man mir unterstellt, ich würde den Flüchtlingen quasi eine Urlaubsreise nahelegen, so wie Sie das formuliert haben, dann kann ich das maximal Ihrer Emotion im Moment zuschreiben. Sonst wäre es blanker Zynismus. Ich distanzieren mich davon heftig! Und wenn man mir eine Äußerung, wo ich Milošević als faschistisch in seinem Vorgehen bezeichne als pro-serbisch interpretiert, dann fehlt mir schlichtweg jedes Verständnis oder jede Nachvollziehbarkeit. Also auch das weise ich zurück!

Das, was ich aufrecht erhalte, ist, daß es möglich sein muß, sowohl das eine Regime als auch die NATO und die internationale, die österreichische Politik zu kritisieren. Wenn das nicht möglich ist, ohne heftige Empörung auszulösen, dann sagt das mehr über Sie als über die politische Situation am Kosovo! Und wenn man in der internationalen Politik zum Beispiel in Kauf genommen hat, den Dayton-Vertrag auf dem Rücken des Kosovo auszuhandeln, dann wird man das wohl auch so kritisieren können und müssen.

Und die Frage, die mir keiner von Ihnen beantwortet hat: Wohin soll das führen? Wohin führte denn eine Politik von Mock, Nationalstaatlichkeit möglichst rasch anzuerkennen? Was ist denn das Ziel dahinter? Groß-Albanien, Kosovo und Albanien gemeinsam? Oder Mazedonien mit dem griechischen Mazedonien gemeinsam? Wohin führt Ihr Ziel? *(Abg. Kurzreiter: In Slowenien und Kroatien hat das sehr wohl funktioniert! Sie sind unglaublich einseitig!)*

Keine Zwischenrufe, Herr Kollege! Beantworten Sie mir schlichtweg die Frage. Beantworten Sie mir die Frage, welche politische Perspektive verfolgen Sie in dieser Region? Es kann ja nicht das Ziel sein, eine Ansammlung von ethnisch-homogenen Kleinstaaten. Oder ist das Ihr Ziel? Diskutieren wir doch darüber politisch statt daß man da empörte Zwischenrufe irgendwie äußert! Und was, bitte, ist Ihre weitere Perspektive, die im aktuellen Kosovo-Konflikt und im Krieg am Balkan verfolgt wird? Diese Antwort sind Sie alle schuldig geblieben!

Und ein letztes zum Abgeordneten Weninger. Es mag ja sein, daß Sie alle möglichen Ideen und Informationen schon im Hinterkopf hatten bei diesem Antrag, beim Dringlichkeitsantrag. Allein, ich kann mich nur an die Buchstaben des formulierten Antrages halten. Hier erkenne ich die von uns angeregten konkreten Schritte in den Maßnahmen 1, 2a und 2b nicht wieder! Daher finde ich es auch schwer, zu etwas zuzustimmen, das ich da drinnen nicht finde. Ich hätte gern konkrete Schritte für eine Flüchtlingshilfe, für eine Friedensinitiative! Und im übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wird seitens des Herrn Berichterstatters ein Schlußwort gewünscht?

Berichterstatter Abg. KOCZUR (SPÖ): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Es wird darauf verzichtet. Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag:)* Ich stelle die Stimmenmehrheit fest. Der Antrag ist somit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzner; Ablehnung Grüne.)*

Weiters lasse ich über die eingebrachten Resolutionsanträge abstimmen. Zunächst über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger, Mag. Fasan betreffend Friedensinitiative im Kosovo-Konflikt. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Er findet nicht die Mehrheit. Abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzner.)*

Ich lasse über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger, Mag. Fasan betreffend Hilfe für Kosovo-Flüchtlinge abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Stimmenminderheit. Der Antrag ist somit nicht angenommen! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzner.)*

Die Tagesordnung dieser Sitzung ist somit erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Weg bekanntgegeben. Die Sitzung ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 18.41 Uhr.)*